

Vorwort

Dieses Buch ist der Beginn einer Edition zur Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts und gleichzeitig eine Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Fürther Altstadtvereins.

Nicht nur die Lokalgeschichte im engeren Sinne war bei der Abfassung der Leitgedanke. „Erlebnis und Wirkung“ sind die Schlüsselworte für einen relativ neuen Zweig der Geschichtswissenschaft, der Mentalitätsgeschichte, dem sich auch die vorliegende Schrift verpflichtet fühlt. Eine Auswirkung des Ersten Weltkrieges waren seelische Dispositionen in der Bevölkerung, die es Hitler leicht machten. Dem gilt es nachzuspüren, auch in unserem Fürth, das bezüglich seiner jüdischen Bevölkerung zumindest bis 1933 als besonders tolerant galt. Dennoch brannte auch bei uns die Synagoge, wurden Mitbürger abtransportiert, ohne daß dies zu irgendwelchen Protesten führte. Wir können heute nicht davon ausgehen, daß wir per se bessere Menschen sind als unsere unmittelbaren Vorfahren. Es stellt sich die bange Frage: Hätten wir mit demselben Erfahrungshintergrund genauso gehandelt? – Es ist eines der Hauptanliegen dieser Edition zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, verstehen zu lernen, wie es zu diesem katastrophalsten Jahrhundert der Menschheitsgeschichte kommen konnte. Es kann dabei sicherlich keinen Freispruch für unsere Großväter und Urgroßväter geben, aber Gerechtigkeit können sie doch fordern.

Die Arbeitsbedingungen, unter denen die vorliegende Veröffentlichung entstand, waren ausnehmend schlecht: Als Hausmann konnte ich mich ihr nur dann widmen, wenn Kinder und Frau schliefen. Somit entstand mein „Krieg der Illusionen“ regelmäßig in den Stunden zwischen Mitternacht und etwa 4 Uhr früh. Ich hoffe, dies hat sich nicht negativ auf Qualität und Gedankengänge der Darstellung ausgewirkt. Die nächtliche Arbeit an Veröffentlichungen wie diese ist für mich – neben dem permanenten Hören des Deutschlandfunkes bei Waschen, Putzen, Kinder hüten – die einzige Möglichkeit, der Gefahr einer schleichenden Verdummung zu entrinnen, die tendenziell der Profession des promovierten Hausmannes innewohnt.

Die Recherchen im Fürther Stadtarchiv 1997/98 waren nur möglich, weil meine Eltern in dieser Zeit meine Tochter beaufsichtigten. Ihnen gilt genauso mein Dank wie den Mitarbeitern des Fürther Stadtarchivs, deren unbürokratische Hilfsbereitschaft in unserer Stadt schon geradezu sprichwörtlich ist. Der Gesamtvorstand des Fürther Altstadtvereins gewährte einen (rückzahlbaren) Zuschuß für die Druckkosten, ihm gilt ebenso Dank wie meiner Frau, da sie letztlich die materiellen Voraussetzungen für dieses Buch schuf.

Fürth, im August 2000
Alexander Mayer

Inhaltsverzeichnis

0. Redaktionelle Vorbemerkungen	1
I. Einleitung	2
II. Drei Feldpostbriefe	2
III. Entscheidung zum Krieg	2
IV. Das getäuschte Volk	4
V. Julikrise 1914: Schlaglichter	6
VI. Kriegsbeginn: Erinnerungen	18
VII. Ein langer Weg in die Katastrophe?	23
VIII. Fritz Fischer und seine Kontroverse	25
IX. Die Schlacht	27
X. Das deutsche Volk auf dem Weg zum willigen Vollstrecker Hitlers	34
XI. Die Garnisons- und Industriestadt Fürth in Bayern	39
XII. EXKURS: Fürther Geschichte bis 1911: eine gelungene deutsch-jüdische Symbiose?	40
XIII. EXKURS: Die verkannte Stadt	47
XIV. Der Stadtchronist Georg Paul Rieß	47
XV. Die Chronik von Georg Paul Rieß 1911 – 1914	49
<i>Vorbemerkung 1998 und Vorwort 1911</i>	49
<i>Tageseintragungen 1911</i>	50
<i>Jahresstatistik 1911</i>	64
<i>Seitenverweise 1911</i>	69
<i>Tageseintragungen 1912</i>	71
<i>Jahresstatistik 1912</i>	91
<i>Seitenverweise 1912</i>	97
<i>Tageseintragungen 1913</i>	99
<i>Jahresstatistik 1913</i>	120
<i>Seitenverweise 1913</i>	125
<i>Tageseintragungen 1914</i>	127
<i>Jahresstatistik 1914</i>	151
<i>Seitenverweise 1914</i>	155

XVI. Stichwortverzeichnis zur Rieß-Chronik 1911-1914	159
XVII. Quellenverweise.....	169
XVIII. Bildteil	173

0. Redaktionelle Vorbemerkungen

Quellenverweise und Anmerkungen finden Sie in [eckigen Klammern]. Bei den Quellen wird der Name des Autors und die Seite angegeben, z. B.: [Goldhagen, S. 741]; Sie finden die Literaturstelle dann im Kapitel XVII „Quellenverweise“ unter dem Namen des Autors. Herausgegebene Bücher ohne Autor oder mit sehr vielen Autoren werden mit dem Titel angegeben, also z.B. [Juli 1914, S. 73]. Sofern im Kapitel „Quellenverweise“ mehrere Titel eines Autors zu finden sind, wird dem Namen die Jahreszahl der Veröffentlichung hinzugefügt, wenn mehrere Veröffentlichungen im selben Jahr vorliegen, wird zusätzlich ein Kleinbuchstabe hinzugefügt, also z.B.: [Fischer 1998b, S. 45]. Die beiden Exkurse (Kap. XII und XIII) sind im Gesamtzusammenhang entbehrlich und können vom Leser übersprungen werden.

Die Rieß-Chronik wird in der Regel **nicht** wortgetreu wiedergegeben (Kap. XV), das wäre zu umfangreich, oft auch zu langatmig und uninteressant gewesen (z.B. werden sehr oft Beamtenbeförderungen erwähnt). Die Originaleintragungen wurden von mir gekürzt und zusammengefaßt (vgl. Kap. XIV). Wörtliche Zitate aus dem Original stehen in „Anführungszeichen“. Um einen gewissen Kontext mit wichtigen Ereignissen jener Zeit zu schaffen, habe ich in *Kursivschrift* einige solche Ereignisse eingefügt; die entsprechenden *kursiven Zeilen* finden sich also ursprünglich **nicht** in der Rieß-Chronik. Obwohl das jeweilige Datum für eine Verortung der Quellen ausreichend wäre, habe ich mit Hilfe von Endnoten zusätzlich einen Seitenverweis angelegt. Auf das Stichwortverzeichnis möchte ich besonders hinweisen (Kap. XVI).

I. Einleitung

Paul Georg Rieß (1864-1945) schrieb von 1911 bis 1945 die Fürther Stadtchronik: „Mit zähem Fleiß und größter Gewissenhaftigkeit hielt er in seinen Aufzeichnungen und aufgeklebten Zeitungsausschnitten die Ereignisse fest, die von Bedeutung für das Leben der Stadt schienen“ [Schwammberger, S. 302]. Ich kann nur bestätigen, daß im Fürther Stadtarchiv ein wirklich außergewöhnliches Lebenswerk im nur selten unterbrochenen Dornröschenschlaf liegt.

„Leider konnte der liebste Wunsch des letzten Fürther Stadtchronisten, seine eigenen Werke gesammelt in Druck zu sehen, nicht mehr erfüllt werden“ [Fränkische Tagespost v. 17.1.1963]. Ich freue mich, diesen Wunsch nun endlich erfüllen zu können.

Am 1. Dezember 1999 starb im Alter von 91 Jahren der Historiker Prof. Dr. Dr. Fritz Fischer. Der vorliegende erste Band meiner Edition der Chronik von Paul Rieß läuft zeitlich analog zu Fritz Fischers Standardwerk „Krieg der Illusionen – Die deutsche Politik 1911 - 1914“ [Fischer 1998].

Durch meinen fast gleichlautenden Titel habe ich einerseits den engen thematischen und zeitlichen Bezug bei völlig unterschiedlichem Blickwinkel, andererseits auch meine Verehrung für diesen aufrechten Historiker deutlich zu machen versucht (vgl. unten das Kapitel VIII: „Fritz Fischer und seine Kontroverse“). Meine Darstellung orientiert sich in ihrem allgemeineschichtlichen Teil an der Schule von Fritz Fischer und behält immer die spätere Entwicklung zum Nationalsozialismus im Auge. Es ist ein wesentliches Anliegen der von mir hiermit begonnenen Edition der Paul Rieß Chronik, am Beispiel von Fürth zu zeigen, was für einer tiefer, traumatischer Einschnitt der Erste Weltkrieg für das deutsche Volk war. Paul Rieß erwähnte in seiner lokal ausgerichteten Stadtchronik die Julikrise erstmalig am 25. Juli 1914. Ab August war der Krieg in seiner Chronik, die bis dahin weltpolitische Ereignisse bestenfalls am Rande erwähnte, das zentrale Thema. Auch für unser Fürth war dieser Krieg in vielerlei Hinsicht ein „Krieg der Illusionen“; die Illusionen betrafen vor allem: die Ursachen des Krieges (man glaubte an einen gerechten Verteidigungskrieg), die Einschätzung der politischen, administrativen und militärischen Führungseliten in bezug auf ihre Redlichkeit und ihren Friedenswillen, die Umstände des industriellen Krieges (Illusion: Tapferkeit und Mut entscheiden über Sieg und Niederlage), die sozialintegrative Funktion („Augusterlebnis“), die Länge des „Feldzuges“ („Im Herbst sind unsere Soldaten wieder zu Hause“).

Dieses Buch ist in erster Linie für den historisch interessierten Bürger meiner Heimatstadt Fürth gedacht. Die Alltags- und Mentalitätsgeschichte gerade des Ersten Weltkrieges ist in den letzten Jahren jedoch in den Blickpunkt des allgemeinen geschichtswissenschaftlichen Interesses geraten, so daß auch mit vereinzelten

Lesern außerhalb von Fürth gerechnet werden kann. Diesen muß gesagt werden: Neben zahlreichen verallgemeinerbaren Einblicken in Alltag und Mentalität der Menschen in den Jahren 1911 bis 1914 enthält die Stadtchronik vieles, das ausschließlich lokalhistorisch von Bedeutung ist und deswegen nur für diejenigen von Interesse ist, die unsere Stadt kennen. Denjenigen, die sich lediglich für allgemeine historische Fragestellungen interessieren, empfehle ich eine Orientierung anhand des ausführlichen Stichwortverzeichnisses (Kap. XVI). Da unser Fürth im Zweiten Weltkrieg systematischen Bombardierungen entging, ist es baulich über weite Bereiche ein bewohntes Museum des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts und damit für die an dieser Zeit Interessierten in jedem Fall einen Besuch wert.

II. Drei Feldpostbriefe

Der 35jährige Hauptmann Heinrich von Helldorf - mit der Bahn unterwegs zur Front - schrieb am 11. August 1914 seiner Frau: „... 7 1/2 Stunden geschlafen. Nur schwach unterbrochen von den endlosen Hurras, die auf jeder nächtlichen Station dem Prinzen, der auch schlafen wollte, dargebracht worden. Das endgültige Erwachen wurde dann auch wieder durch ein brausendes ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ veranlaßt. Überall unendlicher Jubel.“ Helldorf fiel am 11. November 1914 in Flandern.

Im Juli 1916 entstanden in einem Lazarett folgende Zeilen: „Meine lieben Eltern und Geschwister, wenn Euch dieser Brief erreicht, bin ich zu einer besseren Welt eingegangen und vielen meiner braven Kameraden durch den Tod ins Leben gefolgt. Ich bitte Euch recht herzlich, weint nicht um mich. Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom liebsten, was man hat, muß scheiden. Gern, oh gern wäre ich wieder heimgekehrt. Doch nicht wie ich will, sondern wie er, unser großer Meister es mir beschieden hat, so geschehe es. Für all das Gute, das Ihr im so überreichen Maße an mir getan, danke ich Euch in dieser Stunde von ganzem Herzen. Vergelt's Euch Gott. Alles was ich an wertvollen Sachen bei mir habe, einige Bücher, meine Uhr und etwa 15 Mark in Geld, werden Euch durch meinen Freund Georg Marx zugehen. Nun hätte ich noch einen Wunsch, meine Lieben. Tragt Euch nicht mit dem Gedanken, mich in heimatlicher Erde ruhen zu lassen. Laßt mich mitten unter meinen Kameraden schlafen. Bei und um Euch bin ich dann alle Zeit. Auch Euch, meine lieben kleinen Neffen und Nichtchen, meine letzten Grüße. Auch Ihr werdet Euren Onkel nicht vergessen, gelt. Euch meine lieben Geschwister bitte ich, seid stark und helft unseren lieben Eltern diesen Schmerz überwinden. Seid stark im Glauben. Ich habe es im schweren Granatfeuer empfunden. Gott ist unsere Zuflucht für und für. Er spendet Kraft und Mut, auch in der größten Not. Weinet nicht. Jesus sagt, er ist nicht tot, siehe, er schläft nur. Auf Wiedersehen in einer besseren Welt. So grüßt Euch zum letzten Male herzinnigst Euer dankbarer Sohn, Bruder und Onkel.“

Leutnant Hermann Richter, vier Jahre zuvor als Freiwilliger eingerückt, kam im November 1918 verwundet nach Hause: „Es war eine trostlose Rückkehr, die Truppe müde, die Führer verbittert. Letztes Antreten zum Schlußappell in der Garnison. Zum letzten Mal ‚Guten Morgen Leute‘. Dann fährt ein jeder dahin, wo seine Heimat ist. Ist sie es noch? Auf dem Bahnhof prangen noch die Worte ‚Seid willkommen, tapfere Krieger‘, genauso wie damals, als man zuletzt auf Urlaub war. Aber es ist alles so schmutzig, so träge, und so voll Hohn. Daß sie einem den Flügel lahmgeschossen haben, ist zu ertragen. Aber hier drinnen, da ist etwas entzwei gegangen. Irgendetwas.“ [zitiert nach: Feldpostbriefe, CD 1: Nr. 1 u. 7, CD 2: Nr. 10].

III. Entscheidung zum Krieg

Kaiser Wilhelm II., Generalstabschef v. Moltke und Flottenchef Tirpitz stellten am 8. Dezember 1912 den Militärbevollmächtigten der deutschen Staaten das Szenario des Ersten Weltkrieges vor: Österreich solle gegen Serbien vorgehen. Wenn Rußland dann Serbien stütze, wäre der Krieg unvermeidlich. Wenn sich Rußland zu einem Krieg gegen Österreich habe provozieren lassen, sei Deutschland frei, um mit ganzer Kraft gegen Frankreich Krieg führen zu können. Die deutsche Flotte - v.a. U-Boote - müßten sich auf den Krieg gegen England einrichten. Generalstabschef von Moltke betonte wie so oft, ein europäischer Krieg sei unvermeidlich, und je eher er komme, desto besser. Allgemein wurde jedoch die Notwendigkeit gesehen, das Volk auf den Krieg einzustimmen. Flottenchef Tirpitz empfahl ein „Hinausschieben des Kampfes um 1 1/2 Jahre“, bis der Kaiser-Wilhelm-Kanal für Großkampfschiffe ausgebaut und der U-Boothafen auf Helgoland fertiggestellt sei. Der Kaiser stimmte dem Aufschub des Krieges auf Mitte 1914 nur ungerne zu. Zwei Tage später sprach der

Kaiser gegenüber dem Gesandten der Schweiz vom unvermeidlichen „Rassenkrieg... des Slawentums gegen das Germanentum“. Der „Rassenkampf“ sei unvermeidlich, er werde voraussichtlich in ein bis zwei Jahren stattfinden [Röhl, S. 206 f.; Fischer 1994, S. 34 f., Fischer 1998, S. 232 ff.]. Mit der These des „Rassenkampfes“ befand sich der Kaiser in Übereinstimmung mit Generalstabschef v. Moltke, Reichskanzler Bethmann Hollweg und dem Auswärtigen Amt. [Fischer 1998, S. 292].

Dies alles wurde im Dezember 1912 formuliert, fast 1 1/2 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg und fast 29 Jahre vor dem Angriff auf die Sowjetunion, wobei auch schon frühere Darlegungen des Kriegsszenarios seitens des Auswärtigen Amtes bekannt sind, so äußerte der damalige Staatssekretär des Äußeren, Kiderlen-Wächter, im April 1912 (!): „Österreich-Ungarn wird nach Serbien einmarschieren und mit dem Gros der Armee gegen Rußland Aufstellung nehmen. Deutschland wird mit einem Teile seiner Streitkräfte ebenfalls gegen Rußland aufmarschieren, mit der Hauptmacht aber mit voller Wucht über Frankreich herfallen...“ [zit. nach Fischer 1998, S. 211].

Die „volksnahe“ Interpretation eines machtpolitisch motivierten Krieges fiel auf fruchtbaren Boden: Einerseits bei der breiten Bevölkerung, andererseits bei den damals - auch im Ausland - stark verbreiteten sozialdarwinistischen Überzeugungen vor allem im Offizierskorps. Später gewann dann die rassistische Interpretation in Deutschland eine Eigendynamik, die Hitler den Weg ebnete: Während der Diskussionen über das Ausmaß der massiven Heeresvermehrung von 1913 wurde der Gegensatz von „Slawen und Germanen“ zum zentralen Propagandaschlagwort. „In den Jahren 1913/14 vollzog sich ein tiefgreifender Wandel in den Vorstellungen des deutschen Volkes und in seinen Gefühlen gegenüber Rußland, das noch unter der Kanzlerschaft Bülow bis 1909 (trotz des bestehenden russisch-französischen Bündnisses) als eine befreundete Macht betrachtet worden war. Jetzt aber entstand erneut das Bild des russischen Kolosses, der Deutschland bedrohe, und des Moskauer Geistes, der beherrscht sei vom Haß gegen alles deutsche, angetrieben von einem expansionistischen Pan- und Neo-Slawismus... Dieser Wandel des Rußlandbildes war von epochemachender Bedeutung und ebnete den Weg zu Hitler“. [Fischer 1998b, S. 36 f.]. Die vor allem für die breite Bevölkerung gedachte rassistische Interpretation und Legitimation eines Angriffskrieges, der von den ständigen Mißerfolgen der Innen- und Außenpolitik der Reichsleitung ablenken und diese Mißerfolge revidieren sollte, wurde im nächsten Weltkrieg die neuerliche Legitimation. Mithin entwickelte sich die - wenngleich teilweise schon internalisierte - Scheinlegitimation des Angriffskrieges 1914 zum eigentlichen Beweggrund des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und des Völkermordes. Hitler war - trotz seiner rhetorischen Begabung, seines hervorragenden Gedächtnisses und seiner beachtlichen intuitiven Auffassungsgabe - intellektuell sehr einfach und provinziell gestrickt. Er sog im Ersten Weltkrieg die für das Volk gedachte Propaganda völlig in sich auf und potenzierte sie ins Unfaßbare. Hitler gewann aus dem Erlebnis des Ersten Weltkrieges und einer vulgären Propagandainterpretation der Vorgänge ein felsenfestes Weltbild, das ihm meiner Meinung nach seine charismatische Kraft verlieh. Und er stieß bei „seinem“ Volk nicht zuletzt deswegen auf Widerhall, weil er mit ihnen das traumatische Erlebnis dieses ersten „modernen“ Krieges teilte.

Letztlich auslösende Faktoren für die Entscheidung zum Angriffskrieg im Dezember 1912 waren die (vermeintliche) Demütigung Deutschlands in der Zweiten Marokkokrise 1911 (1.7 - 4.11) und der SPD-Erdrutschsieg bei den Reichstagswahlen im Januar 1912. Direkter Anlaß für den eingangs beschriebenen „Kriegsrat“ vom 8. Dezember 1912 war der Bericht des deutschen Botschafters in London über ein Gespräch mit dem englischen Kriegsminister, demzufolge England auf keinen Fall die neuerliche Niederwerfung Frankreichs durch Deutschland dulden könne. Der aufbrausende Kaiser war nicht länger bereit, die Politik von Reichskanzler Bethmann Hollweg in Form eines geduldigen Werbens um England fortzusetzen, er plädierte für den sofortigen Krieg gegen Rußland und Frankreich, was die Militärführung im übrigen schon seit Jahren forderte. In einem Telegramm an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes formulierte der Kaiser in diesen Tagen: „England wird aus Neid und Haß gegen Deutschland unbedingt Frankreich u(nd) Rußland gegen uns beistehen. Der eventuelle Existenzkampf, den die Germanen in Europa (Österreich, Deutschland) gegen die von Romanen (Gallier) unterstützten Slaven (Rußland) zu fechten haben werden, findet die Angelsachsen auf der Seite der Slaven!“ [Fischer 1998, S. 231 f.]

Der menschlich schwache Reichskanzler stellte sich sofort auf die nunmehr relativ klare Lage ein. Bisher in der seinerzeit oft und offen diskutierten Option eines „Präventivkrieges“ (tatsächlich war ein Angriffskrieg gemeint [vgl. Fischer 1998, S. 672 ff.]) eher zurückhaltend, vertrat nunmehr auch er eine energische, zum Krieg entschlossene Politik. Bethmann Hollweg übernahm jetzt die Aufgabe, im Reichstag eine große Heeresvorlage durchzubringen, die Nation psychologisch auf den Krieg vorzubereiten (beides von ihm selbst seit Anfang Dezember 1912 gegenüber dem Kaiser in Hinblick auf den kommenden Krieg gefordert), die Bündnispolitik des Deutschen Reiches zu aktivieren und vor allem eine günstige Ausgangslage für den Krieg zu schaffen durch die Lockerung der Stellung Englands innerhalb der Entente (Bündnis zwischen Frankreich,

Rußland und - allerdings weniger eng - England), wodurch er England zumindest in der entscheidenden Anfangsphase des Krieges neutral zu halten hoffte [Fischer 1998, S. 235 f., S. 241].

Eine weiteres Ergebnis des Kriegsrates vom 8. Dezember 1912 war wahrscheinlich auch die folgenschwere Entscheidung, daß der Angriffskrieg jetzt in jedem Falle mit einem Angriff auf Frankreich eröffnet werden sollte, da man sich aufgrund der langsamen Mobilisierung Rußlands in der Lage glaubte, Frankreich schlagen zu können, bevor Rußland angreift. Bis zum Ablauf des Mobilmachungsjahres 1912/13 (Planungsjahr) hatte der deutsche Generalstab neben dem Westaufmarsch für das Gros der deutschen Armee (also Kriegseröffnung gegen Frankreich unter Brechung der belgischen Neutralität) auch noch einen Alternativplan zur Kriegseröffnung gegen Rußland ausgearbeitet und zur Verfügung. Für die Zeit nach dem 1. April 1913 wurde dieser Plan nicht mehr bearbeitet, da die Militärführung nun wunschgemäß davon ausgehen konnte, vor der erwarteten Fertigstellung der Eisenbahnen in Polen (1916/17) den Krieg eröffnen zu können. Diese Bahnen - übrigens nicht zuletzt mit französischen Kapital gebaut - hätten nach Einschätzung des deutschen Generalstabes die träge Mobilmachung der russischen Armee soweit verkürzt, daß ein schwerpunktmäßiger Aufmarsch der deutschen Armee im Westen zu gefährlich gewesen wäre. Auch dies zeigt, daß Ende 1912 die Entscheidung zum Krieg gefallen war [Fischer 1998, S. 240 f.]. Dieser Plan wurde dann später trotz völlig entgegengesetzter politischer Lage durchgehalten: Der Krieg entstand im Osten, Deutschland marschierte gegen Westen. Ein weiterer Beweis für die Alliierten, daß Deutschland diesen Krieg wollte.

Kurz vor Ende des von Tirpitz erbetenen Aufschubs des Angriffs um 1 1/2 Jahre erklärte der Oberquartiermeister des deutschen Generalstabes in einer Denkschrift vom 18. Mai 1914, „...daß Deutschland sich bei normalen Lauf der Dinge eines Angriffs in allernächster Zeit nicht zu gewärtigen hat, daß es aber andererseits nicht nur keinen Grund hat, in irgend einer Lage einem Konflikt aus dem Wege zu gehen, vielmehr, daß die Aussichten, einen großen europäischen Krieg schnell und siegreich zu bestehen, heute noch sehr günstig für Deutschland liegen und ebenso für den Dreibund. Heute. In kurzem wird dies nicht mehr der Fall sein.“ Generalstabschef Moltke drängte die Führung auf „die baldige Herbeiführung eines Krieges“. Am 16. Juni 1914 - zwölf Tage vor dem Attentat von Sarajewo - ersuchte Oberquartiermeister v. Waldersee die Militärbevollmächtigten der deutschen Staaten, alle schriftliche Berichterstattung an ihr jeweiliges Kriegsministerium bis auf weiteres einzustellen. Der Generalstab werde in den nächsten Tagen Sondergesandte schicken, die diesen ungewöhnlichen Schritt den betreffenden Kriegsministern mündlich erklären würden [Röhl, S. 207 ff.]. – Der Beweis fehlt oder schlummert unentdeckt in den Archiven, aber ein furchtbarer Verdacht drängt sich auf: Waren die Kriegsvorbereitungen schon im Gange, als die Schüsse von Sarajevo fielen, die dann den Militärs und dem Auswärtigen Amt, ja vielleicht sogar Bethmann Hollweg als „Geschenk des Himmels“ vorgekommen sein müßten?

IV. Das getäuschte Volk

Bernhard von Bülow, von 1900 bis 1909 Reichskanzler, war zwar selbst außenpolitisch nicht sonderlich erfolgreich, durch sein Insiderwissen ist seine Meinung zur Julikrise 1914 dennoch interessant. Er betonte, daß lediglich vier Männer die Schuld am Krieg trugen: Reichskanzler Bethmann Hollweg, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gottlieb v. Jagow (da es im Deutschen Reich keinen Außenminister gab, war er nach Bethmann Hollweg der zweite Mann der deutschen Außenpolitik), Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann und der Dirigent der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt Wilhelm v. Stumm. Bülow warf ihnen eine Reihe von Fehlern vor [vgl. Röhl, S. 195 f.], die in ihrer Häufung zum Weltkrieg geführt hätten. Man müßte hier sicherlich zumindest den Kaiser und Generalstabschef Helmuth Graf von Moltke hinzufügen. Die Verhältnisse im Auswärtigen Amt waren im übrigen vor 1914 so, daß die Außenpolitik des Deutschen Reiches von kaum mehr als zehn Beamten vorbereitet und organisiert wurde, die Leitung hatten die zuerst Genannten inne [Hürter, S. 220].

Aber abgesehen davon gab es auch schon im Ersten Weltkrieg eine Gruppe gutinformierter Beobachter, die davon ausgingen, daß der europäische Krieg absichtlich herbeigeführt wurde. So äußerte sich Unterstaatssekretär Stumm im Februar 1915 gegenüber dem Berliner Zeitungsredakteur Theodor Wolff: „Wir haben [im Juli 1914] nicht geblufft. Wir waren darauf gefaßt, daß wir den Krieg mit Rußland haben würden... Wenn der Krieg nicht jetzt gekommen wäre, hätten wir ihn unter schlechteren Bedingungen in zwei Jahren gehabt... niemand habe voraussehen können, daß militärisch nicht alles so klappen werde, wie man geglaubt... Man muß etwas finden, um nach dem Kriege die drei Ententemächte auseinander zu bringen. Sonst hat der ganze Krieg kein Zweck gehabt“ [Wolff, S. 166 f.]. Im Mai 1916 äußerte Stumm gegenüber Wolff: „Es ist gar nicht wahr, daß unsere Politik damals falsch war... wenn wir damals nicht losgegangen wären, hätte Rußland uns in

zwei Jahren überfallen und dann wäre es anders gerüstet gewesen und hätte die Eisenbahnlinien in Polen gehabt - halb Preußen wäre verwüstet worden.“ [Wolff, S. 376]. - Ähnliche Äußerungen sind von den führenden Militärs bekannt: „Wir sind bereit und je eher, desto besser für uns“, sagte Moltke am 1. Juni 1914 im Blick auf den kommenden Krieg [wie selbst Michael Stürmer einräumen muß: Stürmer, S. 368]. Gegenüber Jagow forderte Moltke die diplomatische Einleitung eines Präventivkrieges [Fischer 1994, S. 46].

Bei den „vorwärtstrebenden Kräften“ sah man allerdings mehrere Unsicherheitsfaktoren: 1. Der sprunghafte und nervenschwache Kaiser, der trotz großer Worte in den verschiedenen Krisensituationen bisher immer vor dem großen Krieg zurückschreckte und „abschnappte“, wie sich Moltke ausdrückte. Dies tat er übrigens auch kurz vor Kriegsausbruch, wurde aber von Bethmann Hollweg und vom Auswärtigen Amt kaltgestellt. 2. Die österreichischen Bündnispartner konnten nur dann als sicher gelten, wenn Deutschland für Österreich-Ungarn in den Krieg zieht und nicht umgekehrt. Kurt Riezler, persönlicher Sekretär von Bethmann Hollweg und Legationsrat im Auswärtigen Amt, schrieb zu Beginn der Julikrise 1914 nieder, wie Bethmann Hollweg und das Auswärtige Amt gedachten, Europa in den Krieg zu manövrieren: „Kommt der Krieg aus dem Osten, so daß wir also für Oesterreich-Ungarn und nicht Oest[erreich]-Ungarn für uns zu Felde zieht, so haben wir Aussicht, ihn zu gewinnen. Kommt der Krieg nicht, will der Zar nicht oder rät das bestürzte Frankreich zum Frieden, so haben wir doch noch Aussicht, die Entente über diese Aktion auseinanderzumanoeuvrieren“ [Riezler, S. 184]. 3. Die Stimmung in der Bevölkerung war nicht zu vernachlässigen, wie sich noch in der Marokkokrise zeigte (Drohung der Gewerkschaften mit Generalstreik, Ablehnung des Krieges durch die Hochfinanz). 4. Das geringste Problem war der Reichskanzler. Bethmann Hollweg und das Auswärtige Amt (sofern es nicht selbst treibender Faktor war) ordneten sich in prinzipiellen Fragen dem Kaiser und den Militärs unter und stützten den Kriegskurs entweder aktiv oder passiv. 5. Die Neutralität Englands wollte erreicht werden, obwohl man wußte, daß England weder die Besetzung Belgiens noch die Niederwerfung Frankreichs tolerieren würde. Man hoffte England durch - teilweise ominöse Zusicherungen - zumindest anfänglich aus den Krieg herauszuhalten.

Vieles - wenn nicht alles - deutet auf folgende Interpretation hin: Die „Männer von 1914“ (hier: Bethmann Hollweg, Jagow, Stumm, Zimmermann) handelten nach einem vermeintlich „raffinierten, wohldurchdachten Drehbuch, nach einem geheimen Plan, der darauf abzielte, entweder die Triple-Entente (Großbritannien-Frankreich-Rußland) zu spalten, um eine gewaltige diplomatische Revolution herbeizuführen, nach der Deutschland den europäischen Kontinent und einen Großteil der Welt beherrscht hätte, oder - nach Auffassung vieler ein besserer Weg zum gleichen Ziel - unter vermeintlich außergewöhnlich günstigen Umständen einen Krieg auf dem Kontinent gegen Frankreich und Rußland zu provozieren“ [Röhl, S. 201]. Entsprechend war der Angriffsplan des Heeres (Schlieffen-Plan) aus dem Jahre 1905 (!) ausgelegt. Wenn man den Krieg, so kalkulierte das Auswärtige Amt und Bethmann Hollweg, durch eine Balkankrise (statt durch irgendeinen Zwischenfall in Westeuropa) initiieren könnte, würden dem Reich drei höchst erwünschte Vorteile zufallen: 1. Österreich-Ungarn würde an vorderster Front stehen und sich seinen Bündnisverpflichtungen gegenüber Deutschland nicht entziehen können; 2. man könnte die deutsche Bevölkerung und propagandistisch davon überzeugen, daß Deutschland von dem „barbarischen“ Rußland angegriffen werde und so - im Gegensatz zu vorherigen Krisen wie z.B. 1911 - mit Erfolg zur Verteidigung des Vaterlandes aufrufen und dabei vielleicht auch auf die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften zählen; 3. Vielleicht könnte man Großbritannien zumindest während der entscheidenden ersten sechs Wochen aus dem Krieg heraushalten, in denen Frankreich mittels eines blitzartigen Vorstoßes durch Belgien niedergeworfen werden sollte [Röhl, S. 201].

Deswegen überließ die deutsche Führung den Österreichern keineswegs die Kontrolle über die Julikrise 1914, sowohl das (unannehmbare) Ultimatum an Serbien war im Wortlaut bekannt, der „Blankoscheck“ (jegliche deutsche Unterstützung gegen Serbien) sollte das Vorgehen gegen Serbien sicherstellen. Zudem rieten der Reichskanzler und sein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes den Österreichern, die britischen Vermittlungsvorschläge nicht zu akzeptieren. Die Deutschen und auch unsere Fürther glaubten ganz überwiegend an einen gerechten Verteidigungskrieg (vgl. Kap. VI und XV). Zwar ist die These der allgemeinen Kriegsbegeisterung in bezug auf Arbeiterschichten und die ländliche Bevölkerung relativiert worden [vgl. z.B. Ullrich, S. 603 ff.], aber dies ändert nichts daran, daß die Reichsleitung zwar nicht das Ausland, aber doch das eigene Volk einschließlich der SPD-Führung erfolgreich täuschen konnte. Der Reichsleitung gelang es in der unübersichtlichen Abfolge von Mobilmachungen den Angriffskrieg als aufgezwungenen Verteidigungskrieg darzustellen, wobei von interessierter Seite in der Kriegsschulddiskussion - damals wie heute - die eigentlich entscheidende Abfolge der Ultimaten und Kriegserklärungen immer zugunsten jener der Mobilmachungen in den Hintergrund gedrängt wurde.

V. Die Julikrise 1914 – Schlaglichter

Die amerikanische Journalistin und mehrfache Pulitzer-Preisträgerin Barbara Tuchmann veröffentlichte 1962 „The Guns of August“ (Titel der deutschen Übersetzung: „August 1914“) über den Beginn des Ersten Weltkrieges. John F. Kennedy las das Buch, als sich die Konfrontation in Kuba zusammenbraute. Er soll sich nicht zuletzt aufgrund dieser Lektüre gegen eine blutige Militäraktion in Kuba gewandt haben, die seine Generäle ihm nahelegten. Die Konsequenzen wären unabsehbar gewesen. Vielleicht hat uns die Darstellung von Tuchmann vor einem Atomkrieg bewahrt. Dies zeigt den praktischen Wert von Geschichtsschreibung in einer Form, die auch gelesen wird.

Die diplomatischen Verwicklungen in der Julikrise sind ein besonderes negatives Beispiel für das Handeln von Diplomaten und Politiker. Geschichte wiederholt sich nicht, aber die Vorgänge der Julikrise 1914 sind nach wie vor bemerkenswert. Die diplomatischen Ränkespiele der Julikrise wurden im Detail vom Historiker Imanuel Geiss – ein Schüler von Fritz Fischer (siehe Kap. VIII) - aufgearbeitet und 1963/64 veröffentlicht. Eine – immer noch fast 400 Seiten starke - Zusammenfassung seiner Dokumentensammlung war bis vor wenigen Jahren im Buchhandel erhältlich, auf sie beruht die folgende Darstellung.

28. Juni

Die Schüsse von Sarajewo und die Ermordung des in Österreich allgemein unbeliebten Thronfolgers Franz-Ferdinand samt seiner Gattin hätten keineswegs direkt zum Kriege führen müssen, wenn in Deutschland nicht die Grundsatzentscheidung zum Kriege gefallen wäre. Die politische Weltlage war zwar allgemein gespannt, aber zum Weltkrieg konnte das Attentat nur durch die willentliche Entscheidung einiger weniger Männer führen, die hierfür die Verantwortung tragen.

Das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches ging davon aus, daß Deutschland aktuell von der Triple-Entente (Frankreich, England, Rußland) nicht bedroht wurde. Es kalkulierte weiterhin ein, daß der Krieg zwischen Serbien und Österreich einen „Weltkrieg“ nach sich ziehen könnte. Auf der anderen Seite standen die Überlegungen zum „Präventivkrieg“ (gemeint war ein Angriffskrieg), mit dem das Auswärtige Amt die selbstverschuldete „Einkreisung“ Deutschlands zu überwinden und die Hegemonie zumindest in Europa zu erlangen suchte. Die verwirrende Vielfalt der folgenden Ereignisse brachte es mit sich, das für jede Position bzgl. der Kriegsschuldfrage bei entsprechendem Weglassen des Gesamtzusammenhangs Zitate und Belege zu finden sind.

Die politisch archaische Struktur des Deutschen Reiches sah keine geregelte Beratungen in außenpolitischen Krisensituationen vor. Während in den westlichen Demokratien - von daher auch überlegen - die militärische der politischen Führung untergeordnet war, standen in Deutschland Oberste Heeresleitung und Kabinett bzw. Auswärtiges Amt bestenfalls gleichberechtigt nebeneinander. Den Ausschlag gab der unberechenbare Kaiser, wengleich er keinesfalls die Kontrolle über die Vorgänge hatte bzw. behielt und die Manöver seines Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes auch nicht voll durchschaute.

30. Juni

Am 30. Juni 1914 verfaßte Tschirschky, der deutsche Botschafter in Wien, seinen Bericht an Reichskanzler Bethmann Hollweg, der auch dem Kaiser vorgelegt wurde und die dieser gewohnheitsmäßig mit Randbemerkungen versah, die zwar nicht offiziell, aber de facto als allerhöchste Weisungen aufgenommen wurden. Der Diplomat Tschirschky versuchte zunächst in Wien die Wogen zu glätten, so berichtete er: „Hier höre ich, auch bei ernsten Leuten, vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden.“ Der Kaiser vermerkte dazu am Rand: „jetzt oder nie“. Tschirschky fuhr in seinem Bericht fort: „Ich benutze jeden solchen Anlass, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen“. Der Kaiser schrieb hier an den Rand: „wer hat ihn dazu ermächtigt? das ist sehr dumm! ... Tschirschky soll den Unsinn lassen! mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald.“ [Juli 1914, S. 39 f.]. – Es sei mir im Jahre 2000 die Randbemerkung erlaubt, daß Wilhelms Wunsch 85 Jahre später mit deutscher Unterstützung erfüllt wurde. Parallelen drängen sich auch auf, wenn man eine spätere Bemerkung des sächsischen Geschäftsträgers in Berlin liest (17.7.1914): „Man wirkt... hier dahin, dass auch in der Presse ein Schritt der Wiener Regierung als eine Art Mandat Europas dargestellt wird mit der dankenswerten Aufgabe, das Anarchistennest in Belgrad zu säubern“ [Juli 1914, S. 101].

Tschirschky bekam natürlich mitgeteilt, was der Kaiser zu seinem Bericht zu bemerken hatte und so änderte sich seine Position um 180 Grad: Eine Woche später (8.7.1914) erklärte er dem k.u.k. Außenminister Berchthold nach dessen Bericht, „dass man in Berlin eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte und dass es in Deutschland nicht verstanden würde, wenn wir [Österreich-Ungarn; Anm. A.M.] die gegebene

Gelegenheit vorüber gehen liessen, ohne einen Schlag zu führen“. [Juli 1914, S. 79].

5. Juli

Wilhelm II. sagte dem österreichischen Botschafter zu, Deutschland werde Österreich-Ungarn auch beim Eingreifen Rußlands rückhaltlos unterstützen. Reichskanzler Bethmann Hollweg billigte die kaiserliche Zusage und deckte sie somit auch verfassungsrechtlich. Der vielzitierte „Blankoscheck“ war gegeben [Juli 1914, S. 46]. Die Meldungen des österreichischen Botschafters vom deutschen Drängen zum sofortigen Kriege gegen Serbien hinterließen in Wien tiefe Wirkung [Juli 1914, S. 50, 52, 55 u. 57].

7. Juli

Im gemeinsamen Ministerrat der Doppelmonarchie wurde die Marschrichtung vorgegeben: „... alle Anwesenden mit Ausnahme des königlich ungarischen Ministerpräsidenten [sind] der Ansicht, dass ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und dass daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müssten, die eine Ablehnung voraussehen liessen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde“. Der ungarische Ministerpräsident, Graf Tisza, bemerkte hierzu „... dass die an Serbien zu richtenden Forderungen sehr harte sein sollten, jedoch nicht von solcher Art, dass man die Absicht, unannehmbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne. Sonst hätten wir eine unmögliche rechtliche Grundlage für eine Kriegserklärung.“ Der Vorsitzende, k.u.k. Außenminister Berchtold, konnte nach dieser Erklärung Tizas zusammenfassend feststellen, daß „... auch die Vorschläge des königlich ungarischen Ministerpräsidenten aller Wahrscheinlichkeit nach zu der von ihm und den übrigen Mitgliedern der Konferenz für notwendig gehaltenen kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien führen werden“ [Juli 1914, S. 64 f.]. Das k.u.k. Außenministerium machte sich daran, das Ultimatum an Belgrad auszuarbeiten, entsprechend der allgemeinen Richtlinie des Ministerrates sollte das Ultimatum unannehmbar ausfallen und nach dessen Ablehnung sofort die Mobilmachung erfolgen [Juli 1914, S. 69, 85 u. 94]

Die Reichsleitung verbreitete derweil unter den Botschaftern im Ausland und den Gesandten der Bundesstaaten vorgebliche Motive für die mutwillige Verschärfung und Zuspitzung der Krise: die k.u.k. Monarchie sei morsch und gefährdet, sie brauche einen Erfolg und müsse als Verbündeter gestärkt werden, der Krieg lasse sich wohl lokalisieren, wenn auch die Möglichkeit des großen Krieges nicht auszuschließen sei [Juli 1914, S. 79, 83, 89, 98, 100, 101 f., 103 f., 106, 110 f.]. Tatsächlich lagen die Pläne im innersten Zirkel der Macht in Deutschland jedoch anders: Kurt Riezler, persönlicher Sekretär des Kanzlers und Legationsrat im Auswärtigen Amt, notierte hierzu am 8. Juli 1914: „Kommt der Krieg aus dem Osten, so dass wir also für Oesterreich-Ungarn und nicht Oesterreich-Ungarn für uns zu Felde zieht, so haben wir Aussicht, ihn zu gewinnen. Kommt der Krieg nicht, will der Zar nicht oder rät das bestürzte Frankreich zum Frieden, so haben wir doch die Aussicht, die Entente über diese Aktion auseinanderzumanoeuvrieren.“ [Riezler, S. 184].

12. Juli

Der österreichische Botschafter in Berlin berichtete am 12. Juli 1914 nach Wien, daß Wilhelm II. wie auch „alle anderen massgebenden hiesigen Faktoren“ Österreich „auf das Nachdrücklichste [ermuntern], den jetzigen Moment nicht verstreichen zu lassen, sondern energischst gegen Serbien vorzugehen und mit dem dortigen revolutionären Verschwörernest ein für alle Mal aufzuräumen“ Die „massgebenden deutschen Kreise“ und Wilhelm II. würden Österreich „geradezu drängen... eine eventuell sogar kriegerische Aktion gegen Serbien zu unternehmen“, obwohl dann ein Krieg mit Rußland und Frankreich nicht ausgeschlossen werden könne [Juli 1914, S. 88 f.].

20./21. Juli

Der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré begann seine Rußlandvisite (bis 23.7).

Am 20. Juli ging das Ultimatum an den österreichischen Botschafter in Belgrad, der es am 23. Juli der serbischen Regierung übergeben solle. Es enthielt Bedingungen, die klar die Souveränität von Serbien in Frage stellten [Juli 1914, S. 124 ff.].

Am 21. Juli eröffnete der russische Außenminister Sasonow dem deutschen Botschafter in St. Petersburg, „... auf jeden Fall dürfe Österreich-Ungarn, wenn es durchaus den Frieden stören wolle, nicht vergessen, dass es in diesem Falle mit Europa zu rechnen habe. Russland würde einen Schritt in Belgrad, der auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig zusehen können... auf jeden Fall dürfe von einem Ultimatum nicht die Rede sein.“ [Juli 1914, S. 137] Weder die russische noch die englische und die französische Führung nahmen der deutschen Reichsleitung ab, daß sie vom Inhalt der Note nicht vorab informiert gewesen waren, wie es

Deutschland darzustellen versuchte. Dies vermehrte das Mißtrauen gegen Deutschland weiter [Juli 1914, S. 115 f.].

23. Juli

Am 23. Juli um 18 Uhr übergab der k.u.k. Gesandte in Belgrad, Giesl, das österreich-ungarische Ultimatum. Die Frist von 48 Stunden war somit am Sonnabend, den 25. Juli, um 18 Uhr abgelaufen. Zeit für Vermittlungsversuche war damit kaum vorhanden, vor allem da erst 12 Stunden nach der Übergabe die anderen Großmächte informiert wurden [Juli 1914, S. 145]. Als der österreichische Botschafter dem russischen Außenminister Sasonow das Ultimatum vorlas, bemerkte dieser: „Sie setzen Europa in Brand. Sie übernehmen eine schwere Verantwortung, Sie werden sehen, welchen Eindruck das in London, Paris und vielleicht auch sonst noch machen wird. Man wird das als ungerechtfertigte Aggression betrachten.“ Im eigenen Außenministerium erklärte Sasonow: „Das ist der europäische Krieg!“ [Juli 1914, S. 159, 175].

24. Juli

Auch der englische Premierminister und die französische Regierung warnten die deutschen Botschafter, daß bei einem Kriegseintritt Rußlands der europäische Krieg in nächste Nähe gerückt sei [Juli 1914, S. 167 ff.]. Der russische Außenminister erklärte dem deutschen Botschafter „auf das bestimmteste, Russland könne unmöglich zulassen, dass österreichisch-serbische Differenzen zwischen beiden Beteiligten alleine ausgetragen werden“ [Juli 1914, S. 171]. Im englischen Außenministerium wurde die Meinung geäußert, daß es im kommenden Kampf „nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern ... um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu errichten...“ [Juli 1914, S. 187 f.].

25. Juli

Die serbische Regierung machte in ihrer Antwort auf das österreichische Ultimatum weitreichende Zugeständnisse, willigte aber nicht vorbehaltlos in allen Punkten ein [Juli 1914; S. 190 ff.]. Österreich-Ungarn brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab: Serbien machte mobil, gleichzeitig begann in Österreich die Teilmobilmachung.

Der englische Premierminister Grey forderte das vorderhand zunächst unbeteiligte Deutschland zur Vermittlung auf und warnte vor dem „Weltkrieg“, der aus einem österreichisch-russischen Streit hervorgehen könne. Auch der deutsche Botschafter in London erblickte in einer deutschen Vermittlung „die einzige Möglichkeit, einen Weltkrieg zu verhindern“. [Juli 1914, S. 196].

In einer Vortragsaufzeichnung des russischen Außenministers Sasonow für den Zaren Nikolaus II. heißt es in bezug auf österreichische Ultimatum: „Der deutliche Zweck dieses Vorgehens - das anscheinend von Deutschland unterstützt wird - besteht darin, Serbien vollständig zu vernichten und das politische Gleichgewicht auf dem Balkan zu stören“ [Juli 1914, S. 199]. Der französische Botschafter versicherte, daß er in der Lage sei, dem russischen Außenminister die formelle Zusicherung geben zu können, „dass sich Frankreich vorbehaltlos an Seite Russlands stelle“ [Juli 1914, S. 206]. Der englische Botschafter in St. Petersburg tat eigenen Angaben zufolge sein „möglichstes um Minister des Äusseren zur Vorsicht zu mahnen, und warnte ihn, dass, wenn Russland mobilisiere, Deutschland sich nicht mit blosser Mobilmachung begnügen oder Russland Zeit zur Ausführung der seinen lassen, sondern wahrscheinlich sofort den Krieg erklären würde. Seine Exzellenz [Sasonow] versicherte mir nochmals, er wünsche den Konflikt nicht zu überstürzen, aber falls Deutschland Österreich nicht zurückzuhalten vermöge, könne ich die Lage als verzweifelt betrachten. Russland könne nicht zulassen, dass Österreich Serbien erdrücke und vorherrschende Macht auf dem Balkan werde, und Russland würde, des französischen Beistandes sicher, alle Gefahren des Krieges auf sich nehmen.“ [Juli 1914, S. 207].

Im folgenden ließ die Deutsche Reichsleitung nichts unversucht, um jegliche Vermittlung zu verhindern, obwohl auch sie spätestens ab 26. Juli mit dem großen Kontinentalkrieg rechnete [Juli 1914, S. 211 ff.].

26. Juli

Am 26. Juli 1914 erklärte Philippe Berthelots, stellvertretender Direktor im französischen Außenministerium, dem deutschen Botschafter v. Schoen: „... für jeden Unbefangenen [sei] die Haltung Deutschlands nicht verständlich..., wenn sie nicht auf den Krieg abziele... Bei der wiederholten [un- bzw. halbweisen; Anm. A.M.] Versicherung, dass Deutschland den Inhalt der österreichischen Note nicht gekannt habe, sei es nicht mehr erlaubt, Zweifel über diesen Punkt zu erheben. Sei es jedoch wahrscheinlich, dass sich Deutschland mit geschlossenen Augen in solchem Abenteuer an die Seite Österreichs gestellt haben sollte? Gestatte die Psychologie aller vergangenen Beziehungen zwischen Wien und Berlin die Annahme, dass Österreich seine Stellung ohne Vorbehalt eines Rückzugs eingenommen hätte, wenn es nicht vorher mit seinem Verbündeten

alle Folgen seiner Unnachgiebigkeit erwogen hätte? Wie überraschend erscheine die Weigerung Deutschlands, in Wien einen Vermittlungsvorschlag zu machen, jetzt, wo es den ungewöhnlichen Wortlaut der österreichischen Note kenne!“ [Juli 1914, S. 127].

27. Juli

Der britische Außenminister Grey ließ den deutschen Botschafter Lichnowsky zur Übermittlung nach Berlin folgendes wissen: „Der serbische Geschäftsführer habe ihm soeben den Wortlaut der serbischen Antwort auf die österreichischen Note übermittelt. Aus derselben gehe hervor, dass Serbien den österreichischen Forderungen in einem Umfange entgegengekommen sei, wie er es niemals für möglich gehalten habe; bis auf einen Punkt, der Teilnahme österreichischer Beamter an den gerichtlichen Untersuchungen, habe Serbien tatsächlich in alles eingewilligt, was von ihm verlangt worden sei. Es sei klar, dass diese Nachgiebigkeit Serbiens lediglich auf einen Druck von Petersburg zurückzuführen sei. Begnüge sich Österreich nicht mit dieser Antwort, bzw. werde diese Antwort in Wien nicht als Grundlage für friedliche Unterhandlungen betrachtet, oder gehe Österreich gar zur Besetzung von Belgrad vor, das vollkommen wehrlos daliegt, so sei es vollkommen klar, dass Österreich nur nach einem Vorwand suche, um Serbien zu erdrücken. In Serbien solle aber alsdann Russland getroffen werden und der russische Einfluss auf dem Balkan. Es sei klar, dass Russland dem nicht gleichgültig zusehen könne und es als eine direkte Herausforderung auffassen müsse. Daraus würde der fürchterlichste Krieg entstehen, den Europa jemals gesehen habe, und niemand wisse, wohin ein solcher Krieg führen könne.“ [Juli 1914, S. 232].

Der französische stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten telegraphierte folgende Einschätzung seiner Regierung an den französischen Botschafter in Berlin: „Augenblicklich bleibt die Lage nach wie vor beunruhigend infolge der unverständlichen Weigerung Österreichs, die serbische Unterwerfung anzunehmen, seiner Mobilmachung und seiner Drohungen, in Serbien einzufallen. Die mit der Unterstützung Deutschlands von Anfang an eingenommene Haltung der österreichischen Regierung, ihre Weigerung, irgendwelche Besprechung mit den [europäischen] Mächten anzunehmen, machen es ihnen tatsächlich unmöglich, in nützlicher Weise ohne Deutschlands Vermittlung bei ihr zu intervenieren. Indessen drängt die Zeit, denn wenn die österreichische Armee die Grenze überschreitet, wird es sehr schwer sein, die Krisis zu beschwören, da Russland anscheinend die Besetzung Serbiens nicht dulden kann, nachdem sich dieses in Wirklichkeit der österreichischen Note unterworfen hat und ihm alle Genugtuungen und Sicherheiten gegeben hat. Deutschland ist gerade infolge der von ihm eingenommenen Stellung geeignet, in nützlicher Weise zu intervenieren und in Wien angehört zu werden; wenn es das nicht tut, rechtfertigt es allen Verdacht und übernimmt die Verantwortung für den Krieg. Die Mächte und insbesondere Russland, Frankreich und England haben durch ihre dringenden Ratschläge Belgrad zum Nachgeben bestimmt. Sie haben also ihre Aufgabe erfüllt; jetzt ist es an Deutschland, das allein in der Lage ist, in Wien rasch Gehör zu finden, Ratschläge an Österreich zu geben, das Genugtuung erhalten hat und wegen eines leicht zu erledigendes Details nicht den allgemeinen Krieg entfesseln kann“ [Juli 1914, S. 242].

28. Juli

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. verfaßte folgendes Handschreiben: „Nach Durchlesung der Serbischen Antwort, die ich heute Morgen erhielt, bin ich der Überzeugung, dass im Grossen und Ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können M.Er. nach durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation demüthigster Art liegt darin orbi et urbi verkündet, und durch sie entfällt jeder Grund zum Krieg“. Damit Österreich und seine Armee das Gesicht wahren könne, solle man die Aktion lokal begrenzen und lediglich Belgrad zeitweise besetzen, bis die in der Antwort aufgeführten Versprechungen erfüllt sind [Juli 1914, S. 252 f.].

Diese Einschätzung Wilhelm II. wurde aber vom Reichskanzler bzw. vom Auswärtigen Amt nicht bzw. nur sehr gebrochen und ohne Nachdruck nach Wien weitergegeben, ihr widersprechend instruierte man den deutschen Botschafter in Wien: „Sie werden es ... sorgfältig zu vermeiden haben, dass der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten“ [Juli 1914, S. 257].

Österreich-Ungarn erklärte noch am gleichen Tag Serbien den Krieg.

Gleichzeitig ging von St. Petersburg folgendes Telegramm an den russischen Botschafter in Berlin und zur Kenntnis an jene in Wien, Paris, London und Rom: „Infolge der Kriegserklärung Österreichs an Serbien werden wir morgen die Mobilmachung in den Militärbezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan [das waren die südlichen Bezirke zum österreichischen Galizien; Anm. A. M.] erklären. Bringen Sie das zur Kenntnis der deutschen Regierung und betonen Sie das Fehlen irgendwelcher Angriffsabsichten Russlands gegen Deutschland.“ [Juli 1914, S. 259].

29. Juli

Die Teilmobilmachung in Rußland und die Beschießung Belgrads durch vorgeschobene österreichische Batterien begannen (Belgrad lag damals unmittelbar an der Grenze zu Österreich-Ungarn).

Am 29. Juli ging ein Telegramm von Reichskanzler Bethmann Hollweg zum deutschen Botschafter in St. Petersburg: „Bitte Herrn Sasonow [russ. Außenminister; Anm. A.M.] sehr ernst darauf hinweisen, dass weiteres Fortschreiten russischer Mobilisierungsmassnahmen uns zur Mobilmachung zwingen würde, und dass dann europäischer Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde“ [Juli 1914, S. 285].

In den Tagesaufzeichnungen des russischen Aussenministeriums wird die dieser Anweisung folgende Aussprache u.a. wie folgt wiedergegeben:

„Auf diese Mitteilung [Telegramm von Bethmann Hollweg; Anm. A.M.] erwiderte S.D. Sasonow [Sergei Dimitrijewitsch Sasonow, russischer Außenminister; Anm. A.M.] scharf: ‚Jetzt habe ich keine Zweifel mehr an den wahren Ursachen der österreichischen Intransigenz‘ [gemeint ist, daß eigentlich Deutschland die Eskalation betreibe; Anm. A.M.]. Graf Pourtalés [deutscher Botschafter; Anm. A.M.] sprang von seinem Platz auf und rief ebenfalls scharf: ‚Herr Minister, ich protestiere mit allen Kräften gegen diese verletzende Unterstellung‘. Der Minister entgegnete trocken, Deutschland habe die Gelegenheit, die Irrtümlichkeit der von ihm geäußerten Vermutung durch die Tat zu beweisen. Die Gesprächspartner gingen sehr kühl auseinander.

Bald nach dem Weggang des deutschen Botschafters läutete im Arbeitszimmer des Ministers ... das Telephon. Seine Majestät der Kaiser teilte S.D. Sasonow persönlich mit, er habe soeben von Kaiser Wilhelm ein Telegramm erhalten mit der dringenden Bitte, es nicht zum Kriege kommen zu lassen. S.D. Sasonow benutzte die Gelegenheit, um sofort seiner Majestät die ihm vor einigen Minuten gemachte Erklärung des Grafen Pourtalés mitzuteilen, und wies dabei darauf hin, wie wenig die Worte des Deutschen Kaisers mit dem Auftrage im Einklang ständen, den er seinem Botschafter gegeben habe... Seine Majestät gestattete S.D. Sasonow, unverzüglich mit dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes über die Frage unserer Mobilmachung Rücksprache zu halten. Um diese Zeit ging die Nachricht ein, dass die Beschießung Belgrads begonnen habe...“

Bei der Rücksprache ging es vor allem um die Frage der Generalmobilmachung, „... da alle wussten, wie wichtig es für unsere Kampfbereitschaft sei, ob nur eine Teilmobilmachung oder sofort die allgemeine Mobilmachung vorgenommen werden würde, da im ersten Falle die Verwirklichung der Teilmobilmachung den späteren Übergang zur allgemeinen unvermeidlich erschweren würde, wenn diese doch notwendig werden sollte.

Nach allseitiger Erörterung der Lage gelangten beide Minister und der Chef des Generalstabes zu dem Schluss, dass es wegen der geringen Wahrscheinlichkeit, den Krieg mit Deutschland zu vermeiden, notwendig sei, sich rechtzeitig in jeder Weise für ihn vorzubereiten, und man deshalb nicht riskieren könne, die allgemeine Mobilmachung später aufzuhalten, indem man jetzt eine Teilmobilmachung ausführe. Der Endentscheid der Konferenz wurde sofort seiner Majestät telephonisch mitgeteilt, der seine Zustimmung zur Erteilung der entsprechenden Anordnungen gab. Die Nachricht davon wurde von dem engsten Kreise der in die Angelegenheit eingeweihten Personen mit Begeisterung aufgenommen. Sofort wurden Telegramme nach Paris und London abgesandt, um die Regierungen von der getroffenen Entscheidung zu benachrichtigen... Gegen 11 Uhr abends teilte der Kriegsminister dem Aussenminister telephonisch mit, er habe den Allerhöchsten Befehl erhalten, die allgemeine Mobilmachung einzustellen [Grund: ein weiteres, im freundschaftlichen Ton gehaltenes Telegramm von Wilhelm II.; Anm. A. M.]“ [Juli 1914, S. 299 f.].

Reichskanzler Bethmann Hollweg machte inzwischen in Berlin dem englischen Botschafter ein Angebot, daß beim Botschafter und in London (Eingang dort am Morgen des 30. Juli) einen äußerst seltsamen Eindruck hinterließ:

„Reichskanzler liess mich gleich nach der Rückkehr aus Potsdam heute abend wieder kommen und machte folgendes starke Angebot für britische Neutralität im Kriegsfall. Er sagte, er setze seine Bemühungen um Erhalt des Friedens fort, aber im Falle eines russischen Angriffs auf Österreich könnten Deutschlands Pflichten als Bundesgenosse Österreichs zu seinem grossen Bedauern einen europäischen Brand unvermeidlich machen, und er hoffe, dass Grossbritannien in diesem Falle neutral bleiben werde. Soweit er Grundzug britischer Politik beurteilen könne, sei es klar, dass Grossbritannien die Zerschmetterung Frankreichs niemals zulassen werde. Deutschland beabsichtige das aber keineswegs. Die kaiserliche Regierung sei bereit, der britischen Regierung - ihre Neutralität vorausgesetzt - jede Zusicherung zu geben, dass Deutschland im Falle eines siegreichen Krieges keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebe.

Auf meine Frage erwiderte Seine Exzellenz [Bethmann Hollweg], er vermöge gleiche Zusicherung bezüglich Kolonien nicht zu geben. / Fortfahrend sagte Seine Exzellenz, er sei ferner bereit, der britischen Regierung zu versichern, dass Deutschland Neutralität und Integrität Hollands solange achten werde, als dies seitens der Gegner Deutschlands geschähe. / Bezüglich Belgiens wusste Seine Exzellenz nicht, zu welchen Gegen-

operationen Deutschland durch die Aktion Frankreichs etwa genötigt würde, aber er könne erklären, dass die belgische Integrität, vorausgesetzt, dass Belgien nicht gegen Deutschland Partei nehme, nach Beendigung des Krieges geachtet werden würde.“

Ein Mitarbeiter des britischen Foreign Office vermerkte hierzu am 30. Juli: „Diese erstaunlichen Vorschläge bedürfen nur des einzigen Kommentars, dass sie ein schlechtes Licht auf den Staatsmann werfen, der sie macht. / Nebenbei ist es von Interesse, festzuhalten, dass Deutschland eigentlich die Absicht zugibt, belgische Neutralität zu verletzen, aber bestrebt sein wird, diejenige Hollands zu achten (um deutsche Einfuhr via Rhein und Rotterdam zu sichern). / Es ist klar, dass Deutschland zum Kriege so gut wie entschlossen ist und dass der einzig hemmende Einfluss bislang die Furcht vor der Teilnahme Englands an der Verteidigung Frankreichs und Belgiens war“. [Juli 1914, S. 302 ff.]

Am späten Nachmittag erreichte in Berlin die Spannung einen Höhepunkt. Kriegsministerium und Generalstab einerseits, Reichskanzler und Auswärtiges Amt andererseits rangen miteinander. Erstere wünschten sofortige militärische Maßnahmen, das „Losschlagen“ nach dem Schlieffen-Plan: Durchmarsch durch das unbeteiligte Belgien und sofortiger Angriff auf Frankreich, nach der Niederwerfung Frankreichs Angriff auf Rußland. Der Reichskanzler und das Auswärtige Amt hielten jedoch - ohne dabei diesen Plan abzulehnen - die russische Generalmobilmachung für die unumgängliche Bedingung für die Publizierung entsprechender deutscher Maßnahmen. Einerseits war dies in Hinblick auf die Haltung Englands notwendig, dessen Neutralität man erhoffte. Andererseits war dies innenpolitisch in bezug auf die Arbeiterbewegung erforderlich: Bethmann Hollweg konnte sich auf seine erfolgreichen Verhandlungen mit sozialdemokratischen Parlamentariern stützen. Am Vormittag hatte der Reichskanzler vom Reichstagsabgeordneten Südekum ermutigende Zusagen über die Haltung der Sozialdemokraten bei einem „Verteidigungskrieg“ gegen das zaristische Rußland erhalten, die dieser noch am gleichen Tag schriftlich bestätigte. „Die russische Generalmobilmachung wurde dadurch eine um so notwendigere Voraussetzung für die deutsche Generalmobilmachung“ [Fischer 1998, S. 711].

Inzwischen machte Außenminister Grey in London dem deutschen Botschafter praktisch denselben Vorschlag zur Beilegung der Krise, den Kaiser Wilhelm II. selbst angesichts der serbischen Antwort formulierte, so der Bericht des deutschen Botschafters: Grey „hoffe, dass sich ein Ausweg finden lasse, der es Österreich ermögliche, volle Genugtuung zu bekommen, ohne dass es Russland zumute, ruhig zuzusehen, bis Österreich an das äußerste Ende seiner kriegerischen Unternehmungen gelangt sei. Das wäre gleichbedeutend mit einer Demütigung Russlands, die letztere unmöglich hinnehmen könne. / Ich [der deutsche Botschafter Lichnowsky; Anm. A.M.] entgegnete, dass eigentlich Serbien Russland direkt nichts angehe, und Russland um so weniger Anlass habe, sich in diesen grenznachbarlichen Streit einzumischen, als Österreich Serbien nicht zu annektieren beabsichtige. / Er [Grey; Anm. A.M.] entgegnete, dass es ohne Annexion auch eine Form gebe, die Serbien in einen Vasallenstaat Österreichs verwandeln würde. Das könne und werde Russland niemals mit ansehen. Russlands Stellung bei der orthodoxen Christenheit stände auf dem Spiel. Er liess hierbei den Gedanken fallen, ob es denn nicht möglich sei, über die Ausdehnungen der militärischen Operationen Österreichs und über die Forderungen der Monarchie eine Verständigung herbei zu führen? / Aus den heutigen Ausführungen des Ministers entnahm ich von neuem, wie ich mich wiederholt beeht habe, Ew. Exz. zu berichten, dass ohne die Bereitwilligkeit Österreichs, in eine Erörterung der serbischen Frage einzutreten, der Weltkrieg unvermeidlich sein wird.“ [Juli 1914, S. 286].

Dieses Telegramm wurde Wilhelm II. nicht vorgelegt, als Lichnowsky allerdings kurz darauf ein zweites Telegramm schickte, legte Bethmann Hollweg es dem Kaiser zwar vor, strich in der für den Kaiser gedachten Abschrift aber den dort enthaltenden Verweis auf das vorherige Telegramm. Lichnowsky wiederholte im zweiten Telegramm: „Ihm persönlich [engl. Außenminister Grey] schein eine geeignete Grundlage für eine Vermittlung, dass Österreich etwa nach Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe“. Der Kaiser versah diese Textstelle mit der Randbemerkung „haben wir seit Tagen bereits zu erreichen versucht, umsonst!“. – Der Kaiser wußte nicht, daß sein entsprechender Vorschlag von Kanzler Bethmann Hollweg nicht weitergeleitet worden war.

Grey führte dem Bericht Lichnowskys zufolge weiter aus: „Aber eine Vermittlung schein ihm nunmehr dringend geboten, falls es nicht zu einer europäischen Katastrophe kommen sollte... Die britische Regierung wünsche nach wie vor mit uns die bisherige Freundschaft zu pflegen und sie könne, solange der Konflikt sich auf Österreich und Russland beschränke, abseits stehen. Würden wir aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere und die britische Regierung würde unter Umständen zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen. In diesem Falle würde es nicht angehen, lange abseits zu stehen und warten ‚if war breaks out, it will be the greatest catastrophe that the world ever has seen.““ Wilhelm II. geruhte zu diesem Telegramm u.a. folgendes zu vermerken: „Er [Grey] weiss ganz genau, dass wenn er nur ein einziges, ernstes, scharfes

abmahnendes Wort in Paris und Petersburg spricht und sie zur Neutralität ermahnt, beide sofort stille bleiben werden. Aber er hütet sich das Wort auszusprechen, sondern droht uns statt dessen! Gemeiner Hundsfott! England allein trägt die Verantwortung für Krieg und Frieden nicht wir mehr! das muss auch öffentlich klargestellt werden“. Und: „Das stärkste und unerhörteste Stück Engl. Pharisäertum, das ich je gesehen. Mit solchen Hallunken mache ich nie ein Flottenabkommen“ [Juli 1914, S. 288 f.].

30. Juli

Das brisante Telegramm, das zunächst die Hoffnung auf Englands Stillhalten zerstörte, verursachte einen eigenartigen Wechsel in der Reichsleitung: Während der Kaiser in seiner impulsiven Art und aufgrund Bethmann Hollwegs Manipulationen überhaupt nicht mehr zur Vermittlung neigte, bekam der Reichskanzler kalte Füße. Obwohl der Kanzler, das Auswärtige Amt und weisungsgemäß die deutschen Botschafter bisher alle europäischen Vermittlungsbemühungen erfolgreich torpediert hatten, versuchte Bethmann Hollweg nun kurzzeitig jenen Zug zu bremsen, den er selbst maßgeblich zum Rollen brachte.

Bethmann Hollweg führte in einem dringenden Telegramm an den deutschen Botschafter in Wien aus: „Wir stehen somit [nach dem Telegramm aus London; Anm. A.M.], falls Österreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Conflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden und wir 2 gegen 4 Grossmächte ständen. Deutschland fiel durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber, könnten durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewährt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Russland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir die Erwägung des Wiener Kabinettes dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wären für Österreich und uns eine unheimlich schwere.“ Und in einem unmittelbar folgenden Telegramm: „Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflichten zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.“ [Juli 1914, S. 293 f.].

Nun rächte sich, daß Bethmann Hollweg den Kaiser kaltgestellt hatte und seine Einschätzung der serbischen Antwort weder weitergab noch in der Konsequenz auf eine Annahme der serbischen Antwort drängte.

Aber der sprunghafte Kaiser war nicht nur durch Englands Haltung, sondern mittlerweile auch durch die russische Teilmobilmachung vom 29. Juli erbittert und wieder auf die Linie der Militärs eingeschwenkt, die den Krieg in jedem Fall haben wollten. Der Zar telegraphierte an Wilhelm II.: „Die militärischen Massnahmen, die jetzt in Kraft getreten sind, wurden vor 5 Tagen zum Zwecke der Verteidigung wegen der Vorbereitungen Österreichs getroffen [richtig hätte es „beschlossen“ heißen müssen. Frage: Vorsätzlicher Übersetzungsfehler, um den Kaiser kriegsbereit zu halten?; Anm. A.M.]. Ich hoffe von ganzem Herzen, dass diese Massnahmen in keiner Weise Dein Amt als Vermittler stören werden, das ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit dieses zu einer Verständigung mit uns kommt“. Der Kaiser war nun stark verärgert, er vermerkte zu diesem Telegramm: „nein davon ist gar keine Rede!!! [gemeint ist wohl der vom Zaren erhoffte starke Druck auf Österreich; Anm. A.M.] Österreich hat ja nur im Süden gegen Serbien eine Teilmobilmachung gemacht. Daraufhin hat der Zar - wir hier offen zugegeben wird - milit. Measures [Maßnahmen, die Telegramme waren in Englisch abgefaßt; Anm. A.M.] ... gegen Österreich und uns getroffen [eigentlich: „beschlossen“, Übersetzungsfehler s.o.; Anm. A.M.], und zwar schon vor 5 Tagen. Es ist uns also um fast eine Woche voraus. Massregeln seien zur Vertheidigung gegen Austria, das ihn gar nicht angreift!!! Ich kann mich nicht auf Mediation mehr einlassen, da der Zar der sie anrief zugleich heimlich mobilgemacht hat, hinter meinem Rücken. Es ist nur ein Manöver, um uns hinzuhalten und den schon gewonnenen Vorsprung zu vergrößern. Mein Amt ist aus!“ [Juli 1914, S. 292].

Der deutsche Botschafter berichtete derweil von einem Gespräch mit dem russischen Außenminister Sasonow: „Sasonow war nicht davon abzubringen, dass Russland Serbien nicht im Stich lassen könne. Keine Regierung würde ohne ernste Gefahren für die Monarchie eine solche Politik hier führen können.“ Wilhelm II. vermerkte hierzu u.a.: „England, Russland u. Frankreich haben sich verabredet... den Österreichisch-Serb. Konflikt zum Vorwand nehmend gegen uns einen Vernichtungskrieg zu führen...“ [Juli 1914, S. 295 f.].

In einem weiteren Telegramm berichtete der deutsche Botschafter aus St. Petersburg, daß die „Versicherung des territorialen Desinteresses Österreich-Ungarns Russland nicht genügen könne. Andere Politik könne er [der russische Außenminister Sasonow; Anm. A. M.] jetzt nicht vertreten, ohne Leben des Zaren zu gefährden“. [Juli 1914, S. 306].

Nachdem das Geschirr vollends zerbrochen war, versuchten der Reichskanzler und auf seine Empfehlung hin auch der Kaiser, die Schuld am Krieg Russland zuzuschieben, so telegraphierte Wilhelm II. am Nachmittag an den Zaren: „Österreich hat nur gegen Serbien mobil gemacht und nur ein Teil seines Heeres. Wenn, wie es

jetzt nach Deiner und Deiner Regierung Mitteilung der Fall ist, Russland gegen Österreich mobil macht, so wird Deine Vermittlerrolle, mit der Du mich gütigerweise betraut hast, und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte übernommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Das ganze Gewicht der Entscheidung ruht jetzt ausschliesslich auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.“ [Juli 1914, S. 307 f.]

Bethmann Hollweg telegraphierte an den Botschafter in Wien: „Wenn Wien... jedes Einlenken, insonderheit den letzten Greyschen [englischer Außenminister; Anm. A.M.] Vorschlag ablehnt [Besetzung lediglich von Belgrad und Bekanntgabe der Bedingungen; Anm. A.M.], ist es kaum noch möglich Russland die Schuld an der ausbrechenden europäischen Konflogation zuzuschieben.“ Wenn aber „...Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, dass es unbedingt den Krieg will, in den wir hineingezogen sind, während Russland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation.“ [Juli 1914, S. 308]. In Wien wurde dem deutschen Botschafter jedoch von maßgeblicher Seite bedeutet, daß „... mit Rücksicht auf die Stimmung in Armee und Volke Einschränkung der militärischen Operationen ihrer Ansicht nach ausgeschlossen sei“. [Juli 1914, S. 313]. Tatsächlich spielten in allen beteiligten Ländern inzwischen die Presse und auch Teile der Bevölkerung verrückt und überboten sich in chauvinistischen Ergüssen.

In St. Petersburg lagen inzwischen aufgrund des Widerrufs der schon beschlossenen allgemeinen Mobilmachung durch den Zaren die Nerven blank. Die ranghöchsten Militärs versuchten den Zaren (Zitate aus den Tagesaufzeichnung des russischen Aussenministeriums vom 30. Juli 1914) „... telephonisch zu bewegen, auf seinen gestrigen Entschluss zurückzukommen und zu gestatten, zur allgemeinen Mobilmachung zu schreiten. Seine Majestät lehnte diese Bitte entschieden ab... Der Chef des Stabes bat S.D. Sasonow [russischer Außenminister; Anm. A.M.] inständigst, den Kaiser unbedingt zu bewegen, dass er seine Zustimmung zu der allgemeinen Mobilmachung gäbe, weil uns äusserste Gefahr drohe, einem Kriege mit Deutschland unvorbereitet gegenüberzustehen... Die Stimmung war ziemlich gedrückt, und das Gespräch berührte fast ausschliesslich die Notwendigkeit, darauf zu bestehen, dass die allgemeine Mobilmachung schleunigst angeordnet werde, da die Unvermeidlichkeit eines nahen Krieges mit Deutschland für jedermann immer klarer wurde... Um zwei Uhr fuhr der Aussenminister mit Generalmajor Tatischschew nach Peterhof, wo beide zusammen von Seiner Majestät im Alexander-Palais empfangen wurden. Fast eine ganze Stunde lang suchte der Minister nachzuweisen, dass der Krieg unvermeidlich geworden sei, da man aus allem ersehe, dass Deutschland entschlossen sei, die Dinge zum Konflikt kommen zu lassen; sonst hätte es nicht alle friedlichen Vorschläge, die gemacht worden seien, zurückgewiesen, und es hätte seinen Bundesgenossen leicht zur Vernunft bringen können. Bei dieser Sachlage bleibe nichts anderes übrig, als alles zu tun, was nötig sei, um den Krieges völlig gerüstet und in der für uns günstigsten Position gegenüberzustehen. Ohne davor zurückzuschauen, dass wir durch unsere Vorbereitungen den Krieg herausforderten, sei es daher besser, wenn wir uns sorgfältig mit diesen Vorbereitungen befassten, anstatt aus Furcht, einen Vorwand zum Kriege zu geben, unvorbereitet von ihm überrascht zu werden.... Schliesslich gab der Kaiser [Zar Nikolaus II.] zu, dass es unter den gegenwärtigen Umständen das gefährlichste wäre, sich nicht rechtzeitig auf den offensichtlich unvermeidbaren Kriege vorzubereiten, und er erteilte deshalb seine Erlaubnis, sofort an die allgemeine Mobilmachung heranzutreten. / S.D. Sasonow erbat die Allerhöchste Genehmigung, unverzüglich telephonisch den Chef des Generalstabes davon zu benachrichtigen, und nachdem er diese erhalten hatte, eilte er in die unterste Etage des Palais zum Telephon. Er übermittelte den Allerhöchsten Befehl dem General Januschkewitsch, der diesen mit Ungeduld erwartete... Der Kaiser [Nikolaus II.] hoffte aber immer noch, einen Modus zu finden, um zu verhindern, dass die allgemeine Mobilmachung ein unwiderruflicher Anlass zum Kriege werde.“ [Juli 1914, S. 314 ff.]

Der französische Ministerpräsident Viviani hatte schon frühmorgens an die französischen Botschafter in London und in St. Petersburg telegraphiert: „Herr Iswolski [russischer Botschafter in Paris; Anm. A. M.] ist diese Nacht gekommen, um mir zu sagen, der deutsche Botschafter habe [in Petersburg; Anm. A.M.] Herrn Sasonow eröffnet, seine Regierung sei entschlossen, ihre bewaffnete Macht zu mobilisieren, wenn Russland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle. / Der Minister des Äusseren des Zaren [Sasonow; Anm. A.M.] weist darauf ihn, dass diese Vorbereitungen erst infolge der Mobilmachung von acht Armeekorps durch Österreich und infolge der Weigerung dieser Macht, ihren Zwist mit Serbien friedlich beizulegen, begonnen worden seien. Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Russland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für erwünscht, dass England, ohne Zeit zu verlieren, sich Russland und Frankreich anschliesse. Im übrigen ist die Regierung der Republik... entschlossen, keine Anstrengungen zu unterlassen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.

Frankreich ist andererseits entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen. Die zwischen den weniger

direkt beteiligten Mächten schwebenden Unterhandlungen lassen noch der Hoffnung Raum, dass der Frieden erhalten bleiben könne; nach meiner Meinung wäre es daher zweckmässig, wenn Russland bei den Vorsichts- und Verteidigungsmassnahmen, zu denen es glaube schreiten zu müssen, unmittelbar keinerlei Anordnung trafe, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung seiner Kräfte bereiten würde.“ [Juli 1914, S. 317 f.].

Am Nachmittag erreichte den britischen Botschafter in Berlin ein Telegramm des britischen Außenministers Grey, es bezog sich auf die Vorschläge von Reichskanzler Bethmann Hollweg vom Vortage (s.o.): „Teilen Sie Reichskanzler mit, dass sein Vorschlag, wir sollten uns unter solchen Bedingungen zur Neutralität verpflichten, keinen Augenblick in Betracht gezogen werden kann. / Er verlangt tatsächlich eine Verpflichtung von uns, wir sollten, solange Deutschland kein französisches Gebiet - zum Unterschied von Kolonien - aneignet, untätig zuschauen, während französische Kolonien weggenommen werden und Frankreich geschlagen wird. / Vom materiellen Standpunkt aus ist solch ein Vorschlag unannehmbar, denn Frankreich könnte, ohne dass ihm weiteres Gebiet in Europa weggenommen würde, so erdrückt werden, dass es seine Stellung als Grossmacht verlöre und in Abhängigkeit der deutschen Politik geriete. / Doch abgesehen davon bedeutete dieser Handel mit Deutschland auf Kosten Frankreichs eine Schande für uns, von der sich der gute Name Englands niemals erholen würde. / Der Kanzler verlangt ferner in der Tat von uns, wir sollten uns alle Verpflichtungen oder Interessen, die wir hinsichtlich der Neutralität Belgiens haben, abhandeln lassen. Wir könnten auf solch ein Geschäft ebensowenig eingehen... [Juli 1914, S. 320 f.].

Eine offene Erklärung, England werde Frankreich und Rußland in einem Krieg mit Deutschland unterstützen, lehnte die englische Regierung ab, da - wie im britischen Foreign Office formuliert wurde - „durch eine Erklärung unbedingter Solidarität mit Frankreich und Russland diese beiden Mächte veranlassen und bestimmen darf, sich für den Kriegspfad zu entscheiden“ [Juli 1914, S. 323].

Kurz nach 21 Uhr beschlossen der deutsche Reichskanzler und führende Militärs, spätestens am nächsten Mittag (31. Juli), den Zustand „drohender Kriegsgefahr“ zu verkünden – eine Maßnahme, die in Deutschland die Mobilmachung unausweichlich nach sich ziehen würde. Der Kriegsbeginn wurde damit auf die ersten Tage des Monats August festgelegt, ohne daß noch die russische Generalmobilmachung bekannt war. Als gegen 23 Uhr die ersten Gerüchte über die Anordnung der russischen Mobilmachung eintrafen, wurde der deutsche Botschafter in Wien sofort instruiert, jegliche Vermittlungsbemühungen entsprechend dem obigen Telegramm (s.o., 2. Absatz zum 30. Juli) einzustellen. Bethmann Hollweg und das Auswärtige Amt glaubten, Rußland nach seiner Generalmobilmachung innenpolitisch wie auch außenpolitisch als Kriegsschuldigen brandmarken zu können, somit brauchte man den Schein der Friedensvermittlungstätigkeit nicht mehr wahren [Fischer 1998, S. 716 f.].

31. Juli

In Deutschland wurde gegen Mittag der Zustand der „Drohenden Kriegsgefahr“ erklärt.

Tagesaufzeichnungen des russischen Aussenministeriums: „Der Aussenminister hielt es für wünschenswert - um eine Verschärfung der Beziehungen mit Deutschland zu vermeiden -, die allgemeine Mobilmachung nach Möglichkeit geheim und ohne öffentliche Ankündigung zu beginnen. Es erwies sich aber, dass dies technisch unmöglich war, und vom Morgen des 31. Juli an erschienen auf allen Strassen auf rotem Papier die Ankündigungen über die Einberufungen unter den Fahnen.“ [Juli 1914, S. 333].

Der Ministerrat von Österreich-Ungarn trat am Vormittag zusammen, um über den englischen Vermittlungsvorschlag zu beraten (siehe 29. und 30. Juli, Greys Vorschlag „Halt in Belgrad“). Graf Berchthold, k.u.k. Außenminister und Vorsitzende des gemeinsamen Ministerrates, erklärte, „er habe dem deutschen Botschafter, als er diesen englischen Vorschlag vorlegte, sogleich erklärt, dass eine Einstellung unserer Feindseligkeiten gegen Serbien unmöglich sei.“ Kaiser Franz Joseph I. habe dies bestätigt. Graf Berchthold erklärte weiter: „Wenn die Aktion jetzt nur mit einem Prestigegewinn endete, so wäre sie seiner Ansicht nach ganz umsonst unternommen worden. Wir hätten von einer einfachen Besetzung Belgrads gar nichts, selbst wenn Russland hierzu seine Einwilligung geben würde. Alles dies wäre Flitterwerk, Russland würde als Retter Serbiens und namentlich der serbischen Armee auftreten. Letztere würde intakt bleiben und wir hätten in zwei bis drei Jahren wieder [„wieder“ ist wohl falsch, es gab keinen Angriff von Serbien; Anm. A.M.] einen Angriff Serbiens unter viel ungünstigeren Bedingungen zu gewärtigen.“ Der königl. ungarische Ministerpräsident Tisza schloß sich dem an und schlug vor, die englische Vermittlung prinzipiell nicht auszuschlagen, aber nur unter der Bedingung, „dass unsere Operationen gegen Serbien fortgesetzt werden und die russischen Mobilisierung eingestellt werde“. Der Vorschlag des Grafen Tisza wurde einstimmig angenommen und nach Berlin, London und St. Petersburg telegraphiert. [Juli 1914, S. 325 ff.].

Zar Nikolaus II. telegraphierte am frühen Nachmittag an Wilhelm II.: „Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die infolge Mobilmachung Österreichs notwendig waren. Es liegt

uns fern, einen Krieg zu wünschen. Solange die Verhandlungen mit Österreich wegen Serbien andauern, werden meine Truppen keinerlei herausfordernde Handlung unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf.“ Dieses Telegramm kreuzte sich mit einem Telegramm von Wilhelm II. an den Zaren: „Auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Deine Bitte um meinen Beistand habe ich zwischen Dir und der österreichischen Regierung zu vermitteln begonnen [„Halt in Belgrad“ Vorschlag, der von Bethmann Hollweg in Wien ohne Nachdruck unterbreitet wurde; Anm. A. M.]. Während diese Verhandlung im Gange war, sind Deine Truppen gegen Österreich-Ungarn, meinem Bundesgenossen, mobil gemacht worden.... Nunmehr erhalte ich zuverlässige Nachricht über ernstliche Kriegsvorbereitungen an meiner Ostgrenze. Die Verantwortung für die Sicherheit des Reiches zwingt mich zu vorbeugenden Verteidigungsmassnahmen... Noch kann der Friede Europas durch Dich erhalten bleiben, wenn Russland einwilligt, die militärischen Massnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen müssen.“ [Juli 1914, S. 329 f.].

Reichskanzler Bethmann Hollweg telegraphierte derweil nachmittags an den Botschafter in Paris: „Russland hat trotz unserer noch schwebender Vermittlungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilisierungsmassnahmen getroffen hatten, Mobilisierung seiner gesamten Armee und Flotte, also auch gegen uns, verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilisierung folgen muss, falls nicht Russland binnen zwölf Stunden alle Kriegsmassnahmen gegen uns und Österreich einstellt. Die [deutsche; Anm. A.M.] Mobilisierung bedeutet unvermeidlich Krieg. Bitte französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will... Wenn, wie nicht anzunehmen, französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen Ew. Exz. französischer Regierung erklären, dass wir als Pfand für Neutralität Überlassung der Festungen Toul und Verdun fordern müssen, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Russland zurückgeben würden“ [Juli 1914, S. 331 f.]. Letztere Bedingung wäre für Frankreich völlig unannehmbar gewesen, wie der Reichskanzler sehr gut wusste.

Gleichzeitig ging eine ultimative Drohung mit der deutschen Mobilisierung nach St. Petersburg, falls Russland nicht „binnen zwölf Stunden jede Kriegsmassnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstellt und uns hierüber bestimmte Erklärung abgibt“. [Juli 1914, S. 331]. Der deutsche Botschafter trug gegen Mitternacht dem russischen Außenminister das Ultimatum vor. „Herr Sasonow verwies wieder auf technische Unmöglichkeit, Kriegsmassnahmen einzustellen, und versuchte mich von neuem davon zu überzeugen, dass wir Bedeutung der russischen Mobilisierung, die mit der unsrigen nicht zu vergleichen sei, überschätzen“ [Juli 1914, S. 332]. Dies war richtig und wurde auch in Deutschland so gesehen, so erklärte am Vortage (30.7.14) selbst Reichskanzler Bethmann Hollweg im Preussischen Staatsministerium laut Sitzungsprotokoll: „Die Mobilisierung Rußlands sei zwar erklärt, seine Mobilisierungsmaßnahmen seien mit westeuropäischen nicht zu vergleichen ... Rußland beabsichtige auch keinen Krieg, sondern sei zu seinen Maßnahmen nur durch Österreich gezwungen“ [Sitzungsprotokoll des Preussischen Staatsministeriums, 30.7.14, zit. nach Fischer 1998, S. 709].

Der englische Außenminister Grey machte noch am Nachmittag einen weiteren Vermittlungsvorschlag, den er an den britischen Botschafter in Berlin telegraphierte: „Der Stein des Anstosses war bisher österreichisches Misstrauen in serbische Versicherungen und russisches Misstrauen in Absichten Österreichs bezüglich der Unabhängigkeit und Integrität Serbiens. Mir ist der Gedanke gekommen... ob die vier nicht interessierten Mächte Österreich anzubieten vermöchten, sie würden sich verpflichten, dafür zu sorgen, dass es volle Genugtuung hinsichtlich seiner Forderungen an Serbien erlangte, vorausgesetzt, dass diese serbische Souveränität und die Integrität serbischen Gebietes nicht beeinträchtigen.“ [Juli 1914, S. 335 f.]. Staatssekretär Jagow - der zweite Mann der deutschen Außenpolitik nach Bethmann Hollweg - lehnte es jedoch ab, diesen Vorschlag dem Kanzler und dem Kaiser vorzulegen, bevor nicht eine Antwort aus St. Petersburg auf die ultimative Anfrage einer Zurücknahme der Mobilisierung erfolge. Der britische Botschafter berichtete weiterhin: „Deutsche Forderung an Russland wurde heute abend durch Extrablätter veröffentlicht, und dichte Menschenmassen ziehen, vaterländische Lieder singend, durch die Strassen“. [Juli 1914, S. 340]. Weiterhin wollte Staatssekretär Jagow - im Gegensatz zu Paris - keine Garantie für die Respektierung der belgischen Neutralität geben: eine Frage, die für London gravierende Bedeutung hatte [Juli 1914, S. 341].

1. August

Der russische Botschafter Schebeko besuchte „in freundschaftlicher Weise“ den k.u.k. Außenminister Berchtold, so und folgend der Tagesbericht des k.u.k. Außenministers: „Er [Schebeko; Anm. A.M.] hoffe noch immer, dass es gelingen werde, den bestehenden Streitfall durch direkte Verhandlungen zu beheben... Es sei überaus bedauerlich, dass man in Deutschland anscheinend den Kriege forcieren wolle. Russland hätte ja in Berlin bereits die bündigsten Versicherungen abgegeben, dass seine militärischen Massnahmen keinen feindliche Charakter gegen die Monarchie oder Deutschland trügen. Allerdings müsse man in Petersburg nach

wie vor darauf bestehen, dass wir den Konflikt mit Serbien nicht lösen, ohne Russland zu konsultieren, dessen Interesse bei dieser Frage im Spiele sei.“ Berchtold beklagte sich dagegen, daß Petersburg „immer und ausschließlich das Schicksal der Balkanstaaten zum Angelpunkt des Verhaltens“ gegenüber Wien mache. Schebeko betonte „die mannigfaltigen Verpflichtungen Russlands als orthodoxer und slawischer Staat, verwies auf gewisse sentimentale Veranlagungen des russischen Volkes und verliess mich mit der Bemerkung, eigentlich handle es sich zwischen uns und Russland um ein grosses Missverständnis“ [Juli 1914, S. 350 f.].

In Österreich begann die Generalmobilmachung.

Um 14.05 Uhr ging in Berlin ein Telegramm des Zaren an Wilhelm II. ein: „Verstehe, dass Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich wünsche von Dir dieselbe Garantie zu erhalten, wie ich sie Dir gegeben habe, dass diese Massnahmen nicht Krieg bedeuten und dass wir fortfahren werden, zu verhandeln zum Heile unser Länder und des allgemeinen Friedens, der unser aller Herzen teuer ist...“. Diese Garantie konnte Wilhelm II. schwerlich geben, da die deutsche Mobilmachung die sofortige Einnahme Lüttichs noch während des Aufmarsches sowie den folgenden Angriff auf Frankreich vorsah und damit die Generalmobilmachung faktisch mit dem Krieg verknüpfte. [Juli 1914, S. 352].

Um 15.30 Uhr wurde in Frankreich die allgemeine Mobilmachung befohlen.

Kurz nach 16 Uhr ging in Berlin ein Telegramm des deutschen Botschafters in London ein, das den Eindruck erweckte, daß die britische und sogar die französische Neutralität in Aussicht stehe. Wilhelm II., der die Generalmobilmachung gerade unterzeichnet hatte (17 Uhr), verlangte den Westaufmarsch zu stoppen und lediglich gegen Rußland aufzumarschieren. Generalstabschef Moltke widersprach lebhaft, der Aufmarsch lasse sich nicht mehr umdirigieren, was nebenbei zeigte, daß der Westaufmarsch schon vor der gerade erst unterzeichneten Generalmobilmachung begonnen hatte. Der Kaiser setzte sich zunächst durch und befahl der 2. Division in Trier, ihren für den 2. August vorgesehenen Einmarsch in Luxemburg abzublasen, ohne allerdings die Generalmobilmachung rückgängig zu machen [Juli 1914, S. 344, 351].

Gegen 18 Uhr traf in Berlin ein Telegramm des deutschen Botschafters in Rom ein: „Die italienische Regierung glaubt, dass Italien weder nach dem Buchstaben noch nach dem Geist des Dreibundvertrags verpflichtet ist, an einem Krieg teilzunehmen, der nicht den Charakter eines Verteidigungskrieges hat...“ [Juli 1914, S. 352].

Um 18.10 Uhr folgte ein Telegramm des deutschen Botschafters aus Paris: „Auf wiederholte bestimmte Frage, ob bei russisch-deutschem Krieg Frankreich neutral bleibe, erklärte mir Ministerpräsident zögernd: Frankreich werde das tun, was seine Interessen geböten.“ [Juli 1914, S. 353].

Um 19 Uhr übergab in Petersburg der deutsche Botschafter die deutsche Kriegserklärung an Rußland. Die Kriegserklärung an Frankreich wurde noch aufgeschoben in der vagen Hoffnung, Paris werde Deutschland den Krieg erklären oder doch wenigstens Kriegshandlungen eröffnen, wie Bethmann Hollweg dem Kaiser mitteilte. [Juli 1914, S. 345 u. 363 Fn. 1].

Um 22.02 Uhr traf im Auswärtigen Amt in Berlin ein Telegramm des deutschen Botschafters aus London ein: „Sir E. Grey liest mir soeben die nachstehende Erklärung vor, die vom Kabinett einstimmig gefasst worden war: / Die Antwort der deutschen Regierung bezüglich der Neutralität Belgiens ist ungemein bedauerlich, weil die Neutralität Belgiens die Stimmung Englands beeinflusst./ Wenn Deutschland sich in der Lage sähe, dieselbe Zusicherung zu geben, wie Frankreich sie abgegeben hat [Frankreich garantierte umgehend die Neutralität Belgiens, während Deutschland dies nicht tat; Anm. A.M.], so würde das wesentlich dazu beitragen, die Besorgnis und Spannung hier zu beheben. Sollte andererseits die belgische Neutralität durch eine der Kriegsführenden verletzt werden, während der andere sie achte, so würde es ausserordentlich schwierig sein, die öffentliche Stimmung Englands zu beschwichtigen...“ [Juli 1914, S. 353 f.].

Damit war klar, daß die Neutralität Englands nicht ohne weiteres zu haben war, Wilhelm II. war angesichts des Telegramms wieder einmal an der Decke und notierte auf der ihm vorgelegten Telegrammabschrift u.a. zum britischen Außenminister: „falscher Hallunke... Der Kerl ist ja toll oder Idiot... Mein Eindruck ist, dass Herr Grey ein falscher Hund ist...“ etc. [Juli 1914, S. 354 f.] Wilhelm II. ließ jetzt der Kriegsmaschinerie ihren Lauf.

Allerdings trat Grey dem französischen Botschafter in London sehr zurückhaltend gegenüber, so daß dieser zutiefst bestürzt war. England war zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewillt, ein Expeditionsheer auf das Festland zu schicken bzw. die feste Zusage hierfür zu geben. [Juli 1914, S. 357 f.]

Kurz vor Mitternacht telegraphierte der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister Sasonow: „Ihr Telegramm über Deutschlands Kriegserklärung an Russland erhielt ich um 11 Uhr [d.h. 23 Uhr; Anm. A.M.]. Ich teilte es unverzüglich [23.30 Uhr; Anm. A.M.] persönlich dem Präsidenten der Republik mit... Poincaré erklärte mir in ganz kategorischer Form, dass ebenso wie er selbst auch der gesamte Ministerrat fest entschlossen sei, auf das Genaueste die aus dem Bündnisvertrag auf Frankreich fallenden Verpflichtungen zu erfüllen... „, Allerdings wolle man aus innen- und außenpolitischen Gründen bei der

Kriegserklärung Deutschland den Vortritt lassen. [Juli 1914, S. 356 f.].

2. August

Der deutsche Gesandte in Brüssel erhielt die Anweisung, die bereits am 29. Juli ausgestellte Sommaton (ultimative Aufforderung, den Durchmarsch durch Belgien nach Frankreich zu dulden) zu überreichen, was um 20 Uhr geschah. Auf Intervention von Generalstabschef Moltke wurde die Frist für die Beantwortung des Ultimatus auf 12 Stunden verringert [Juli 1914, S. 345].

3. August

Die belgische Regierung lehnte vormittags die deutsche Aufforderung ab, den Durchmarsch nach Frankreich zu gestatten. [Juli 1914, S. 345]. In Paris überreichte um 18 Uhr der deutsche Botschafter die Kriegserklärung. Als eine der frei erfundenen Begründungen wurde beispielsweise genannt, daß französische Flieger Nürnberg bombardiert hätten. Der englische Außenminister Grey äußerte: „In diesem Augenblick gehen in ganz Europa die Lichter aus; wir alle werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen“ [zit. nach Piekalkiewicz, S. 44]. Tatsächlich begann nun das finstere „kurze 20. Jahrhundert“ (1914-1989), wie es von manchen Historikern apostrophiert wird. So gesehen erfüllte sich Greys Vorhersage, er selbst starb 1933.

4. August

Deutsche Truppen marschierten am frühen Morgen unter Verletzung seiner Neutralität in Belgien ein. Der Reichstag bewilligte einstimmig die Kriegskredite.

Der englische Außenminister Grey richtete am frühen Nachmittag ein kurzfristiges Ultimatum an die deutsche Regierung: Deutschland solle sofort seine Truppen aus Belgien zurückziehen, andernfalls um Mitternacht der Kriegszustand zwischen England und Deutschland eintrete [Juli 1914, S. 347]. Der englische Botschafter sprach in diesem Sinne bei Staatssekretär Jagow und Reichskanzler Bethmann Hollweg vor, im folgenden Auszüge aus seinem Bericht nach London: „Staatssekretär des Auswärtigen bedauert, verlangte Zusicherung nicht geben zu können, da deutsche Truppen heute morgen die belgische Grenze überschritten.“ Dies sei „militärische Notwendigkeit und Frage von Leben und Tod für Reich“ gewesen, „jeder anders angesetzte Angriff hätte zuviel Zeit erfordert und Russland instand gesetzt, Truppen zusammenzuziehen“. Der Kanzler bekräftigte dies am Abend. Der englische Botschafter verlangte daraufhin seine Pässe, was gleichbedeutend mit der Kriegserklärung war. Der Kanzler „bemerkte, er könne es nur als unerträglich empfinden, dass, weil die Deutschen den einzig für sie möglichen Weg einschlagen, um das Reich vor Unheil zu bewahren, England just wegen der Neutralität Belgiens über sie herfalle. Er betrachte England ganz für das verantwortlich, was nun geschehen könne. / Ich fragte ihn, ob er nicht verstehen könne, dass wir ehrenhalber verpflichtet seien, unser Bestes zum Schutze einer Neutralität zu tun, die wir garantiert hätten. Er entgegnete: „Aber zu welchen Preis!“ Nebenbei bezeichnete Bethmann Hollweg die völkerrechtlichen Verträge, die Belgiens Neutralität garantierten, einen „Fetzen Papier“. [Juli 1914, S. 370 f., 347].

6. August

Österreich Ungarn erklärte Rußland nach drängenden Mahnungen aus Berlin den Krieg. Wien beendete somit die groteske Situation, daß sich Deutschland sechs Tage früher im Kriege mit Rußland befand als Österreich-Ungarn, dessentwillen es - nach eigener Darstellung gegenüber der Weltöffentlichkeit - den Kampf überhaupt aufnahm. Tatsächlich hatten sich zwischen Österreich-Ungarn und Rußland gewisse Anzeichen zur Entspannung aufgetan und zu einem Verhandlungsansatz verdichtet. Aber die treibende Kraft zum Weltkrieg war Deutschland, und Deutschland hatte mit seiner Kriegserklärung an Rußland am 1. August vollendete Tatsachen geschaffen.

VI. Kriegsbeginn: Erinnerungen

„Die Kriegsmobilmachung wirkte wie eine Befreiung von allem, was die Menschen bisher bedrückt, verunsichert oder gelangweilt hatte.. Es gab keine Vereinzelnung mehr, keine Parteien... In der Kriegsbegeisterung lag ... viel Überdruß an den bestehenden Verhältnissen: am Materialismus und Egoismus der bürgerlichen Welt, an verknöcherten, längst reformbedürftigen gesellschaftlichen Zuständen, aber ... Überdruß auch an geduldiger, rationaler Konfliktlösung, an Politik der kleinen Schritte, an Zivilisation und Frieden.“ [Schulin, S. 12 f.]. – Der These einer allgegenwärtigen Begeisterung bei Kriegsbeginn wird heute zumindest in ihrer Allgemeingültigkeit widersprochen, aber „die Straße“ in den Großstädten hatten die Kriegsbegeisterten ganz offensichtlich für sich:

Stefan Zweig

Der jüdische Schriftsteller Stefan Zweig beschrieb um 1940 seine Erlebnisse von 1914:

„In jeder Station klebten die Anschläge, welche die allgemeine Mobilisation angekündigt hatten. Die Züge füllten sich mit frisch eingerückten Rekruten, Fahnen wehten. Musik dröhnte, in Wien fand ich die ganze Stadt im Taumel... Aufzüge formten sich in den Straßen, plötzlich loderten überall Fahnen, Bänder und Musik, die jungen Rekruten marschierten im Triumph dahin, und ihre Gesichter waren hell, weil man ihnen zujubelte, ihnen, den kleinen Menschen des Alltags, die sonst niemand beachtet und gefeiert...

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich bekennen, daß in diesem ersten Aufbruch der Massen etwas Großartiges, Hinreißendes und sogar Verführerisches lag, den man sich schwer entziehen konnte... Wie nie fühlten sich Tausende und Hunderttausende Menschen, was sie besser im Frieden hätten fühlen sollen: daß sie zusammengehörten. Eine Stadt von zwei Millionen, ein Land von fast fünfzig Millionen empfanden in dieser Stunde, daß sie Weltgeschichte, daß sie einen nie wiederkehrenden Augenblick miterlebten und daß jeder aufgerufen war, sein winziges Ich in diese glühende Masse zu schleudern, um sich dort von aller Eigensucht zu läutern. Alle Unterschiede der Stände, der Sprachen, der Klassen, der Religionen waren überflutet für diesen einen Augenblick von dem strömenden Gefühl der Brüderlichkeit. Fremde sprachen sich an auf der Straße, Menschen die sich jahrelang auswichen, schüttelten einander die Hände, überall sah man belebte Gesichter. Jeder einzelne erlebte eine Steigerung seines Ichs, er war nicht mehr der isolierte Mensch von früher, er war eingetaucht in eine Masse, er war Volk, und seine Person, seine sonst unbeachtete Person hatte einen Sinn bekommen. Der kleine Postbeamte, der von früh bis nachts Briefe sortierte, von montags bis samstags ununterbrochen sortierte, der Schreiber, der Schuster hatte plötzlich eine andere, eine romantische Möglichkeit in seinem Leben: er konnte Held werden, und jeden, der eine Uniform trug, feierten schon die Frauen, grüßten ehrfürchtig die Zurückbleibenden im voraus mit diesem romantischen Namen. Sie anerkannten die unbekannte Macht, die sie aus ihrem Alltag heraushob; selbst die Trauer der Mütter, die Angst der Frauen schämte sich in diesen ersten Stunden des ersten Überschwangs, ihr doch allzu natürliches Gefühl zu bekunden...

Die Generation von Heute, die nur den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mitangesehen, fragt sich vielleicht: Warum haben *wir* das nicht erlebt? Warum loderten 1939 die Massen nicht mehr in gleicher Begeisterung auf wie 1914? Warum gehorchten sie dem Anruf nur ernst und entschlossen, schweigsam und fatalistisch? Galt es nicht dasselbe, ging es eigentlich nicht noch um mehr, um Heiligeres, um Höheres in diesem unserem gegenwärtigen Kriege, der ein Krieg der Ideen war und nicht bloß einer um Grenzen und Kolonien?

Die Antwort ist einfach: weil unsere Welt von 1939 nicht mehr über so viel kindlich-naive Gläubigkeit verfügte wie jene von 1914. Damals vertraute das Volk noch unbedenklich seinen Autoritäten; niemand in Österreich hätte den Gedanken gewagt, der allverehrte Landesvater Kaiser Franz Joseph hätte in seinem vierundachtzigsten Jahr sein Volk zum Kampf aufgerufen ohne äußere Nötigung, er hätte das Blutopfer gefordert, wenn nicht böse, tückische, verbrecherische Gegner den Frieden des Reichs bedrohten. Die Deutschen wiederum hatten die Telegramme ihres Kaisers an den Zaren gelesen, in denen er um den Frieden kämpfte; ein gewaltiger Respekt vor den ‚Oberen‘, vor den Ministern, vor den Diplomaten und vor ihrer Einsicht, ihrer Ehrlichkeit beseelte noch den einfachen Mann. Wenn es zum Kriege gekommen war, dann konnte es nur gegen den Willen ihrer eigenen Staatsmänner geschehen sein; sie selbst konnten keine Schuld haben, niemand im ganzen Land hatte die geringste Schuld. Also mußten drüben im anderen Lande die Verbrecher und Kriegstreiber sein; es war Notwehr, daß man zur Waffe griff, Notwehr gegen einen schurkischen und tückischen Feind, der ohne den geringsten Grund das friedliche Österreich und Deutschland ‚überfiel‘. 1939 dagegen war dieser fast religiöse Glaube an die Ehrlichkeit oder zumindest an die Fähigkeit der eigenen Regierung in ganz Europa schon geschwunden. Man verachtete die Diplomatie, seit man erbittert gesehen, wie sie in Versailles die Möglichkeiten einer dauernden Friedens verraten; die Völker erinnerten sich zu deutlich, wie schamlos man sie um die Versprechungen der Abrüstung, der Abschaffung der

Geheimdiplomatie betrogen. Im Grunde hatte man 1939 vor keinem einzigen der Staatsmänner Respekt, und niemand vertraute ihm gläubig sein Schicksal an....

Und dann, was wußten 1914, nach fast einem halben Jahrhundert des Friedens, die großen Massen vom Kriege? Sie kannten ihn nicht, sie hatten kaum je an ihn gedacht. Er wart Legende, und gerade die Ferne hatte ihn heroisch und romantisch gemacht... ein rascher Ausflug ins Romantische, ein wildes und männliches Abenteuer. So malte sich der Krieg 1914 in der Vorstellung des einfachen Mannes, und die jungen Menschen hatten sogar ehrliche Angst, sie könnte das Wundervoll-Erregende in ihrem Leben versäumen; deshalb drängten sie ungestüm zu den Fahnen, deshalb jubelten und sangen sie in den Zügen, die sie zur Schlachtbank führten, wild und fiebernd strömte die rote Blutwelle durch die Adern des ganzen Reiches. Die Generation von 1939 aber kannte den Krieg. Sie täuschte sich nicht mehr. Sie wußte, daß er nicht romantisch war, sondern barbarisch. Sie wußte, daß er Jahre und Jahre dauern würde, unersetzliche Spanne des Lebens. Sie wußte, daß man nicht mit Eichenlaub und bunten Bändern geschmückt dem Feind entgegenstürmte, sondern verlaust und halb verdurstet wochenlang in Gräbern und Quartieren lungerte, daß man zerschmettert und verstümmelt wurde aus der Ferne, ohne den Gegner je ins Auge gesehen zu haben... Kein einziger der Generation vor 1939 glaubte mehr an eine von Gott gewollte Gerechtigkeit des Krieges, und schlimmer: man glaubte nicht einmal mehr an die Gerechtigkeit und Dauerhaftigkeit des Friedens, den er erkämpfen sollte. Denn man erinnerte sich zu deutlich noch an alle die Enttäuschungen, die der letzte gebracht: Verelendung statt Bereicherung, Verbitterung statt Befriedigung, Hungersnot, Geldentwertung, Revolten, Verlust der bürgerlichen Freiheit, Versklavung an den Staat, eine nervenzerstörende Unsicherheit, das Mißtrauen aller gegen alle.

Das schuf den Unterschied. Der Krieg von 1939 hatte einen geistigen Sinn, es ging um die Freiheit, um die Bewahrung eines moralischen Guts; und um einen Sinn zu kämpfen, macht den Menschen hart und entschlossen. Der Krieg von 1914 dagegen wußte nichts von den Wirklichkeiten, er diente noch einem Wahn, dem Traum einer besseren, einer gerechten und friedlichen Welt. Und nur der Wahn, nicht das Wissen macht glücklich. Darum gingen, darum jubelten damals die Opfer trunken der Schlachtbank entgegen, mit Blumen bekränzt und mit Eichenlaub auf den Helmen, und die Straßen dröhnten und leuchteten wie bei einem Fest.“ [Zweig, S. 255 f.]

Walter Flex

Der kriegsfreiwillige Schriftsteller Walter Flex fiel im Oktober 1917. Seine Erzählung „Wanderer zwischen beiden Welten – Ein Kriegserlebnis“ wurde schon in der Weimarer Republik zum Bestseller (und ist auch heute noch bzw. wieder erhältlich), das mir vorliegende Exemplar wohl aus dem Jahre 1932 trägt den Auflagen-Vermerk „315. bis 321. Tausend“. Flex schrieb im Frühjahr 1917 an seinen Bruder:

„Ich bin heute innerlich so kriegsfreiwillig wie am ersten Tage. Ich bin's und war es nicht, wie viele meinen, aus nationalem, sondern aus sittlichem Fanatismus. Nicht nationale, sondern sittliche Forderungen sind's, die ich aufstelle und vertrete. Was ich von der ‚Ewigkeit des deutschen Volkes‘ und von der welterlösenden Sendung des Deutschtums geschrieben habe, hat nichts mit nationalem Egoismus zu tun, sondern ist ein sittlicher Glaube, der sich selbst in der Niederlage oder... im Heldentode eines Volkes verwirklichen kann... Mein Glaube ist, daß der deutsche Geist im August 1914 und darüber hinaus eine Höhe erreicht hat, wie sie kein Volk vordem gesehen hat. Glücklich jeder, der auf diesem Gipfel gestanden hat und nicht wieder herabzusteigen braucht. Die Nachgeborenen des eigenen und fremder Völker werden diese Flutmarke Gottes über sich sehen an den Ufern, an denen sie vorwärtsschreiten. – Das ist mein Glaube und mein Stolz und mein Glück, das mich allen persönlichen Sorgen entreißt...“ [Flex, S. 101].

Diese heute schwer nachvollziehbaren Gedanken fanden in der Zeit der Weimarer Republik großen Anklang.

Leo Trotzki

Trotzki lebte zu Kriegsbeginn mit Lenin in Wien, er schrieb in seinen Memoiren:

„Besonders unerwartet kam die patriotische Erhebung der Massen in Österreich-Ungarn. Was trieb den Wiener Schuhmachergesellen, den Halbdeutschen-Halbttschechen Pspischil, oder unsere Grünkramhändlerin Frau Maresch oder den Droschkenkutscher Frankl auf den Platz vor dem Kriegsministerium? Der nationale Gedanke? Welcher? Österreich-Ungarn war die Verneinung der nationalen Idee. Nein, die bewegende Kraft war eine andere.

Solche Menschen, deren Leben tagaus, tagein, in monotoner Hoffnungslosigkeit verläuft, gibt es viele auf der Welt. Auf ihnen beruht die heutige Gesellschaft. Die Alarmglocken der Mobilisierung dringt in ihr Leben ein wie eine Verheißung. Alles Gewohnte, das man tausendmal zum Teufel gewünscht hat, wird umgeworfen, es tritt etwas Neues, Ungewöhnliches auf. Und in der Ferne müssen noch unübersehbare Veränderungen geschehen. Zum Besseren? Oder zum Schlimmeren? Selbstverständlich zum Besseren: Kann es den Pospischil

schlimmer ergehen als zu ‚normalen‘ Zeiten?... Hätten sich zu einer anderen Zeit die Gepäckträger, Waschfrauen, Schuhmacher, Gehilfen und Halbwüchsigen der Vorstadt auf der Ringstraße als Herren der Lage fühlen können? Der Krieg erfaßt alle, und folglich fühlen sich die Unterdrückten, vom Leben Betrogenen mit den Reichen und Mächtigen auf gleichem Fuße“ [Trotzki, S. 211 f.] Man könnte meinen, Trotzki habe Hitler gekannt, dessen Situation im Juli 1914 genau so beschrieben werden kann.

Trotzki berichtete später weiter: „Als die Nummer des ‚Vorwärts‘ mit dem Bericht über die Reichstagssitzung vom 4. August [Annahme der Kriegskredite auch durch die Sozialdemokraten; Anm. A.M.] in die Schweiz [wo sich Trotzki und Lenin inzwischen aufhielten; Anm. A.M.] kam, war Lenin der festen Überzeugung, es sei eine gefälschte Nummer, die der deutsche Generalstab zum Betrug und zur Einschüchterung der Feinde herausgebracht habe“. [Trotzki, S. 214] – Die deutschen Sozialdemokraten hatten sich in der verworrenen Julikrise von der Reichsleitung täuschen lassen und glaubten an den gerechten Verteidigungskrieg. Man muß Trotzki sicherlich zustimmen, wenn er den Kriegsausbruch auch als „Zusammenbruch der Internationale in der verantwortlichsten Periode“ beschrieb [Trotzki, S. 215].

Ernst Toller

Der deutsch-jüdische Schriftsteller Ernst Toller, später ein Führer der Münchner Räterepublik, studierte 1914 in Grenoble. Sein Bericht beginnt in Lyon:

„Auf dem Platz Belle-cour staut sich die Menge. Redner klettern auch den Sockel des Denkmals. - Frankreich ist bedroht, schreit einer, es geht um seine Freiheit. - Nein um seinen Ruhm, schreit ein anderer. - Ich pfeife auf den Ruhm, es geht um Elsaß-Lothringen, schreit ein dritter - Vive l'Alsace-Lorraine! antwortet die Menge. Aber kein Redner findet soviel Beifall wie jener, der die Hörer an die französische Revolution erinnert, an die geschichtliche Mission Frankreichs, die Preußen vom Militarismus zu befreien und Deutschland die Demokratie zu bringen. - Wir hassen nicht das deutsche Volk, ruft er, wir hassen nur seinen Kaiser! - Tosender Beifall. Neben dem Redner taucht eine Frau auf. ‚Wenn wir in Berlin einziehen,‘ ruft sie, ‚werden wir Wilhelm den Bart abschneiden!‘ Aus der Menge antwortet es im Sprechchor: ‚Coupez la barbe de Guillaume‘ [‚Schneidet Wilhelm den Bart ab‘; Anm. A.M.]!

Durch die Straßen ziehen Trupps junger Männer, in skandiertem Rhythmus peitschen sie ein Lied, es enthält nur eine Zeile, die sie pausenlos, fanatisch wiederholen: - Conspuez Guillaume, conspuez Guillaume, conspuez! [Etwa: „Verlacht Wilhelm“ oder „Empfangt Wilhelm mit Hohngelächter“; Anm. A.M.]

Ich habe nur einen Wunsch, ich will nach Deutschland. Am Bahnhof sagt man mir, daß nachts um zwei ein Zug zur Schweizer Grenze fahre. Ich gehe in ein kleines Café und warte. An allen Tischen spricht man vom Krieg. Neben mir sitzt ein dicker Sergeant mit geschwollenen, geröteten Augen, mit heiserer Stimme singt er die ersten Worte der Marseillaise, bricht ab, trinkt sein Glas und beginnt von neuem. Keiner achtet auf ihn. Er steht auf, geht zum Telephon, seine Stimme überschlägt sich, er brüllt in den Raum:

- Deutschland hat Frankreich den Krieg erklärt!

Im Café ist es sehr still, der Sergeant geht wieder an seinen Tisch und setzt sich schwer auf seinen Stuhl. Das Schweigen ist wie eine Finsternis, die Licht und Menschen aufsaugt. Der Sergeant springt auf, singt die Marseillaise, und jetzt singen alle mit. Ich sitze fremd an meinem Tisch, die Kehle ist mir zugeschnürt, nie war mir so bang nach Deutschland wie in dieser Sekunde...

Um Mitternacht, wenige Stunden vor der Schließung der Grenzen, kommen wir in Genf an, hungrig und übermüdet. Als wir auf Schweizer Boden stehen, jubeln wir und fallen uns in die Arme und singen ‚Deutschland, Deutschland über alles‘. Auf der anderen Seite des Perrons singen Franzosen, die heimkehren, die Marseillaise.

Vor dem Bahnhof ein Soldat schlägt mit zuckenden Schlegeln auf eine kleine Trommel und verkündet die Schweizer Mobilmachung...

Als der Zug in Lindau, auf deutschem Boden, einläuft, singen wir wieder ‚Deutschland, Deutschland über alles‘. Wir winken den bayerischen Landwehrmännern zu, die den Bahnhof bewachen, jeder von ihnen ist das Vaterland, die Heimat; wenn ihre Vollbärte wedeln, hören wir die deutschen Wälder rauschen...

Ich habe die Stimmen der Menschen noch im Ohr, die schrien, daß Frankreich angegriffen sei, jetzt lese ich in deutschen Zeitungen, daß Deutschland angegriffen wird, und ich glaube es. Französische Flieger, sagte der Reichskanzler, haben Bomben auf bayrisches Land geworfen, Deutschland wurde überfallen, ich glaube es.“

Toller versuchte sich in München als Freiwilliger zu melden, aber die Kasernen waren von Freiwilligen überfüllt, Toller wurde nicht genommen: „Im Englischen Garten setze ich mich auf eine Bank, über den alten Buchen streicht ein lauer Wind, es sind deutsche Buchen, nirgends auf der Welt wachsen herrlichere. Neben mir sitzt ein hagerer Mensch, selbst sein Adamapfel, spitz und riesig, erscheint mir liebenswert. Er steht auf, er geht fort, er kommt mit anderen Menschen wieder. Verwundert sehe ich, wie man auf mich zeigt, dann auf meinen Hut, dessen Futter, allen sichtbar, mit großen blauen Buchstaben den Namen des Lyoner Hut-

fabrikanten trägt. Ich nehme den Hut, gehe weiter, die Gruppe, zu der andere Neugierige stoßen, folgt mir, ich höre erst einen, dann viele rufen ‚Ein Franzose, ein Franzose!‘ Ich beschleunige meine Schritte, Kinder laufen neben mir her, weisen auf mich mit Fingern, ‚Ein Franzos, ein Franzos!‘, zum Glück begegnet mir ein Schutzmann, ich zeige ihm meinen Paß, die Menschen umringen uns, er zeigt ihnen meinen Paß, unwillig und schimpfend zerstreuen sie sich.“ [Toller, S. 36 ff.].

Der Polizeipräsident

Die durch die Presse geschürte und vor allem in den Zentren der großen Städte aufkommende Begeisterung für den Krieg hatte - auch in Fürth (vgl. unten die Rieß Chronik) - innerhalb weniger Tage die absonderlichsten Folgen und gefährdete die öffentliche Ordnung. Der Polizeidirektor von Stuttgart erließ am 9. August 1914 folgenden Dienstbefehl:

„Schutzleute! Die Einwohnerschaft fängt an, verrückt zu werden. Die Straßen sind von alten Weibern beiderlei Geschlechts erfüllt, die sich eines unwürdigen Treibens befleißigen. Jeder sieht in seinem Nebenmenschen einen russischen oder französischen Spion und meint, die Pflicht zu haben, ihn und den Schutzmann, der sich seiner annimmt, blutig zu schlagen, mindestens aber unter Verursachung eines großen Auflaufs ihn der Polizei zu übergeben. Wolken werden für Flieger, Sterne für Luftschiffe, Fahrradlenkstangen für Bomben gehalten, Telephon- und Telegraphendrähte mitten in Stuttgart sollen zerschnitten, Brücken gesprengt, Spione standrechtlich erschossen und die Wasserleitungen vergiftet worden sein... Festgestelltermaßen hat sich bis jetzt auch nicht das geringste Bedenkliche ereignet... Schutzleute, behaltet auch weiterhin kaltes Blut! Seid wie bisher Männer und keine Weiber, laßt Euch nicht ins Bockshorn jagen und habt die Augen offen, wie es Eure Schuldigkeit ist! Der Polizeidirektor“ [Frontalltag..., S. 29].

Kurt Riezler

Kurt Riezler war zu Kriegsbeginn Legationsrat im Auswärtigen Amt und persönlicher Sekretär von Reichskanzler Bethmann Hollweg. Er hat ein Tagebuch geführt, das 1972 vom Historiker Karl Dietrich Erdmann in einer m.E. gewissenhaften (was allerdings auch schon bestritten wurde) Edition herausgegeben wurde. Sicherlich gewährte Bethmann Hollweg dem jungen Riezler nicht vollen Einblick in seine Gedanken und versuchte m.E. vor allem, die Verehrung des jungen Bewunderers zu erhalten. Die Berichte von Riezler sind dennoch von unerreichem Wert. Von einem Gespräch mit Bethman Hollweg am Vortag machte sich Riezler am 7. Juli 1914 folgende Notizen: „Die geheimen Nachrichten, die er mir mitteilt, geben ein erschütterndes Bild. Er sieht die englisch-russischen Verhandlungen über eine Marineconvention, Landung in Pommern sehr ernst an... Russlands militärische Macht schnell wachsend; bei strategischem Ausbau Polens die Lage unhaltbar. Österreich immer schwächer und unbeweglicher... Jedenfalls unfähig, für eine deutsche Sache als unser Verbündeter in den Krieg zu ziehen. Die Entente weiss das, wir infolgedessen völlig lahmgelegt... Der Kanzler spricht von schweren Entscheidungen. Ermordung Franz Ferdinands. Das amtliche Serbien beteiligt. Oesterreich will sich aufraffen. Sendung Franz Josefs an den Kaiser mit Anfrage wegen casus foederis [tatsächlich wurden die Österreicher von der deutschen Reichsleitung gedrängt, in Serbien aufzuräumen; Anm. A.M.]... Diesmal ist es schlimmer wie 1912 [2. Balkankrieg; Anm. A.M.]; denn diesmal ist Oesterreich gegen die serbisch-russischen Umtriebe in der Verteidigung. Eine Aktion gegen Serbien kann zum Weltkrieg führen“ [Riezler, S. 182 f.]. Man war sich um Bethmann Hollweg der Gefahr des Weltkrieges schon Anfang Juli bewußt, dennoch gab die Reichsleitung Österreich nicht nur den berühmten „Blanko Scheck“ in Form unbedingter Bündnistreue, sondern drängte Österreich zum Vorgehen.

Einen Tag später rückte der Kanzler gegenüber Riezler mit den Gedankengängen heraus, die die Reichsleitung mit der gegenwärtigen Krise verband, so der - auch hier schon - vielzitierte Tagebucheintrag vom 8. Juli 1914: „Kommt der Krieg aus dem Osten, so dass wir also für Oesterreich-Ungarn und nicht Oesterreich-Ungarn für uns zu Felde zieht, so haben wir Aussicht, ihn zu gewinnen. Kommt der Krieg nicht, will der Zar nicht oder rät das bestürzte Frankreich zum Frieden, so haben wir doch die Aussicht, die Entente über diese Aktion auseinanderzumaneuvrieren“ [Riezler, S. 184]. Österreich galt bei der Deutschen Reichsleitung als nur bedingt zuverlässiger Verbündeter, so daß die Julikrise als Chance angesehen wurde, den schon 1912 beschlossenen Krieg unter günstigen Voraussetzungen führen zu können.

Am 23. Juli 1914 notierte Riezler: „Der Kanzler meint, wenn der Krieg käme, käme er durch eine russische Mobilmachung ab irato, also vor eventuellen Verhandlungen. Dann ist kaum mehr etwas zu verhandeln, weil wir dann sofort, um überhaupt noch gewinnen können, losschlagen müssen. Dann aber fühlt das gesamte Volk die Gefahr und steht auf.“ [Riezler, S. 190]. – Der Reichskanzler schenkte seinem jungen Bewunderer keinen reinen Wein ein. Tatsächlich konnte Bethmann Hollweg wenige Tage später die Generäle nur mit Mühe dazu bringen, die russische Mobilmachung vor dem Losschlagen abzuwarten, um vorderhand die deutsche

Mobilmachung als Reaktion darstellen zu können. Vor allem aber war zumindest der politischen und militärischen Führungsschicht allgemein bekannt, daß die deutsche Mobilmachung ungleich schneller als die russische verlaufen werde und auch verlief. Somit konnte die russische Mobilmachung per se kein zwingender Grund zum sofortigen Angriff sein (zur entgegengesetzten Logik des Schlieffen-Plans s. Kap. IX).

Am 27. Juli 1914 notierte Riezler: „Die Ankunft in Berlin. Bewegung auf den Strassen. Unter den Linden Menschenmengen vor den Depeschen des Lokalanzeigers, auf die Antwort Serbiens [auf das bewußt unannehmbare österreichische Ultimatum; Anm. A.M.] wartend. Die Menschen sind aber noch nicht völlig erwacht aus dem Traum des Friedens, der ihnen noch eine Selbstverständlichkeit scheint, noch ungläubig und neugierig. Abends und Sonntags Menschen mit Liedern. Der Kanzler meinte zuerst, nur halbwüchsige Burschen, die sich der Gelegenheit zu Radau und Aufregung freuen und ihre Neugierde spazieren tragen. Es werden aber mehr und mehr und die Töne werden echter, der Kanzler schliesslich tief bewegt, ergriffen und gefestigt, zumal aus dem ganzen Reich die Nachrichten kommen. Ein ungeheurer, wenn auch wirrer Betätigungsdrang im Volke, eine Gier nach grosser Bewegung, aufzustehen für eine grosse Sache, seine Tüchtigkeit zu zeigen.“ [Riezler, S. 192].

Die nächste Eintragung datiert erst über zwei Wochen später, 14. August 1914: „Krieg, Krieg, das Volk ist aufgestanden - es ist, als wenn es vorher gar nicht dagewesen wäre und jetzt auf einmal da ist gewaltig und rührend. Ein jeder ist aus seinem Winkel gekrochen, scheinbar grösste Verwirrung und doch sinnvolle Ordnung und nun sind schon Millionen über den Rhein gezogen.

Vor allem das unvergesslichste das Volk selbst. Alle förmlich glücklich, einmal einer großen Sache hingerissen leben zu können. Und das stumme ganz und gar selbstverständliche Vertrauen. Alle halten den Atmen an, aber keiner zweifelt, scheint nur einen Augenblick daran zu denken, was für ein Glücksspiel ein Krieg und gerade dieser Krieg ist. Gottvertrauen oder Leichtherzigkeit Glaube oder Verblendung – es gilt gleich, denn so können wir wenigstens siegen“ [Riezler, S. 193].

Das Volk vertraute seinen Politikern noch, wie schon Stefan Zweig feststellte (s.o.).

Theodor Wolff

Der deutsch-jüdische Chefredakteur des Berliner Tagblattes wurde vom Direktor der Politischen Abteilung des auswärtigen Amtes Wilhelm Stumm und vom Staatssekretär Gottlieb v. Jagow - nach Bethmann Hollweg die bestimmenden Männer der deutschen Außenpolitik - am 25. Juli 1914 zum Gespräch geladen. Staatssekretär v. Jagow erwünschte angesichts der österreichisch-serbischen Krise, „dass die deutsche Presse rechtzeitig die unseren Wünschen entsprechende Haltung einnimmt“ [Wolff, S. 61 Fn. 6]. Wolff fragte Jagow: „Ob wir aber nicht in einen Weltkrieg verwickelt werden könnten? Wenn Rußland nun nicht zurückweiche... Jagow: Er glaube das nicht, die diplomatische Situation ist sehr günstig. Weder Rußland, noch Frankreich, noch England wollten den Krieg. Und wenn es sein müsse (lächelnd) - einmal werde der Krieg ja doch kommen, wenn wir die Dinge gehen lassen und in zwei Jahren sei Rußland stärker als jetzt... Ich gehe zu Stumm zurück, der mir die Vorzüge der gegenwärtigen diplomatischen Lage darlegt.... Wie Jagow sagt er, daß der Krieg in zwei Jahren unvermeidlich sei, wenn wir uns jetzt nicht aus dieser Situation befreien. Es handele sich darum, festzustellen, ob Oesterreich bei uns noch als Bundesgenosse etwas wert sei. Es dürfe nicht zurückweichen...“ Stumm äußert sich weiterhin dahingehend, daß die anderen nachgeben würden, daß Rußland und Frankreich keinen Krieg wagen würden [Wolff, S. 64].

Acht Monate später trafen sich Wolff und Stumm wieder, wo letzterer seinen Schwindel zugab (Eintrag in Wolffs Tagebuch v. 17.2.1915): „Wir haben nicht geblufft. Wir waren darauf gefaßt, daß wir den Krieg mit Rußland haben würden. Aber Oesterreich mußte seine Sache mit Serbien doch endlich einmal austragen. Wenn der Krieg nicht jetzt gekommen wäre, hätten wir ihn unter schlechteren Bedingungen in zwei Jahren gehabt“. Einwände von Wolff gegen letztere Mutmaßung ließ er nicht gelten, zudem meinte Stumm „... niemand habe voraussehen können, daß militärisch nicht alles so klappen werde, wie man geglaubt“ [Wolff, S. 166 f.].

Wolff hegte auch den Verdacht, daß die großen Demonstrationen Ende Juli 1914 gesteuert seien, so berichtete er vom 25. Juli 1914: „In Berlin finden abends Demonstrationen für Oesterreich statt, Züge von mehreren tausend Personen ziehen zum Schloß, zu den Botschaften etc., singend und Hurrah schreiend. Eine unerwartete, eigentümliche Stimmung...“. Am 26. Juli 1914 notiert er: „Sonntag Wiederholung der Kundgebungen in Berlin. Ich begegne nachts um 2 Uhr einem der Züge in der Friedrichstraße, etwa 2000 meist junge Männer, Studenten etc., auch mit Fahnen, einige mit ihren Mädchen, alles ‚Hoch Oesterreich, nieder Rußland!‘ rufend. Irgend jemand muß sie führen, denn sie oder andere Manifestanten, waren sogar in der Viktoriastraße, vor der italienischen Botschaft, deren Adresse bis dahin wohl keiner von ihnen gekannt hatte. Ich nehme einen sehr üblen Eindruck mit.“ [Wolff, S. 65 f.]

Adolf Hitler

„Ich schäme mich auch heute nicht, es zu sagen, daß ich, überwältigt von stürmischer Begeisterung, in die Knie gesunken war und dem Himmel aus übervollen Herzen dankte, daß er mir das Glück geschenkt, in dieser Zeit leben zu dürfen... So, wie wohl für jeden Deutschen, begann nun auch für mich die unvergeßlichste und größte Zeit meines irdischen Lebens.“ [Adolf Hitler in „Mein Kampf“, S. 177, zit. nach Kershaw, S. 107 u. 128].

Hitler lebte sei dem 25. Mai 1913 in München. Ein Foto - auf dem er nach seinem Hinweis mittels einer Vergrößerung gefunden wurde - zeigt ihn 25jährig am 2. August 1914 in einer Menschenmenge, die am Odeonsplatz die Kriegsproklamation begrüßte.

„Für Hitler kam der Krieg wie gerufen. Seit der fehlgeschlagenen Aufnahmeprüfung an der Akademie für Bildende Künste 1907 hatte er ziellos dahingelebt, sich damit abgefunden, daß er kein großer Künstler werden würde, und die Illusion genährt, er könne irgendwie ein bedeutender ‚Baumeister‘ werden, obwohl weder Pläne noch realistische Erfolgsaussichten seine Wunschträume begleiteten. Sieben Jahre nach dem Fehlschlag blieb der ‚Niemand aus Wien‘ in München ein unbedeutender Aussteiger, erfüllt vom ruhelosen Zorn über die Welt, die ihn abgelehnt hatte. Im Alter von 25 Jahren war Adolf Hitler noch immer ohne Karriereaussichten, ohne Qualifikation oder eine Möglichkeit, sie erwerben zu können, ohne die Fähigkeit, enge und dauerhafte Freundschaften zu schließen, und ohne jede reale Hoffnung, mit sich selbst oder einer Gesellschaft auszukommen, die er auf Grund eigener Fehlschläge verachtete. Der Krieg bot ihm einen Ausweg. Zum ersten Mal in seinem Leben hatte Hitler ein Anliegen, eine Verpflichtung, erfuhr er Kameradschaft, äußere Disziplin, regelmäßige Beschäftigung, so etwas wie Wohlbefinden und sogar ein Gefühl der Zugehörigkeit. das Regiment wurde ihm zur Heimat.“ [Kershaw, S. 125 f.]

Obwohl Hitler 1910 in Salzburg bei der Musterung als untauglich eingestuft wurde und Österreicher war, meldete er sich wohl am 5. August als Freiwilliger und bekam am 16. August den Befehl zur Vorsprache. Am 21. Oktober ging er mit einem Truppentransport an die Front und stand ab 29. Oktober im Gefechtsfeld. Sein Regiment hatte innerhalb weniger Tage Verluste von über 70 Prozent, das Regiment schmolz in vier Tagen von 3.600 auf 611 Mann [Kershaw, S. 129]. Das Schicksal verschonte ausgerechnet Hitler. „Der Krieg weckte in Hitler den Fanatiker“, und nach allem, was man weiß, entwickelte sich Hitlers eliminatorische Weltanschauung etwa ab 1915 [vgl. Kershaw, S. 133 ff.].

VII. Ein langer Weg in die Katastrophe?

Beim Handeln der politisch Verantwortlichen stellt sich immer die Frage, ob und inwieweit sie frei Handelnde oder Gefangene von sozio-ökonomischer Strukturen und politischer Vorentscheidungen der Innen- und Außenpolitik sind. Hier wären zunächst einmal eine Vielzahl außenpolitischer Vorentscheidungen und Mißerfolge des Reiches zu nennen, die zu permanenten Spannungen und einer weitgehend selbstverschuldeten „Einkreisung“ führten. Ich verweise hierzu auf die Literatur [Geiss 1991; Wehler, S. 171-200; Schöllgen, S. 58-74; Stürmer, S. 143-365], möchte aber dennoch - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - ein paar Schlaglichter auf verschiedene Erklärungsansätze geben.

Vieles wäre in diesem Zusammenhang ausführlich zu besprechen, z.B. die Risikopolitik des bewunderten Bismarck, der in den Jahren vor 1914 wenig erfolgreich nachgeeifert wurde und in der halsbrecherischen Politik während der Julikrise 1914 ihr desaströses Finale fand. Oder die Annexion von Elsaß Lothringen, die militärisch begründet wurde, aber gerade dadurch die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung in sich trug: „Jener künftige Krieg, den die Militärs, durch das Glacis auf dem linken Rheinufer gesichert, besser zu bestehen hofften, mußte durch die Annexion fast unausweichlich werden“ [Stürmer, S. 170]. Karl Marx veranlaßte die Annexion schon im Herbst 1870 zu der prophetischen Voraussage, daß sie den Keim eines Zweifrontenkrieges gegen eine französisch-russische Allianz in sich trage, in der das Deutsche Reich untergehen werde [Wehler, S. 185 f.].

Auch der unglückliche Ausfall des liberalen, von der englischen Verfassung tief beeindruckten Kaisers Friedrich III. mag erwähnt sein. Er regierte im denkwürdigen Dreikaiserjahr 1888 nur 99 Tage, dann starb er an Kehlkopfkrebs. Kein Geringerer als Friedrich Nietzsche schrieb damals, dieses Ende sei ein großes, entscheidendes Unglück für Deutschland. Die letzte Hoffnung auf eine freiheitliche Entwicklung gehe zu Grabe. [Stürmer, S. 239]. „Der ‚Neue Kurs‘ unter Wilhelm II. übersprang anschließend praktisch die mittlere Generation der an England orientierten Liberalen... Die erratische Person Wilhelm II., an dessen Zurechnungsfähigkeit intern schon früh (zunächst in England, bald auch in Deutschland) ernsthafte, aber öffentlich

unterdrückte Zweifel entstanden, verkörperte kollektive Kräfte und Tendenzen der deutschen Gesellschaft, die sich von ihrem Kaiser durchaus angemessen vertreten fühlten: Die Generation des Kaisers, die gemeinsam mit ihm zunehmend in die politische Verantwortung rückte, war in der Selbstverständlichkeit eines mächtigen Deutschen Reiches aufgewachsen und nicht gewillt, seine Grenzen und äußeren Gefährdungen als Folge deutscher Handlungen zu sehen oder gar zu akzeptieren. In einem sich überhebenden Macht- und Selbstwertgefühl fühlte sich die neue politische Klasse in Übereinstimmung mit den Kräften der Zeit: Globale imperialistische Expansion, an der Deutschland gebührenden Anteil nehmen wollte, drängte auf immer größere Machtblöcke. Die neue Art der Weltanschauung brach offen mit der ‚Weltpolitik‘ durch. Bismarcks letzte und Wilhelm II. erste Regierungsjahre bildeten die Zone des ungewissen Übergangs von auslaufender Kontinentalpolitik in relativer Selbstbescheidung und neuer Expansion der von ihren Trägern selbst so genannten ‚Weltpolitik‘“ [Geiss 1991, S. 183].

Aber schon einige Jahre zuvor, 1884, fiel eine Weichenstellung zur ‚Weltpolitik‘. Die letztendlich von kurzfristigen wahltaktischen Erwägungen bestimmte Entscheidung Bismarcks für Kolonien [Gründer, S. 51 ff.] schuf weiteren außenpolitischen Konfliktstoff. Die Kolonien lohnten sich für Deutschland nicht - weder in ihrer sozialintegrativen Funktion noch wirtschaftlich [vgl. Gründer, S. 235 ff.] - und schufen weitergehende, konfliktschaffende Ansprüche sowie ein wichtiges Argument für die unselige Flottenpolitik.

Der Historiker Ludwig Dehio erregte in einem Vortrag auf dem Deutschen Historikertag 1951 mit seinem Vortrag ‚Deutschland und die Epoche der Weltkriege‘ Aufsehen: Dehio betonte, daß die preußisch-deutsche Politik vor dem 1897 begonnenen Flottenbau (Aufbau einer Hochseeflotte) die Züge eines ‚rein kontinentalen Machttyps‘ zeigte, strebte dann aber ‚in echt preußischer Methode, das heißt mit Hilfe systematischer Rüstung, diesmal zur See, aus der europäischen Enge hinaus in das erhoffte Weltgleichgewichtssystem einzudringen... so einst Preußen eingedrungen war in das europäische Gleichgewichtssystem.‘ Dies richtete sich notwendigerweise gegen England ‚als Bürge des bisherigen Gleichgewichts‘ in Europa und ‚als Inhaber der Seehegenomie‘ [zit. nach Fischer 1998b, S. 12 f.]. Dies wird von britischen Historikern in aktuellen Veröffentlichungen (1998) genauso gesehen: ‚The years before 1914 had seen unprecedented arms races, most conspicuously the Anglo-German naval race after 1898. Every member of the alliance/entente system participated in the naval competition, but its most dramatic impact had been upon Anglo-German relations. No other issue had such a negative impact upon bilateral ties; no other issue proved such a stumbling block to efforts for restraint‘ [Williamson, S. 11].

Hans-Ulrich Wehler, bedeutendster Vertreter der sogenannten strukturellen Schule, versuchte Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre gesellschaftspolitische Strömungen sozialhistorisch zu interpretieren und gewichtete die gesellschaftspolitischen Kräfte stärker als die politisch handelnden Individuen. So stellte Wehler die These vom ‚Sozialimperialismus‘ auf, derzufolge der ‚Imperialismus‘ - unzweifelhaft eine Hauptursache für die internationalen Spannungen vor dem Ersten Weltkrieg - eine Integrationsideologie darstellte, die zur Ableitung gesellschaftlicher Spannungen und zur Herrschaftssicherung der alten Eliten diene. Entsprechend sei der Erste Weltkrieg auch als ‚Flucht nach vorne‘ zu interpretieren, d.h. als Versuch, die Julikrise für einen spektakulären äußeren Erfolg mit heilsamer Rückwirkung nach innen auszunutzen und sie deswegen in den Krieg einmünden zu lassen. [Wehler, S. 171-179, 192-200].

Der Erlanger Historiker Gregor Schöllgen resümierte 1986 die Forschungen aus seiner Sicht wie folgt: Die deutsche Politik war von der öffentlichen Meinung getrieben, in der sich übertriebene und falsche Erwartungen überseeischer Expansion (als Eintrittskarte zur Weltpolitik) einerseits und ‚ein sich insbesondere an politischen Rückschlägen, also Prestigeeinbußen aufladender Nationalismus zu einer brisanten Mischung‘ verband. Vor allem nach dem in der Öffentlichkeit als Debakel empfundenen Ausgang der Marokkokrise des Jahres 1911 stand die deutsche Außenpolitik unter Erfolgs- und Legitimationszwang [Schöllgen, S. 134 f.]. Generell waren im Zeitalter des ‚Imperialismus‘ - neben wirtschaftlichen Motiven - ‚Bedrohung bzw. Behauptung der Machtposition und damit nicht zuletzt des Prestiges Auslöser für die sich auf dem Gebiet der kolonialen Rivalität entwickelnden Konflikte‘ [Schöllgen, S. 139].

Der Historiker Wolfgang Mommsen verband 1993 die inzwischen in die Jahre gekommene Strukturgeschichte mit mentalitätsorientierten Fragestellungen: ‚Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist vor allem auf den Konkurrenzkampf rivalisierender Nationalismen zurückzuführen... in dem sich die im engeren Sinne konservativen Gruppierungen und mit ihnen die traditionellen Machteliten... schon bald in die Defensive gerieten. Im Juli 1914 wagten sie nicht mehr, sich in Gegensatz zu den nationalistischen Strömungen in den bürgerlichen Schichten zu setzen; infolgedessen ließ man in Berlin, in Paris und St. Petersburg der Kriegsfurie freien Lauf, obschon man im Grunde selbst vor einem großen Kriege zurückschreckte. Die Auseinandersetzung über Krieg und Frieden, welch letzterer offenbar nur auf Kosten einer Prestigeeinbuße der führenden Eliten zu haben war, waren durch seismographische Kanäle verkoppelt mit jenen in den Tiefen der Gesellschaft bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Konflikten: die Entscheidung für eine Politik der

Friedenserhaltung ... wurde von den Führungseliten, die ihrerseits unter dem Druck der nationalistischen Einstellungen der großbürgerlichen Kreise standen, angesichts der herrschenden Bedingungen als zu risikoreich angesehen. Nicht die Arbeiterschaft und die Unterschichten waren das eigentliche Problem... Es waren vielmehr die aufsteigenden Mittelschichten, die mit den bisherigen Formen der äußeren Politik unzufrieden waren und, wie beispielsweise Gustav Stresemann, von der Regierung eine ‚Politik der Stärke‘ forderten, teils weil diese ihren ökonomischen Interessen entgegenzukommen schien, teils, weil sich eine entschiedene nationale Politik als ein wirksames Palliativ gegen die sozialistische Arbeiterschaft anbot.“ [Mommsen, S 35 f.].

Ohne den Einfluß struktureller Vorentscheidungen leugnen zu wollen, bleibt die Verantwortung bei den Handelnden, so auch in bezug auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die „Männer von 1914“ führten Deutschland in einen Angriffskrieg und täuschten das deutsche Volk über Ursachen, Anlaß und Verlauf des Krieges in einer Weise, die Hitler seine Chance bot. Er nutzte sie.

VIII. Fritz Fischer und seine Kontroverse

Fritz Fischer wurde am 5. März 1908 in Lwigsstadt/Oberfranken geboren und starb am 1. Dezember 1999 in Hamburg. Nach seinem Abitur im März 1926 studierte er Theologie, Philosophie und Geschichte an den Universitäten Erlangen (1926-1928) und Berlin (1928-1931). Fischers akademische Berufslaufbahn begann 1935 als Privatdozent an der Universität Berlin, 1948 erhielt er in Hamburg einen Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte. Es folgten Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren in den USA (Indiana, Princeton) und in Oxford/England. Seine Emeritierung 1973 beendete keinesfalls seine publizistische Tätigkeit, die bis in die 90er Jahre reichte. Seine ersten, noch ganz der geistesgeschichtlichen Tradition verpflichteten Veröffentlichungen deuteten zunächst nicht darauf hin, daß er von eingetretenen Pfaden der deutschen Geschichtsschreibung abweichen könnte. „Die Wende wurde eingeleitet durch zwei längere Aufenthalte in den USA in den frühen fünfziger Jahre. Hier lernte Fischer, nicht zuletzt über den Kontakt mit 1933 aus Deutschland vertriebenen Historikern, eine neue kritische Sicht der jüngeren deutschen Geschichte kennen, die auch Fragen nach dem Einfluß wirtschaftlicher und sozialer Strukturen einschloß... Seit Mitte der fünfziger Jahre vertiefte er sich in die Weltkriegsakten der Reichsämter, welche die Alliierten erst seit kurzem zurückgegeben hatten...“ [Munzinger Archiv: Fritz Fischer; Volker Ullrich: „Unerschrocken ein Tabu gebrochen“, in: Die Zeit Nr. 11 v. 5.3.1998].

Die erste und heftigste der großen Debatten in der Geschichtswissenschaft (u.a. „Fischer-Kontroverse“ 1961, „Historiker-Streit“ 1986, Goldhagen-Debatte 1996) brach mit der bis dahin gültigen Anschauung deutscher Historiker, demzufolge das Deutsche Reich in den Ersten Weltkrieg „hineingeschlittert“ sei. Fritz Fischer legte in seinem (heute noch im Buchhandel erhältlichen) bahnbrechenden Werk „Griff nach der Weltmacht“ (erschienen im Herbst 1961) in den ersten zwei Kapiteln dar, daß der Krieg von der Reichsleitung zielbewußt herbeigeführt wurde (die restlichen 21 Kapitel behandeln das eigentliche Thema des Buches, nämlich die Kriegszielpolitik während des Ersten Weltkrieges). Die Reaktionen ähnelten damals jenen, die 35 Jahre später in bezug auf „Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel Goldhagen auftraten (worauf auch Volker Ullrich in „Der Zeit“ v. 12.4.96 hinwies): Schon vor dem Erscheinen wurde (wie auch bei der deutschen Ausgabe von Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“) versucht, das Buch im Mißkredit zu bringen, bei Fischers Werk ohne Erfolg freilich. Hatte man doch bisher (bis 1961) unter Führung von Gerhard Ritter - des damaligen Nestors der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft - die bequeme These der Weimarer Zeit weiterverfolgt, das Deutsche Reich sei, wie alle anderen Mächte auch, 1914 in einen nicht gewollten Krieg „hineingeschlittert“. Dies wird auch heute noch - zumeist implizit - von namhaften Historikern so nahegelegt.

Fritz Fischer zeigte jedoch trotz des Sperrfeuers etablierter Historiker Standfestigkeit. Bei der (immer noch anhaltenden) Diskussion fällt auf, daß die „Fischer-Schule“ in ihrer Argumentation Dokument an Dokument, Zitat an Zitat reiht, um ihre Thesen zu belegen, während die Gegenseite dazu neigt, bei reichlich dünnen Gegenbelegen die persönliche wissenschaftliche Autorität in die Waagschale zu werfen oder mit geschliffenem Schreibstil entsprechende Lücken zu überdecken. Die Angriffe der Kollegen resultierten - ähnlich wie 35 Jahre später bei Goldhagen - auch aus der Tatsache, daß Fischer deren Literatur zugunsten der Quellen links liegen ließ. Das in alle Welt Sprachen übersetzte Buch leitete in der westdeutschen Geschichtsschreibung das Ende der „konservativen“ Deutungshoheit ein und ermöglichte - später auch nach Ansicht „konservativer“ Zeitungen (vgl. FAZ v. 5.3.1988) - den Anschluß der bundesdeutschen Geschichtsschreibung an die internationale Forschung.

Anfang und Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts entzweite die „Fischer-Kontroverse“ jedoch nicht nur die Historikerzunft, sondern auch die Öffentlichkeit. Etablierte Historiker wie Gerhard Ritter intervenierten sogar 1964 beim damaligen Außenminister Gerhard Schröder (tatsächlich gleichnamig mit dem heutigen Bundeskanzler), um eine Vortragsreise Fischers in die USA zu verhindern. Die Reise wurde daraufhin vom Auswärtigen Amt unter fadenscheinigen Vorwänden abgesagt. „Fischer reiste trotzdem, auf Einladung der führenden amerikanischen Universitäten, und es wurde ein Triumphzug“ [Volker Ullrich: „Unerschrocken ein Tabu gebrochen“, in: Die Zeit, Nr. 11 v. 5.3.1998].

Auf dem Berliner Historikertag im Oktober 1964 zeigte Fischers Standfestigkeit allmählich Wirkung, die „konservativen“ Historiker führten bereits Rückzugsgefechte. Der amerikanische Historiker Fritz Stern berichtete: „Die ehrenwerte alte Garde von Historikern war entsetzt über die Nestbeschmutzung. Der Historikertag 1964 sollte über Fischer richten und das Buch schlicht hinrichten... Für viele Historiker oder Publizisten der damaligen Zeit war der Erste Weltkrieg und eigentlich auch der Nationalsozialismus ein Betriebsunfall in der deutschen Geschichte, und meine banale Frage ‚Gibt es denn so etwas wie eine Reihe von Betriebsunfällen, ohne daß man auf die Idee kommt, daß in dem Betrieb etwas nicht stimmt?‘ wurde von den jungen unter den tausend Teilnehmern mit überraschendem Jubel aufgenommen, während die Spitzen der Zunft sich weigerten, mir auch nur die Hand zu geben.“

[www.mountmedia.de/verlage/bertlgrp/specials/f_stern/fstern/rede3.html], S. 6, Abruf: 18.4.00].

Durchgesetzt hat sich Fischer in jedem Fall mit seiner im Laufe der Zeit verschärften Kernthese von „Griff nach der Weltmacht“, daß das Kaiserreich „einen erheblichen“ (Erstausgabe 1961) bzw. „den entscheidenden“ (Sonderausgabe 1967) Teil der historischen Verantwortung für die Auslösung des Ersten Weltkrieges trägt [vgl. Fischer 1998b, S. 24 f.]. Gestritten wird allerdings immer noch über die Motive für die halsbrecherische Politik der Reichsleitung im Juli 1914 und - teilweise mit der ersten Frage verquickt - ob das Kaiserreich den Krieg nun fahrlässig oder vorsätzlich verursacht hat, wobei oft noch zwischen Lokal-, Kontinental- und Weltkrieg differenziert wird [vgl. z.B. Geiss 1991, S. 324].

Fischer argumentierte in seinen Werken „Griff nach der Weltmacht“ (1961), „Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914“ (1969) und „Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945“ (1979) in etwa wie folgt: Trotz des steilen wirtschaftlichen Aufschwungs seit 1896 sammelte sich in der Mentalität der deutschen Bevölkerung (vermittelt durch Schule, Kirche und Publizistik), besonders in den führenden Schichten, Unzufriedenheit und Aggressivität an, „die sich summieren lassen unter dem Schlagwort des erstrebten Aufstiegs Deutschlands zu einer Weltmachtstellung über die bisher erreichte europäische Großmachtstellung hinaus“ [Fischer 1998b, S. 22]. Diese vor und während des Ersten Weltkrieges entstandenen machtpolitischen Zielsetzungen und Mentalitäten lebten weiter und trugen schließlich dazu bei, Hitler an die Macht zu bringen. Die expansiven, aggressiven und zugleich innenpolitisch autoritären Elemente in der Deutschen Geschichte waren vom Ende des 19. Jahrhundert bis 1945 stärker als die liberal-demokratischen und sozialdemokratischen Kräfte. Die Außenpolitik des Deutschen Kaiserreiches muß zwar als Teil der Politik der Großmächte im Zeitalter des „Imperialismus“ gesehen werden, die Politik der Mächte ist dabei auf vielen Ebenen vergleichbar und bildet ein Netz von Interaktionen. Dennoch „steht das Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II. da als die am meisten Unruhe stiftende, unzufriedene und ungeduldige Macht, die in erster Linie mit dem Mittel der See- und Landrüstung und mit Pressionen in vielen Krisen arbeitete, eine durch Enttäuschungen nur noch gereizter und fordernder auftretende Macht, die sich ‚eingekreist‘ empfand und bestrebt war, diese selbstverschuldete ‚Einkreisung‘ zu sprengen“ [Fischer 1998b, S. 23]. „Es handelte sich bei dem im Juli 1914 von den deutschen Politikern ausgelösten Krieg zweifelsohne nicht um einen Präventivkrieg aus ‚Furcht und Verzweiflung‘, sondern um einen Versuch, bevor die gegnerischen Mächte zu sehr erstarrt waren, diese zu unterwerfen und die deutschen politischen Ziele, die sich unter dem Begriff der Hegemonie Deutschlands über Europa subsumieren lassen, durchzusetzen“ [Fischer 1998, S. 682]. „Schließlich hat das Deutsche Reich eine Politik geführt, die eine Überschätzung und eine Überspannung seiner Kräfte darstellte und zu seinem eigenen und Europas Niedergang führte“ [Fischer 1994, S. 12].

Mit seinem erstmalig 1969 erschienenen Werk „Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 - 1914“ untermauerte Fritz Fischer mit zahllosen Belegen detailliert seine Thesen zum Kriegsausbruch 1914.

Dieses Buch ist der zeitliche Bezugspunkt für die vorliegende Chronik über unsere Stadt. In Fürth war der Rieß Chronik zufolge die Weltpolitik bis Ende Juli 1914 bestenfalls zweitrangig. Im Juli 1914 brechen über unsere Fürther mit Urgewalt die Folgen dessen herein, was verantwortungslose Politiker in Berlin zusammengebraut hatten. Der Verrat am deutschen Volk wird in diesem Bruch deutlich.

IX. Die Schlacht

Sturm und Aderlaß

In den ersten Wochen des Krieges stürmten die deutschen Truppen scheinbar unaufhaltsam vorwärts. Die mit massierten Truppenkonzentrationen vorgebrachten Sturmangriffe gegen gut ausgebaute feindliche Stellungen führte zu schwersten Verlusten. Binnen weniger Tage zählten kriegsstarke ausmarschierte Kompanien (ca. 250 Mann) nur noch 80 Mann und weniger, im folgenden einige Augenzeugenberichte:

„Leute, schreit Hurra, so laut ihr könnt, dann laufen die Franzosen von selbst weg“, so ermunterten die Offiziere die Soldaten. Und sie schrien, wie weiland die Horden Hermanns des Cheruskers geschrien haben mochten, als echte Germanen. Der Gegner verhielt sich indessen völlig ruhig, und mancher der Kameraden mochte wohl wirklich glauben, daß das Geschreie in der Tat die beste Sturmwaffe sei... Bis auf 50 Meter ließen die schlauen Franzosen die irreführten Truppen herankommen. Dann aber brach ein Feuer aus Kanonenschlünden und Gewehrläufen auf die Braven los, daß man glauben konnte, der Weltuntergang sei gekommen. Ein dichter Hagel von Geschossen prasselte in die dichten Reihen der Deutschen hinein. Eine Verwirrung entstand, die die ganzen vorgehenden Regimenter im Nu auseinandersprengte. Alles rannte durcheinander. Offiziere traten mit 8, 10, 12 Mann als den Trümmern ihrer Kompanie den Rückmarsch an. Sie flüchteten bis weit hinter die Front. Jetzt ist alles vorbei, hörte ich einen Leutnant sagen...“

„Wenn die Offiziere nicht so ungewandt, und die Leute nicht so unausgebildet im modernen Infanteriegefecht gewesen wären, könnten solche Verluste vermieden werden. Aber kein Mensch hatte eine Ahnung vom Fechten, alles rannte in dicken Linien in das ... Artillerie- und Maschinengewehrfeuer hinein... Kompagnie- wie Bataillonsführer kommandierten einfach: Schwärmen! und dann lief jeder los, und alles war aufgelöst... Es war zum Rasend werden!“ [Frontalltag im Ersten Weltkrieg, S. 86 f.]

Leutnant Ernst Röhm vom Königl. Bayer. 10. Infanterieregiment berichtete von einem Angriff in Lothringen im August 1914: „Unverdrossen geht's vorwärts: Sprung auf, marsch, marsch! Es muß doch endlich gelingen, den Feind wenigstens zu sehen! Aber so sehr ich immer wieder meine Blicke durch das Fernglas in die feindlichen Hecken bohre, es ist nichts zu erkennen und nichts zu sehen. Aus undurchdringlicher Deckung kommen die feindlichen Geschosse. Ein überwältigendes Infanterie-, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer hält uns nieder. Schwächer und schwächer wird das eigene Infanteriefeuer. Als es in der weiten, langgestreckten Schützenlinie ganz ruhig wird und auch das feindliche Feuer nachläßt, springe ich in die Höhe und rufe den Kameraden zu, aufzustehen. Ich will sehen, wie viele noch kampffähig sind. Wehmütig sagt mir der Hornist, der wie ein Schatten an meiner Seite geblieben ist: ‚Herr Leutnant, es ist niemand mehr da!‘ Und wirklich steht auf der ganzen Frontlinie niemand mehr auf. Nur drei Männer sind noch heil geblieben, alles andere ist tot oder verwundet.“ [Storz, S. 252].

Nach der Marneschlacht im September 1914 waren die Gefechtsstärken der deutschen Armeen in Ost und West um bis zu 50 Prozent gesunken. Bei den anderen Kriegführenden sah es zwar nicht viel besser aus, nur waren die Auswirkungen für die in einem 500 Kilometer reichenden Offensivstoß befindliche deutsche Armee gravierender: die Offensivkraft erlahmte.

Den traurigen Rekord stellte Österreich-Ungarn auf, das bis zur Jahreswende einen „Gesamtabgang“ von 1.250.000 Mann zu beklagen hatte, und das bei einer Stärke des Heeres zu Kriegsbeginn von 1.500.000 Soldaten! Zwar konnten rein zahlenmäßig die Lücken geschlossen werden, die Verluste an ausgebildeten und qualifizierten Führungspersonal wogen zumindest für die Kriegführung schwerer.

Taktik und Desaster

Das ebenso unerwartete wie allseitige Weltkriegsdesaster der Kriegführung hatte seine wesentliche Ursache in der ungleichen Entwicklung von Technik und militärischer Taktik. In den letzten 30 Jahren vor dem Krieg häuften sich neue Erfindungen in der Waffentechnik, deren Folge für die Zeitgenossen schwer zu beurteilen waren. Rauchschwaches Pulver, kleinkalibrige Mehrladegewehre, Schnellfeuergeschütz, Maschinengewehr, Flugzeuge und vieles mehr verdichteten sich zu einer „kritischen Masse“, deren Verhalten sich ohne das „große Experiment“, das im Sommer 1914 losbrach, einfach nicht zu beurteilen war. Sowohl die deutsche wie die französische Armeeführung versuchten die immer stärkere Gewichtung der Technik in ihrem Metier zu ignorieren bzw. abzuwerten, dagegen den Willen und den Angriffsgedanken in den Vordergrund zu stellen: „In den letzten Vorkriegsjahren hatte die Entfaltung der Kriegstechnik ein Ausmaß erreicht, das es objektiv außerordentlich schwer machte, richtig zu reagieren. Die Betonung der Kampfmoral bot sich zur Relativierung der durch die Technisierung der Rüstung hervorgerufenen Probleme an. Die ‚Moral‘ besaß den großen Vorzug, daß die zu ihrer Entwicklung notwendigen Mittel wie Erziehung und Ausbildung den Militärapparaten zur Verfügung standen, während hohe Verluste unter den ausgezeichneten Möglichkeiten des Personal-

ersatzes, wie sie die allgemeine Wehrpflicht bot, tragbar erschienen.“ [Storz, S. 271].

Das Besondere an den Militärdoktrinen in Frankreich und Deutschland war nicht die Ausrichtung auf die Offensive, sondern deren einzigartige Übersteigerung, die taktische Vernunft kam dabei praktisch abhanden. Nicht zuletzt spielte dabei die weltanschauliche Prägung des Sozialdarwinismus in Deutschland insgesamt sowie in Frankreich beim Offizierskorps eine Bedeutung. Dem Kriegshandwerk bot der Sozialdarwinismus eine neue, quasi wissenschaftliche Legitimation: „Modernisierungsbewußtsein verband sich aber im weltanschaulichen Kontext der militärischen Fachleute mit der Betonung des vitalen Elements der Kriegsführung und führte so auf einen Weg, der angesichts einer beispiellosen Entwicklung der Waffentechnik auf ungeheure Blutbäder zuleitete. Nirgends waren die Militärführungen bereit anzuerkennen, daß die ungleich kräftige Entwicklung von Feuerkraft und Bewegung einen konventionellen Overkill herbeigeführt hatte, der das Kriegführen im angestrebten Sinn [offensiver Bewegungskrieg; Anm. A.M.] tatsächlich unmöglich machte. Der Sieg konnte nur noch mit Opfern erkämpft werden, die auch nach Maßstäben der Zeit in gar keinem Verhältnis mehr zum Gewinn standen... In der Lehre vom Leben als Kampf ums Dasein und dem Glauben an die züchtende Wirkung eines harten Kampfes besaß der Wille, bis zum Äußersten zu kämpfen, eine weltanschauliche Begründung, eine Theorie. Dieser Wille verlieh den Generälen einen erstaunlichen Gleichmut gegen die Leiden ihrer Soldaten, und diesen Soldaten gab er die Kraft, Leiden zu ertragen, die die Grenzen des Vorstellbaren überschreiten.“ [Storz, S. 273 f.].

Der Schlieffenplan

In Deutschland glaubten die Militärs mit dem überarbeiteten Schlieffenplan die militärisch und politische Herrschaft über den Kontinent erringen zu können. Obwohl schon im Frühjahr 1914 eine Pressekampagne gegen Rußland lief und auch in der Julikrise 1914 Rußland als der Kriegsverursacher hingestellt wurde, begann Deutschland den Krieg mit einer Offensive gegen Frankreich. Hinter der Pressekampagne im Frühjahr 1914 und der Provozierung der russischen Mobilmachung in der Julikrise „stand die Berechnung, daß die Sozialdemokratie, ihrer antizaristischen Tradition gemäß, sich nur an einem Deutschland von Rußland aufgezwungenen Krieg beteiligen würde und daß England in einem Krieg, in dem Rußland als Aggressor erschien, neutral bleiben würde.“ [Fischer 1998, S. 565]. England und praktisch die gesamte Weltöffentlichkeit ließen sich nicht täuschen, wohl aber die braven Sozialdemokraten.

Während vorherige Operationspläne für den Fall eines Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und Rußland das Schwergewicht auf die Ostfront legten, im Westen weitgehend Defensivtaktiken einplanten und mit einem längeren Kriege rechneten, ließ sich der dritte Generalstabschef der preußisch-deutschen Armee, Graf Schlieffen, von der Lieblingsschlacht aller Militärs zu einer schicksalhaften Wendung verleiten: die Schlacht von Cannae 216 v. Chr., in der Hannibal die Römer in einer klassischen Einkreisungsschlacht vernichtend schlug. Schlieffen schrieb über die Schlacht von Cannae eine Abhandlung und auch heutige Militärs liebäugeln mit einem solch „glänzenden“ Erfolg, wie sich beispielsweise im Golfkrieg 1991 zeigte, wobei im letzteren Fall die Politik dies verhinderte.

Der später im Detail mehrfach überarbeitete Schlieffenplan stürzte nun die realistischen Planungen seiner Vorgänger völlig um: Die Kriegsentscheidung sollte in der Anfangsphase im Westen gesucht werden. Sieben Deutsche Armeen (1,6 Millionen Mann) sollten im Westen angreifen; der Schutz der Ostgrenze blieb - in der Hoffnung auf die langsame russische Mobilmachung - einer einzigen Armee und vor allem dem österreich-ungarischen Verbündeten anvertraut (vgl. hierzu oben - Kap. III - die Überlegungen, wie man Österreich-Ungarn „bei der Stange halten“ könnte). Das Heer sollte dabei die französische Festungsfront (westlich Elsaß-Lothringen) umgehen und unter Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität südöstlich an Paris vorbei das Gros des französischen Feldheeres, das grenznah im französischen Festungsgürtel vermutet wurde, in seinem Aufmarschgebiet einkesseln und vernichten. Nach nur fünf Wochen sollte diese Operation abgeschlossen, Frankreich nach dem Verlust seines Feldheeres wehrlos daliegen und die Truppen zur Unterstützung gegen die Russen an die Ostfront geworfen werden. Daß die Verletzung der belgischen Neutralität den britischen Kriegseintritt unvermeidlich herbeiführen würde, hatte schon Bismarck erkannt und einen solchen Schritt als „kompletten Blödsinn“ bezeichnet; Reichskanzler Bethmann Hollweg gab sich in dieser wie in vielen anderen Fragen gefährlichen Illusionen hin. Schlieffen erhielt für seinen Plan die Zustimmung der beiden Kanzler seiner Amtszeit, Hohenlohe und Bülow, und auch Moltke erhielt sie von Bethmann Hollweg. Letzterer bestritt nach dem verlorenen Krieg die Möglichkeit einer erfolgreichen Geltendmachung politischer Gesichtspunkte gegenüber den militärischen, wobei zu bezweifeln bleibt, ob Einsicht und Wille überhaupt vorhanden waren. [Afflerbach, S. 281 f.; Fischer 1998, S. 567 f.].

„Das Entscheidende im Schlieffenplan war die Idee einer Vernichtungsschlacht, die eine feindliche Armee mit einem Schlag ausschalten sollte, und der damit verbundene Gedanke eines Totalsieges... Aus der Vorstellung des einen großen abschließenden Entscheidungskampfes ist zu erklären, daß Schlieffen sich nicht mit einem

Aufmarschplan und generellen Anweisungen für erste Operationen begnügte, sondern einen Vormarschplan mit den genauesten Marschzielen für die deutschen Armeen entwarf, festgelegt für jeden einzelnen Tag - ohne die Gegenzüge der Belgier, Engländer und Franzosen und mögliche Friktionen einzukalkulieren -, und zwar so, daß an einem bestimmten Tag jene Umzingelung erreicht würde“ [Fischer 1998, S. 568 f.]. Diesen Kerngedanken übernahm Generalstabschef Moltke und glaubte den Österreichern auf das Datum genau eine Zusage machen zu können, wann spätestens die deutsche Armee im Osten erscheinen würde.

Der Blitzfeldzug, der 1940 ohne weiteres gelang, stand 1914 aus verschiedenen Gründen unter einem wesentlich ungünstigeren Stern wie 26 Jahre später. Ich möchte vor allem die schon oben angeführte ungleiche Entwicklung von Beweglichkeit und Feuerkraft anführen, die den Verteidigern einen ganz erheblichen Vorteil gaben. 1939 und 1940 griffen die Franzosen Deutschland nicht an, weil sie aus dem Ersten Weltkrieg eine Lehre gezogen hatten: „Wer angreift, verliert“. Nur hatte sich inzwischen das Ungleichgewicht von Feuerkraft und Beweglichkeit durch die Motorisierung, durch - auf deutscher Seite taktisch richtig geführte - Panzer (1940 direkter Angriff im massiven Stoßkeil zwischen Sedan und Namur, kein riskanter und zeitraubender, großräumiger Umfassungsversuch à la Schlieffenplan), verbesserte Funkkommunikation und durch die Luftwaffe wieder zur anderen Seite geneigt

Im Ersten Weltkrieg jedoch fehlte dies alles und so war der Schlieffenplan wahrscheinlich von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es wäre selbst bei noch so günstigen Gefechtsverlauf meiner Meinung nach nicht möglich gewesen, die doch ganz erheblichen Entfernungen ohne Motorisierung schnell genug zu bewältigen, um die französische Armee einzukesseln zu können (Hitlers Panzer stießen dagegen im Frankreichfeldzug 1940 bis zu 90 Kilometer täglich vor). Britische Militärs äußerten sich zum Schlieffenplan ähnlich: „...der Plan hätte vielleicht in napoleonische Zeit gepaßt, aber jetzt seien die Franzosen in der Lage gewesen, Truppen mit der Eisenbahn entlang der Sehne des ‚Sichelschwungs‘ hinter der Front zu verschieben, und deshalb habe er in moderner Zeit nur geringe Aussichten auf Erfolg gehabt. 1914 versagte der Schlieffenplan aus logistischen Gründen. Der Vorstoß deutscher Infanterie und bespannter Verbände wurde durch zerstörte Brücken und Eisenbahnlinien aufgehalten, während die Franzosen auf der Eisenbahn schneller waren.“ [Montgomery, S. 463]. Abgesehen davon war die Armee des Kaiserreiches für eine so gewaltige Kesselschlacht einfach zu schwach, entgegen der Konzeption Schlieffens wurde durch Moltke das Stärkeverhältnis zwischen dem rechten und dem linken Angriffsflügel von 7 zu 1 auf 3 zu 1 verändert, da Moltke einen Durchbruch der Franzosen in Lothringen und eine Umfassung der eigenen Armee befürchtete. Sicherlich ein nicht unberechtigter Gedanke, aber wenn man sich schon auf so einen irrwitzigen Plan einläßt, dann hätte meiner Meinung nach alles auf eine Karte gesetzt werden müssen. Nicht zuletzt die ungenügende Flankensicherung des rechten Flügels brachte den Plan zum Scheitern. Es ist zudem für mich im nachhinein unbegreiflich, wie der Generalstab im August 1914 glauben konnte, - allerdings schon in Abänderung des Planes - an einem Ballungszentrum wie Paris vorbeistoßen zu können, ohne einen massiven Flankenangriff von dort erwarten zu müssen.

Die Fixierung auf den Totalsieg und der daraus resultierende Schlieffenplan waren ein Grund dafür, wieso der Krieg vom deutschen Reich ausgelöst wurde: „Wenn schon diese Konzeption und diese Maximen dem Krieg gegen Frankreich den Charakter eines Blitzfeldzuges gaben, so wurde seine Auslösung um so zwingender und drängender, je mehr sich die Vorbereitungszeit der russischen Mobilmachung durch technische und organisatorische Maßnahme ständig zu verkürzen drohte“. [Fischer 1998, S. 569 f.]. Letzteres hätte die gewaltsame Revision der erfolglosen deutschen Außenpolitik bis 1914 genauso unmöglich gemacht wie eine angesichts der Kräfteverhältnisse realistische Defensivstrategie, womit dies nicht in Frage kam.

Die deutschen „Schachzüge“ in der Julikrise 1914 waren „ein gescheitertes, gigantisches, stümperhaftes diplomatisches Erpressungsmanöver“ [Afflerbach, S. 280], um durch eine massive Kriegsdrohung und/oder - aus Sicht bestimmender Kreise die bessere Lösung - durch einen Krieg die Hegemonie in Europa zu erreichen. Bethmann Hollweg glaubte, der Einschätzung des Generalstabes folgend, zumindest den Kontinentalkrieg gegen Frankreich und Rußland leicht gewinnen zu können: Generalstabschef „Moltke und dem Generalstab ist der Vorwurf zu machen, die militärischen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erheblich überschätzt zu haben und im blinden (auch von vielen hohen Offizieren kritisierten) Vertrauen auf das Gelingen des Schlieffenplans der Politik einen scheinbar sicheren Sieg versprochen zu haben, statt vor dem Krieg mit einer weit überlegenen Gegnerkoalition dringend zu warnen und die politische Führung zu Bemühungen um politischen Ausgleich zu zwingen.“ [Afflerbach, S. 284].

Gleich aus welchen Gründen Schlieffen seinen Plan so fatal erdachte: Die militärische realistische Defensivstrategie war aus politischen Gründen 1914 für die deutsche Reichsleitung indiskutabel, da mit ihr die erwünschte Revision der Außenpolitik und die deutsche Hegemonie eben nicht möglich war. Reichskanzler Bethmann Hollweg fiel der Griff zu militärischen Mitteln verhältnismäßig leicht. Er wurde „durch das hybride

Selbstvertrauen der verantwortlichen Militärs in die Unbesiegbarkeit der preußisch-deutschen Armee geradezu dazu verführt“ [Afflerbach, S. 284], den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu wählen. Das bewußte Ausspielen der militärischen Option brachte die diplomatische Katastrophe: England auf Seiten der Gegner; der Bündnispartner Italien die Bündnishilfe verweigernd mit Hinweis auf den defensiven Charakter der Allianz, Belgien den Durchmarsch nach Frankreich verwehrend und tapfer gegen die weit überlegenen Invasoren kämpfend; die Weltöffentlichkeit fast vollständig gegen Deutschland und Österreich mobilisiert. Der deutsche Diplomat Fürst Hatzfeld sagte kurz nach Kriegsausbruch zum bayerischen Bundesratsbevollmächtigten in Berlin, Graf Lerchenfeld: „Wenn unser Auswärtiges Amt es sich zur Aufgabe gesetzt hat, alle Gegner Deutschlands zu gleicher Zeit vor die Klinge zu bringen, so hat es diese Aufgabe glänzend gelöst.“ [Afflerbach, S. 285]. Diese diplomatische Katastrophe blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Aussichten, den Krieg zu gewinnen.

Nach Paris!

Dennoch: In den ersten Wochen schien alles nach Plan zu klappen. Die deutschen Armeen stürmten scheinbar unaufhaltsam durch Belgien Richtung Paris, die französische Regierung wich schon nach Bordeaux aus (3.9.1914). Mit den Erfolgen der Anfangswochen wurden in Deutschland die abenteuerlichsten Annexionsforderungen wach, die Bethmann Hollweg sogleich mit einer Denkschrift quasi zum Regierungsprogramm machte (Septemberprogramm vom 9.9.1914), um mit einer weiteren Illusion das politische Unvermögen der Deutschen Reichsleitung zu überdecken. Diese Annexionsforderungen brachten bis Kriegsende die deutschen Friedensbemühungen in eine Sackgasse. Im Osten konnten die deutschen Truppen trotz zahlenmäßig hoher Überlegenheit der Russen die Front weitgehend halten und brachten dem Zaren empfindliche Niederlagen bei („Schlacht von Tannenberg“ vom 26. bis 30.8.1914 - benannt in Erinnerung an die verlorene erste Schlacht bei Tannenberg am 15. Juli 1410 des Deutschen Ritterordens gegen die Polen - sowie Schlacht an den Masurischen Seen). Die Österreicher scheiterten dagegen in Serbien (21.8.1914) und erlitten in Galizien bei Lemberg eine empfindliche Niederlage. Österreichische Forderungen nach deutscher Entlastung gegen Rußland wurden laut. Entsprechend dem Schlieffenplan sollte diese Entlastung nach der Niederwerfung von Frankreich sechs Wochen nach Kriegsbeginn erfolgen.

Am 30. August 1914 drangen die deutschen Truppen über die Marne vor und bedrohten Paris. Den deutschen Armeen gelang aber zuvor an keiner Stelle ein Umfassung und Vernichtung gegnerischer Truppen im größeren Maßstab. Den Franzosen gingen, wie es der deutsche Heeresstab gehofft hatte, in Nordostfrankreich zur Hauptoffensive vor. Bis zum 24. August hatten sie hier schwere Verluste und mußten sich hinter die Grenze zurückziehen, sie konnten aber die Front im Süden an ihrer Festungslinie halten und ein Teil der Truppen nach Norden zur Verstärkung ihres linken Flügels gegen den deutschen Umfassungsversuch aus Belgien abziehen. Hätte die deutsche Armee in einer List dem Angriff in Lothringen zunächst flexibel nachgegeben, dann wäre der französische Oberbefehlshaber General Joffre vielleicht doch in die Falle des Schlieffenplans gelaufen. Eine ähnliche Meinung vertritt der spätere britische Feldmarschall Montgomery: „Daß er [Joffre] die Schlacht an der Marne gewann, war reines Glück... nur weil er in Lothringen versagte, konnte er die Deutschen im letzten Augenblick aufhalten, nach dem sie schon fast in den Rücken seiner Truppen marschiert waren.“ [Montgomery, S. 471]. Ein flexibles Nachgeben lag jedoch im August 1914 außerhalb des Vorstellungsvermögens des deutschen Generalstabes.

Durch die zunehmende Frontausdehnung schwand der Überraschungseffekt der deutschen Offensive, auch die zahlenmäßige Überlegenheit des rechten deutschen Flügels ging mit der Dehnung verloren, die Verbindungslinien der Deutschen wurden immer länger, jene der Franzosen immer kürzer. Obwohl der deutsche Schwenkungsflügel riesige Verluste hinnehmen mußte, befahl die Oberste Heeresleitung am 27. August 1914, die große Umfassung bis zum Westen von Paris weiter fortzusetzen. Die auseinandergezogene deutsche Front drohte Ende August zu zerreißen, der rechte Flügel mußte aufgrund von Gegenangriffen die Stoßrichtung ändern und nach Süden und Südosten einschwenken, die Einkreisung von Paris wurde am 30. August aufgegeben. Die in Luxemburg stationierte Oberste Heeresleitung verlor inzwischen den Überblick über die operative Lage, vor allem fehlte jegliche Fernsprecheverbindung zum bedrohten rechten Flügel. Der technisch unzureichende Funkverkehr konnte dies nicht wettmachen, die Fliegermeldungen blieben oft ungenutzt.

Die 1. Armee (320.000 Soldaten) versuchte mit Gewaltmärschen doch noch die britische Expeditionsarmee einzuschließen und vernachlässigte dabei den Flankenschutz des gesamten deutschen Vorstoßes gegenüber dem westlich liegengelassenen Paris. Die Abgabe von 2 Korps an die Ostfront, zurückgelassene Belagerungstruppen, Marsch- und Kampfverluste und Versorgungsschwierigkeiten verursachten Stockungen, die 1. Armee hatte unter schweren Kämpfen über 500 Kilometer zurückgelegt. Am 6. September begann die französische Offensive gegen die offene Flanke der deutschen Armee („Schlacht an der Marne“). Unter anderem brachten 700 Taxis die Soldaten vom Pariser Stadtrand an die Front.

„Wunder an der Marne“

Die deutsche 1. Armee, die trotz gegenteiliger Weisung noch am 5. September 1914 südlich der Marne vorgestoßen war, mußte sich in zweitägigen Gewaltmärschen zurückziehen und verursachte durch ihre plötzliche Kehrtwendung eine etwa 40 Kilometer breite Lücke zwischen der 1. und 2. deutschen Armee, in die starke französische und britische Kräfte gegen Mittag des 8. Septembers 1914 hineinstießen, der Zusammenhang der deutschen Front war zerrissen, die Gefahr eines operativen Durchbruches und einer Umfassung der deutschen Armeen wuchs Stunde um Stunde, es drohte die Abschnürung und Vernichtung einzelner deutscher Heeresteile, ein fluchtartiger Rückzug und schlimmstenfalls sogar eine rückwärtige Umfassung des gesamten deutschen Westheeres. Die deutschen Armeen waren nach ihrem rasanten Vormarsch über 500 Kilometer am Ende ihrer Kräfte. Der zum Oberkommando der 1. und 2. Armee entsandte Oberstleutnant Hentsch gab den Rückzugsbefehl.

Die 1. und die 2. Deutsche Armee mußten die Schlacht abbrechen und sich zurückziehen, die restlichen Angriffsarmeen folgten. Die deutschen Truppen konnten sich jedoch nach ihrem Rückzug an der Aisne eingraben und wieder eine zusammenhängende, widerstandsfähige Front aufbauen. Am 17. September kam der französische Gegenangriff zum Erliegen.

In Frankreich wurde dieser deutsche Rückzug später als „Wunder an der Marne“ bezeichnet, in Deutschland fand der Befehl schärfste Kritik: „Operativ war der Rückzugsbefehl richtig und zwingend notwendig, seine psychologischen Auswirkungen waren indes fatal. Das deutsche Heer war zum Stehen gebracht, der Glaube an seine Unbesiegbarkeit zumindest im Ausland nachhaltig geschädigt; im Inland verhinderte die Pressezensur eine zu negative Auswirkung der Geschehnisse. Im übrigen wäre der Unbesiegbarkeitsmythos, wäre der Rückzug nicht durchgeführt worden, durch eine weit nachhaltigere Niederlage der deutschen Truppen bald noch viel gründlicher zerstört worden. Der Schlieffenplan war gescheitert, da die anderen Armeen dem Rückzug der 1. und 2. Armee folgen mußten. Die Einschnürung des französischen Heeres an der Ostgrenze war mißlungen, Moltke erlitt einen Nervenzusammenbruch und wurde als Generalstabschef durch den bisherigen preußischen Kriegsminister Erich v. Falkenhayn ersetzt“. [Afflerbach, S. 286]. Zunächst hielt Falkenhayn am bisherigen Konzept fest, demzufolge die Entscheidung zuerst im Westen gesucht werden sollte.

Langemarck

Jetzt begann das Wettrennen nach Norden, bei dem beide Seiten aneinander zu überflügeln suchten, die Fronten wurden ausgehend von der Aisne bis nach Nieuport an der Nordsee verlängert. In Nordfrankreich versuchten die Gegner in den ersten Oktoberwochen 1914 wieder den Bewegungskrieg einzuleiten, wobei die deutschen Truppen unter schweren Verlusten einige Erfolge verbuchen konnten (Einnahme von Lille, Gent, Brügge und Ostende), ohne jedoch den Durchbruch zu erreichen. Danach verlegte sich der Schwerpunkt der Kämpfe weiter in den Norden nach Flandern, der englische Nachschub über Dünkirchen und Calais sollte unterbrochen werden. Bei Ypern entwickelten sich erbitterte Gefechte (20. Oktober bis 18. November 1914). In aller Eile aufgestellte deutsche Reservekorps erlitten bei Langemarck und Ypern verheerende Verluste. Ungenügend ausgebildete und von Reserveoffizieren ohne Fronterfahrung geführte junge Soldaten gingen hier zu Zehntausenden in den Tod, ohne irgendein nennenswertes Ziel zu erreichen. [Unter den 260 Verletzten aus Ypern, die am 21. November 1914 in Fürther Lazarette eingeliefert wurden, befand sich auch ein 15jähriger, der am 12. Dezember 1914 starb (vgl. Kap. XV)]. Dennoch entstand aus einem Kommuniké der OHL (Obersten Heeresleitung) der Langemarck-Mythos: „Westlich von Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Linien vor und nahmen sie.“ Die erstaunliche Leerstelle des Textes, Tod, wurde zum ersten Jahrestag 1915 aufgefüllt, so ein Zeitungskommentar (Deutsche Tageszeitung) vom 11. November 1915: „Der Tag von Langemarck wird in alle Zeiten ein Ehrentag der deutschen Jugend bleiben... Wohl fielen an ihm ganze Garben von der Blüte unserer Jugend...; aber den Schmerz um die tapferen Toten überstrahlt doch der Stolz darauf, wie sie zu kämpfen und zu sterben verstanden.“ [zit. nach Hüppauf, S. 56 f.]. Und, für die Fragestellung von Kapitel X des vorliegenden Buches („Das deutsche Volk auf den Weg zum willigen Vollstrecker Hitlers“) von besonderer Bedeutung: „Das Entstehen des Langemarck-Mythos ist das erste bedeutende Beispiel verschiedener erfolgreicher Versuche in diesem Krieg, militärische Niederlagen in moralische Siege umzudeuten“ [Hüppauf, S. 58]. Da mit den „jungen Regimentern“ auch zahlreiche Studenten in den Tod gingen, gab und gibt es in vielen Universitätsstädten einen „Langemarck-Platz“, in unserer Nachbarstadt Erlangen heißt der Platz vor der zentralen Mensa heute noch so. Dabei war Flandern in jenen Tagen - die Ortschaft Langemarck wurde wohl wegen des deutschen Klanges eher künstlich in den Vordergrund geschoben - für die vielen kriegsbegeisterten Studenten ein Ort des Grauens, der Zerstörung und des Todes, für die meisten auch ein Ort des Übergangs

vom frühen Enthusiasmus zu Enttäuschung und Verzweiflung, so ein Brief eines Studenten der Universität Gießen vom 28. Oktober 1914: „Mit welcher Freude, welcher Lust bin ich hinausgezogen in den Kampf, der mir als die höchste Gelegenheit erschien, Lebensdrang und Lebenslust sich austoben zu lassen. Mit welcher Enttäuschung sitze ich hier, das Grauen im Herzen“. [zit. nach Hüppauf, S. 58 f.].

[obige Schilderung des Kriegsgeschehens – sofern nicht anders angegeben – nach Piekalkiewicz, S. 59 ff., Afflerbach, S. 284 ff. und Montgomery, S. 463 ff.].

„Im Westen nichts Neues“

Alle Durchbruchversuche beider Seiten schlugen 1914 fehl, eine über 700 Kilometer lange Front von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze erstarrte im Stellungskrieg, an den Frontabschnitten lagen die vordersten Gräben oft kaum 50 Meter von den feindlichen Stellungen entfernt.

„Granattrichter von 3 m Tiefe und 10-12 m Durchmesser liegen vor und hinter den Geschützständen, – es ist eine richtige Wildnis. Und so wie in unserer Feuerstellung, so sieht es in dem ganzen, großen, herrlichen Eichenwald aus. Seit 10 Tagen haben wir zum ersten Mal dauernd Sonnenschein, da läßt sich alles noch ertragen, aber grausig waren die ersten Wochen mit ihrem unaufhörlichen Regen, der alles ringsum in Sumpf verwandelte. Man konnte keine 10 Schritt weit gehen, ohne daß man bis an die Knie versank... So tobten wir durch die Gegend, ewig im schwersten Feuer, ohne jede Deckung. Alle Augenblicke warf man sich hin, wo man stand und ging, um nicht getroffen zu werden, von oben bis unten mit dicker feuchter Lehmkruste bedeckt, suchten wir abends ein Stündchen Schlaf in den Unterständen, in denen das Wasser stand. Vor Ungeziefer und Nässe und Kälte konnten wir nicht schlafen, stürzten ans Geschütz und lösten die todmüden Kameraden ab, nur daß wir warm wurden... Und dann kamen die Tage, an denen uns die Franzosen entdeckt hatten, als die Geschütze Volltreffer bekamen, als alles half und einsprang und daneben lagen und brüllten vor Schmerzen die halbverkohnten Kameraden und keiner konnte helfen...“ [Frontalltag ..., S. 90 f.]

„Es soll eine Patrouille ausgeschildt werden, um festzustellen, wie weit die feindliche Stellung noch besetzt ist... Wir verabreden den Plan, schleichen durch den Draht und trennen uns dann, um einzeln vorzukriechen. Nach einer Weile finde ich einen flachen Trichter, in den ich mich hineingleiten lasse. Von hier luge ich aus.

Das Gelände hat mittleres Maschinengewehrfeuer. Es wird von allen Seiten bestrichen, nicht sehr stark, aber immerhin genügend, um die Knochen nicht allzu hoch zu nehmen.

Ein Leuchtschirm entfaltet sich. Das Terrain liegt erstarrt im fahlen Licht da. Um so schwärzer schlägt hinterher die Dunkelheit darüber zusammen...

Neben mir zischt eine kleine Granate ein. Ich habe sie nicht kommen gehört und erschrecke heftig. Im gleichen Augenblick faßt mich eine sinnlose Angst. Ich bin hier allein und fast hilflos im Dunkeln - vielleicht beobachten mich längst aus einem Trichter hervor zwei andere Augen, und eine Handgranate liegt wurffertig bereit, mich zu zerreißen. Ich versuche mich aufzuraffen...

Ich mache mir klar, daß meine Aufregung Unsinn ist, daß im Dunkel wahrscheinlich gar nichts lauert, weil sonst nicht so flach geschossen würde.

Es ist vergeblich: Im wirren Durcheinander summen mir die Gedanken im Schädel ... ich sehe quälend, scheußlich in meiner Einbildung eine graue gefühllose Gehörmündung, die lauernd lautlos mitgeht, wie ich auch den Kopf zu wenden versuche: mir bricht der Schweiß aus den Poren.

Immer noch liege ich in meiner Mulde. Ich sehe auf die Uhr; es sind erst wenige Minuten vergangen. Meine Stirn ist naß, meine Augenhöhlen sind feucht, die Hände zittern, und ich keuche leise. Es ist nichts anders als ein furchtbarer Angstanfall, eine einfach gemeine Hundeangst davor, den Kopf hervorstrecken und weiterzukriechen.

Wie ein Brei zerquillt meine Anspannung zu dem Wunsch, liegenbleiben zu können. Meine Glieder kleben am Boden, ich mache einen vergeblichen Versuch - sie wollen sich nicht lösen...

Ich erhebe mich ein wenig, um Ausschau zu halten. Meine Augen brennen, so starre ich in das Dunkel. Eine Leuchtkugel geht hoch; - ich ducke mich wieder... ich erhebe mich langsam und stemme die Arme vor, ziehe den Rücken nach und liege jetzt halb auf dem Rande des Trichters.

Da vernehme ich Geräusche und zucke zurück. Man hört trotz des Artillerielärms verdächtige Geräusche. Ich lausche – das Geräusch ist hinter mir. Es sind Leute von uns, die durch den Graben gehen...

Vorsichtig gleite ich über den Rand und schlängele mich vorwärts. Auf allen vieren schlurfe ich weiter; es geht gut, ich peile die Richtung an, schaue mich um und merke mir das Bild des Geschützfeuers, um zurückzufinden. Dann versuche ich Anschluß an die andern zu bekommen.

Immer noch habe ich Angst, aber es ist eine vernünftige Angst, eine außerordentlich gesteigerte Vorsicht. Die Nacht ist windig, und Schatten gehen hin und her beim Aufflackern des Mündungsfeuers. Man sieht dadurch wenig und zu viel. Oft erstarre ich, aber es ist immer nichts. So komme ich ziemlich weit vor und kehre im Bogen wieder um. Den Anschluß habe ich nicht gefunden. Jeder Meter näher zu unserem Graben erfüllt mich

mit Zuversicht - allerdings auch mit größerer Hast. Es wäre nicht schön, jetzt noch eine verpaßt zu kriegen. Da durchfährt mich ein neuer Schreck. Ich kann die Richtung nicht mehr genau wiedererkennen. Still hocke ich mich in einen Trichter und versuche mich zu orientieren... Das Trichtergewirr erscheint mir jetzt so unübersichtlich, daß ich vor Aufregung überhaupt nicht mehr weiß, wohin ich mich wenden soll. Vielleicht krieche ich parallel zu den Gräben, das kann ja endlos dauern. Deshalb schlage ich wieder einen Haken... Eine Granate knallt. Gleich darauf zwei andere. Und schon geht es los. Ein Feuerüberfall. Maschinengewehre knattern. Jetzt gibt es vorläufig nichts anderes, als liegenzubleiben. Es scheint ein Angriff zu werden. Überall steigen Leuchtraketen. Ununterbrochen.

Ich liege gekrümmt in einem großen Trichter, die Beine im Wasser bis zum Bauch. Wenn der Angriff einsetzt, werde ich mich ins Wasser fallen lassen, so weit es geht, ohne zu ersticken, das Gesicht im Dreck. Ich muß den toten Mann markieren.

Plötzlich höre ich, wie das Feuer zurückspringt. Sofort rutsche ich nach unten ins Grundwasser, den Helm ganz im Genick, den Mund nur soweit hoch, daß ich knapp Luft habe.

Dann werde ich bewegungslos; - denn irgendwo klirrt etwas, es tappt und tappst näher, - in mir ziehen sich alle Nerven eisig zusammen. Es klirrt über mich hinweg, der erste Trupp ist vorbei. Ich habe nur den einen zersprengenden Gedanken gehabt: Was tust du, wenn jemand in deinen Trichter springt? - Jetzt zerre ich rasch den kleinen Dolch hinaus, fasse ihn fest und verberge ihn mit der Hand wieder im Schlamm...

Nun schießen unsere Batterien. In meiner Nähe schlägt es ein. Das macht mich irrsinnig wild, es fehlt mir noch, daß mich die eigenen Geschosse treffen; ich fluche und knirsche in den Dreck hinein; es ist ein wütender Ausbruch, zuletzt kann ich nur noch stöhnen und bitten...

Die Maschinengewehre knarren... Sie kommen nicht durch, sie müssen zurück. Ich sinke wieder zusammen, gespannt bis zum Äußersten. Das Klappern und Schleichen, das Klirren wird hörbar. Ein einzelner Schrei gellend dazwischen. Sie werden beschossen, der Angriff ist abgeschlagen.

Es ist noch etwas heller geworden. An mir vorüber hasten Schritte. Die ersten. Vorbei. Wieder andere. Das Knarren der Maschinengewehre wird eine ununterbrochene Kette. Gerade will ich mich etwas umdrehen, da poltert es, und schwer und klatschend fällt ein Körper zu mir in den Trichter, rutscht ab, liegt auf mir - Ich denke nichts, ich fasse keine Entschluß - ich stoße rasend zu und fühle nur, wie der Körper zuckt und dann weich wird und zusammensackt. Meine Hand ist klebrig und naß, als ich zu mir komme.

Der andere röchelt...

Es wird heller, grauer, früher Tag... Ein Mann mit einem kleinen Schnurrbart liegt da, der Kopf ist zur Seite gefallen, ein Arm ist halb gebeugt, der Kopf drückt kraftlos darauf. Die andere Hand liegt auf der Brust, sie ist blutig...

Da schlägt er die Augen auf. Er muß mich noch gehört haben und sieht mich mit einem Ausdruck furchtbaren Entsetzens an. Der Körper liegt still, aber in den Augen ist eine so ungeheure Flucht, daß ich einen Moment glaube, sie würden die Kraft haben, den Körper mit sich zu reißen. Hunderte von Kilometern weit weg mit einem einzigen Ruck. Der Körper liegt still, völlig ruhig, ohne Laut jetzt, da Röcheln verstummt, aber die Augen schreien, brüllen, in ihnen ist alles Leben versammelt zu einer unfaßbaren Anstrengung, zu entfliehen, zu einem schrecklichen Grausen vor dem Tode, vor mir...

Der Mund steht halb offen, er bemüht sich, Worte zu formen. Die Lippen sind trocken. Meine Feldflasche ist nicht da, ich habe sie nicht mitgenommen. Aber es ist Wasser in dem Schlamm da unten im Trichter. Ich klettere hinab, ziehe mein Taschentuch heraus, breite es aus, drücke es hinunter und schöpfe mit der hohlen Hand das gelbe Wasser, das hindurchquillt.

Er schluckt es. Ich hole neues. Dann knöpfe ich seinen Rock auf, um ihn zu verbinden. Ich muß es auf jeden Fall tun, damit die drüben, wenn ich gefangen werden sollte, sehen, daß ich ihm helfen wollte, und mich nicht erschießen...“ [Remarque, S. 143 ff.]

X. Das deutsche Volk auf dem Weg zum willigen Vollstrecker Hitlers

Deutsches Sendungsbewußtsein

Der deutsche Schriftsteller Richard Dehmel, ein Wegbereiter des Expressionismus, interpretierte 1916 den Krieg wie folgt: „Um unser höchstes Seelengut geht der Krieg: *unsern Geist* will man niederkämpfen, unsre eigentümliche Kraft, die jene körperlichen Besitztümer in so kurzer Zeit emporwachsen ließ, daß den andern Völkern um ihre Zukunft bangt, um den Machtbereich ihres eigenen Geists. Diese unsre Schaffenskraft will man knebeln.“ [zit. nach Fries, S. 833]. Die Auslegung des Ersten Weltkrieges als einen Vernichtungskampf gegen das überlegene deutsche „Sonderwesen“ („Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“) war eine ideologische Novität und folgenschwer. Der nach dieser Interpretation von den Staaten der Entente aus Haß, Neid und Verzweiflung entfesselte Krieg richtete sich nicht gegen Militär, Ökonomie etc., sondern gegen das alle materiellen Leistungen überhaupt erst ermöglichende Deutschtum. Der Krieg wurde in dieser Interpretation damit aus allen militärischen, ökonomischen und politischen Zusammenhängen herausgelöst und erhielt eine geradezu heilsgeschichtliche Qualität.

Im August 1914 meinte man eine Wiedergeburt des deutschen Wesens erkennen zu können, der Krieg wischte die bedrohliche Dekadenz weg: „Im Rückblick fällt sehr bald ein eklatanter Widerspruch auf zwischen der Idee einer zur geistigen Führung der Welt berufenen deutschen ‚Sonderart‘ und den vielfachen Klagen über eine abgrundtiefe ‚Dekadenz‘ der Jahre vor dem Krieg [vgl. im vorliegenden Buch Kap. XV, 11.3.11; Anm. A.M.]. Für die Zeitgenossen löste sich dieser Widerspruch durch die Auffassung einer unter dem Druck des neuen Krieges eingetretenen ‚Wiedergeburt‘ (Gerhart Hauptmann), des wahren, ‚des alten deutschen Wesens‘ (Rudolf Borchardt). Die allgemeine Überzeugung einer einzigartigen ‚Revolution der deutschen Seele‘ (Otto Ernst) im Moment der Mobilmachung bildet den wohl entscheidenden Schlüssel zum späteren Verstehen der Kriegsbegeisterung vom Herbst 1914... Die ‚Wiedergeburt‘ des deutschen ‚Wesens‘ manifestierte sich in einer schlagartigen Rückbesinnung der Deutschen auf ihre eigentlichen ‚Tugenden‘ und Denkhaltungen. Für Robert Musil gehörten dazu an erster Stelle ‚Treue‘, ‚Mut‘, ‚Unterordnung‘, und ‚Pflichterfüllung‘. Ganz ähnlich bestimmte Hermann Bahr ‚Entsagung, Pflicht und Ehrfurcht‘ als konstitutive Merkmale der deutschen ‚Persönlichkeit““ [Fries, S. 834 f.].

Die Realität

Nahezu alle Deutschen waren in ihrer Vorstellung vom Krieg auf dem Stand von 1871 und früher stehengeblieben. Demgemäß war der Krieg auch als ein „offener, ehrlicher Kampf mit ritterlichen Waffen“ gedacht, der den Teilnehmern Abenteuer, Romantik und persönliches Heldentum bringen würde. Das Erlebnis an der Front zerstörte diese anfänglichen Vorstellungen: „Mut, Tapferkeit und Geschick – alles überflüssig...“ Der Erste Weltkrieg brachte den Soldaten nicht das erhoffte Abenteuer und Heldentum, sondern die verstörende Erfahrung einer völligen Degradierung des einzelnen zum wehrlosen Objekt der Kriegsmaschinerie [Fries, S. 840].

Das Erwachen verschärfte sich ab Anfang September 1914, als die Offensive in Frankreich scheiterte. Generalstabschef Moltke schrieb ahnungsvoll auf dem Höhepunkt der Schlacht an der Marne, am 9. September 1914 an seine Frau: „Es geht schlecht... Der so hoffnungsvoll begonnene Anfang des Krieges wird in das Gegenteil umschlagen... wie anders war es, als wir vor wenigen Wochen den Feldzug so glanzvoll eröffneten... ich fürchte, unser Volk in seinem Siegestaumel wird das Unglück kaum ertragen können.“ [zit. nach Fischer 1998, S. 776]. – Gegen den Rat von Falkenhayn - der v. Moltke als Generalstabschef nach dessen Nervenzusammenbruch ablöste - ließ der Reichskanzler die deutsche Öffentlichkeit nicht über die Bedeutung der Rückschläge an der Marne und vor Ypern unterrichten; mit weitreichenden Folgen vier Jahre später. Nicht zu verheimlichen waren die Engpässe in der Lebensmittelversorgung, die sich ab November 1914 in erheblichen Preissteigerungen niederschlugen (vgl. Kap. XV, Jahresstatistik 1914). Der neue Generalstabschef Falkenhayn wog nach den erfolglosen Flandernschlachten die Perspektiven des Krieges ab und kam zum Ergebnis, daß England, Rußland und Frankreich bei einer Mobilisierung ihrer weltweiten Ressourcen die Mittelmächte irgendwann durch das immer ungünstigere Stärkeverhältnis erdrücken werde. Die deutsche Armee sei nach dem Scheitern des Schlieffenplans nicht mehr in der Lage, den Krieg militärisch zu gewinnen, Rußland aufgrund seiner Größe und Bevölkerungsgröße nicht vollständig bezwingbar. Er zog daraus die Folgerung, daß ein politischer Ausweg aus dem Krieg gesucht werden müsse, für den ein Annexionsverzicht die Voraussetzung sei. Für Reichskanzler Bethmann Hollweg waren diese Eröffnungen (18. November 1914) eine unangenehme Überraschung. Auf Annexionen wollte er nicht verzichten, weil er dem Volk einen „Siegspreis“ nicht vorenthalten zu meinen konnte. So bezweifelte Bethmann Hollweg die militärische Einschätzung Falkenhayns: Der Krieg ging weiter. [Afflerbach, S. 287 ff.]

„Dieser Hegemonialkrieg aber war, so wie er geplant war, am 10. September [Ausgang Schlacht an der

Marne], spätestens am 18. November 1914 [Ende der Ypern-Schlacht] verloren. Daß er trotzdem weiterging, und zwar als Krieg gegen drei, bald vier und schließlich fünf Großmächte, das lag, soweit es die Gegner betraf, daran, daß die Entente sich mit den Londoner Abmachungen vom 4. September (Verbot eines Sonderfriedens) zu einem Kriegsbündnis verfestigt hatte. Soweit es Deutschland betraf, lag es an der Entschlossenheit, mit der politisch und wirtschaftlich führenden Schichten an ihrer Vorstellung von der zukünftigen Stellung Deutschlands in der Welt festhielten und an ihrer Überzeugung, daß nur ein siegreicher Krieg ihre soziale und politische Machtstellung im Reiche zu garantieren vermöge“ [Fischer 1998, S. 783].

Unerwartete Niederlage und Schuldzuweisungen

Es war ein unerwartetes Erwachen, als die Oberste Heeresleitung Ende September 1918 einen sofortigen Waffenstillstand verlangte. Nach den ständigen Durchhalteparolen und den Siegesmeldungen bis zuletzt wirkte dies wie ein Schock. Die deutschen Truppen standen bis Kriegsende tief in Feindesland, auch bei den Sozialdemokraten glaubte man bis zuletzt, daß ein Waffenstillstand auf Vorkriegsstatus ohne weiteres zu haben sei. In den Friedensverhandlungen wurden die Besiegten ausgeschlossen, man dachte sich riesige materielle Entschädigungen aus und brandmarkte Deutschland zu deren Rechtfertigung - ohne damals den Beweis erbringen zu können - als alleinigen Kriegsschuldigen, der fast vollständig entwaffnet wurde.

Am 7. Mai 1919 übergaben die Alliierten die Friedensbedingungen. Der französische Ministerpräsident Clemenceau begleitete die Übergabe mit den Worten: „Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches! Es ist hier weder Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen ist. Die Stunde der Abrechnung ist da.“ – Graf Brockdorff aus der deutschen Delegation antwortete zwar für deutsche Verhältnisse konzilient, verursachte aber auf alliierter Seite weitere Verbitterung: „Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkrieg kam, und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen: Die Haltung der früheren Deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen zwölf Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.“ [Krumeich, S. 917]. – Dies wurde in Deutschland während der Weimarer Republik und noch bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts (Fischer-Debatte) so gesehen. In einer „Geschichte der Neuzeit“ aus dem Jahre 1924 („Ministeriell genehmigt für alle Schulen“) heißt es zum Kriegsbeginn 1914: „Alle Gegensätze schwiegen, das ganze deutsche Volk nahm entschlossen den Kampf auf. Es war ihm ein Verteidigungskrieg, in den es eintrat, mit dem festen Glauben, daß es notwendig geworden sei, das deutsche Vaterland gegen übermächtige Feinde zu schützen.“ [Ebner, S. 179 f.]. Allerdings wird in den beiden letzten Zitaten schon richtigerweise betont, daß vor allem das Volk den Krieg so wie beschrieben einschätzte.

Nicht wenige Historiker gehen davon aus, daß sich nach dem Krieg unter dem Banner des Kampfes gegen die vorgebliche „Kriegsschuldfrage“ eine anti-demokratische und extrem nationalistische Sammlung bildete, die eine mögliche und notwendige radikale Umorientierung im Keime erstickte [vgl. Krumeich, S. 913 f. und die dortigen Literaturverweise in Endnote 2]. Der „Kampf gegen die Kriegsschuldfrage“ wurde für einige Zeit der vielleicht einzige Kitt der nationalen Identität, selbst linke Sozialdemokraten lösten sich schwer von der These des aufgezwungenen Verteidigungskrieges. Der „Kampf gegen die Kriegsschuldfrage“ degenerierte dann zusammen mit der „Dolchstoßlegende“ zum Bindemittel der nationalen Opposition gegen das Weimarer System [Krumeich, S. 922].

„Eine Niederlage des Reiches war in der kulturphilosophischen Sehweise nicht vorstellbar. Die Realität und ganz besonders dann der Ausgang des Krieges mußte die Anhänger einer weltgeschichtlichen ‚Missionsaufgabe‘ des deutschen ‚Wesens‘ zutiefst verstören... Der Zeitgenosse..., der zur Preisgabe der Deutschumtaphysik nicht bereit war, brauchte nun eine Erklärung für das Scheitern der so sicher erwarteten Übernahme der geistigen Weltherrschaft durch die ‚sendungsvolle‘ (Thomas Mann) deutsche ‚Wesensart‘. Die Schuld dafür wurde immer mehr bei einem inneren Feind gesucht, der die großartige geistig-moralische ‚Erhebung‘ des deutschen Volkes vom August 1914 untergraben und zerstört haben mußte. Im Verlaufe des Krieges verbreitete sich im Deutschen Reiche eine Denkhaltung, deren verhängnisvolle Konsequenzen erst Jahre später wirksam werden sollten: Rassismus und Antisemitismus. Insbesondere das Judentum wurde nun verantwortlich gemacht für eine schnelle Rückkehr von Dekadenz, Egoismus, Profitmoral etc. in das geistig-kulturelle ‚Leben‘ der Nation... Mit dem Kriegsende 1918 kam dann zu der Auffassung eines geistigen Verrats noch die Behauptung des Dolchstoßes, also die Schuldzuweisung für den militärischen Ausgang des Krieges an die vermeintlich von Juden und Bolschewisten beherrschte Sozialdemokratie. Damit war eine wichtige

Basis gelegt für den späteren Erfolg völkisch nationaler Ideologie. Je mehr die Erinnerung an die Realität des Krieges von 1914-1918 verblaßte, um so heftiger konnte nun Rache gefordert werden für den ‚doppelten Verrat‘ am deutschen Volke. Eine neue Generation, gehärtet in den ‚Stahlgewittern‘ des Ersten Weltkrieges, galt nun als auserwählt zur Revision der Weltgeschichte.“ [Fries, S. 844].

Das „Versailler Friedensdiktat“ führte zu „...tiefer und langer Empörung in Deutschland, die man immer wieder schüren konnte. Diese moralische Demütigung hatte eine verhängnisvolle Wirkung in einem Lande, das nach all den Kriegsleiden schon über die unerwartete schwere Niederlage entsetzt war und sich von Revolutionswirren und Verarmung bedroht sah. Kriegsschuld und Verurteilung eigener Kriegsschuldiger lehnte man empört ab und suchte um so hysterischer nach Schuldigen für die Niederlage: Das konnten nur die Sozialisten sein, die defätistischen, Streikenden, jetzt revolutionierenden Arbeiter, die dem siegreichen Heer den Dolch in den Rücken gestoßen hätten, oder die Parteien der Weimarer Koalition, die schon immer durch ihr Gerede vom Verständigungsfrieden den Wehrwillen zersetzt hätten und nun in der ungeliebten Republik an der Macht saßen, oder die Juden mit ihrer internationalen antideutschen Verschwörung. Nicht nur der Haß auf die anderen Völker... ist dadurch nach Kriegsende noch gesteigert worden, sondern auch Haß und Mißtrauen zwischen den Schichten des Volkes, zwischen politischen Parteien, Weltanschauungen, Generationen.“ [Schulin, S. 21].

Erlebnis und Wirkung

Hinzu kam das Kriegserlebnis, daß viele vordem nicht denkbare Wege für den geschickten Damagogen öffnete. Wenn auch der Zweite Weltkrieg noch grausamer geführt werden sollte, so war die psychologische Belastung des jahrelangen Grabenkrieges meines Erachtens eine deutlich höhere, man denke nur an das Phänomen des „Übersprungsschlafens“ der Soldaten, die, kurz bevor sie aus dem schützenden Graben vor die Maschinengewehre des Gegners zum Angriff mußten, vor nervlicher Belastung in den Schlaf fielen.

Das Erleben schuf neue, zuvor kaum mögliche Handlungs-Dispositionen (zum Erleben vgl. auch Kap. IX „Die Schlacht“). Eine Ahnung hiervon beschreibt Remarque in seinem Klassiker „Im Westen nichts Neues“:

„Diese Gewohnheit ist der Grund dafür, daß wir scheinbar so rasch vergessen. Vorgestern waren wir noch im Feuer, heute machen wir Albernheiten und fechten uns durch die Gegend, morgen gehen wir wieder in den Graben. In Wirklichkeit vergessen wir nichts. Solange wir hier im Felde sein müssen, sinken die Fronttage, wenn sie vorbei sind, wie Steine in uns hinunter, weil sie zu schwer sind, um sofort darüber nachdenken zu können. Täten wir es, sie würden uns hinterher erschlagen; denn soviel habe ich schon gemerkt: das Grauen läßt sich ertragen, solange man sich einfach duckt; aber es tötet, wenn man darüber nachdenkt.

Genau wie wir zu Tieren werden, wenn wir nach vorn gehen, weil es das einzige ist, was uns durchbringt, so werden wir zu oberflächlichen Witzbolden und Schlafmützen, wenn wir in Ruhe sind. Wir können gar nicht anders, es ist förmlich ein Zwang. Wir wollen leben um jeden Preis; da können wir uns nicht mit Gefühlen belasten, die für den Frieden dekorativ sein mögen, hier aber falsch sind...

Und ich weiß: all das, was jetzt, solange wir im Kriege sind, versackt in uns wie ein Stein, wird nach dem Kriege wieder aufwachen und dann beginnt erst die Auseinandersetzung auf Leben und Tod. Die Tage, die Wochen, die Jahre hier vorn werden noch einmal zurückkommen, und unsere toten Kameraden werden dann aufstehen und mit uns marschieren, unsere Köpfe werden klar sein, wir werden ein Ziel haben, und so werden wir marschieren, unsere toten Kameraden neben uns, die Jahre der Front hinter uns: – gegen wen, gegen wen?“ [Remarque, S. 99 ff.].

Die These

Meine These ist nun folgende: Die Täuschung des deutschen Volkes durch die „Männer von 1914“ und die folgende Enttäuschung hatten während des Krieges, in der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus ungeahnte Folgen. Zusammen mit der schmerzlichen Erinnerung an die gebrachten Opfer und der Empörung über die Friedensbedingungen der Alliierten ergab sich ein gefährliches Gemisch in den Köpfen der Menschen, aus dem der Nationalsozialismus keimte und das den Holocaust ermöglichte. Der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ folgte eine noch größere Katastrophe. Der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg sind die radikalen Konsequenzen von Hitlers Interpretation des Ersten Weltkrieges. Viele, wenn nicht die meisten Deutschen konnten Hitlers Interpretation zumindest nachvollziehen. Die jüngere Generation hatte ebenfalls Eindrücke, die vom geschickten Demagogen zu besetzen waren: Sie hatte die Schmach verinnerlicht, die Ungerechtigkeit und die Schande der Väter galt es zu revidieren. Miterlebnis, Erzählungen, „analoge Kommunikation“ [Watzlawick/Beavin/Jackson; S. 61 ff. u. S.96 ff.] oder auch beredtes Schweigen hinterließen Eindrücke, die von Hitler kanalisiert wurden.

Hitlers willige Vollstrecker

„Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel Jonah Goldhagen löste vor wenigen Jahren eine größere Diskussion aus. Beispielsweise stellte „Die Zeit“ Goldhagen und seine Thesen vier Monate vor Erscheinen der deutschsprachigen Ausgabe vor (Nr. 16 v. 12.04.1996). Sowohl die Vielzahl der darauf folgenden negativen Kritiken (z.B. jene von Eberhard Jäckel: „Einfach ein schlechtes Buch... durch und durch mangelhafte, mißlungene Dissertation..., genügt auch mittelmäßigen Ansprüchen nicht“ etc. etc.; [in: „Die Zeit“ Nr. 21 v. 17.05.1996]) wie auch eine gefühlsmäßige Abwehr der Thesen haben dazu geführt, daß auch ich das Buch erst im Sommer 1999 mit Haarsträuben und wachsendem Entsetzen las. Die breite Front der Ablehnung resultiert - so meine Überzeugung - in erster Linie daraus, daß die bisherige Forschung im Gegensatz zu Goldhagen eine naheliegende, zentrale Fragestellung weder beantwortet noch untersucht hatte:

Wie konnten ganz normale Deutsche unzählige Juden, „Zigeuner“, Slawen, Kommunisten und andere Unschuldige grausam quälen und umbringen, ohne dazu gezwungen zu sein?

Die vielen vernichtenden Kritiken und ihre Urheber drücken sich um eine Antwort darauf, warum diese Frage in der notwendig zugespitzten Form weder gestellt noch beantwortet wurde. Goldhagen weist in seiner eindringlichen Darstellung anhand von kaum zu bezweifelnden Quellenmaterial nach, daß weder Offiziere noch Mannschaften direkt an den Morden und Mißhandlungen teilnehmen mußten; dies war auch bekannt – nur sehr wenige machten indes von den entsprechenden Ausweichmöglichkeiten Gebrauch. [Goldhagen, S. 231, 244, 255 f., 263 f., 283 f., 287, 296-311, 328 ff., 409 f., 418-436, 443 ff., 460, 527 ff.].

Allerdings möchte ich deutlich vermerken, daß auch mich die Antworten von Goldhagen nicht voll überzeugen. Er postuliert einen „eliminatorischen Antisemitismus“ der Deutschen. Wenngleich ich dies für die Zeit von 1933 bis 1945 gelten lassen möchte, so war und bin ich der Überzeugung, daß der Antisemitismus in seiner Form, die nach Auschwitz führte, erst in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg vorbereitet und ab 1915 virulent wurde.

Entstehungszeit des „eliminatorischen Antisemitismus“

Diese Zeit muß besonders aus dem Blickwinkel der Mentalitätsgeschichte betrachtet werden, der sich auch Goldhagen ausdrücklich verpflichtet fühlt [Goldhagen, S. 6]. Die Forschung zum Ersten Weltkrieg bewegt sich seit einiger Zeit in diese Richtung [vgl. Thoß, S. 1033 f.], hier kann beispielsweise das baden-württembergische Forschungsprojekt „Mentalitäts- und Sozialgeschichte Erster Weltkrieg“ genannt werden, deren Leiter Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich die ersten „Pilotstudien zu einer Mentalitätsgeschichte“ [Hirschfeld, S. 8] des Ersten Weltkrieges 1993 in einem Sammelband vorstellten [Titel: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“]. Der Titel gibt schon einen Hinweis auf das, worauf ich hinaus will: Der Dreiklang Leiden, Opfer und Enttäuschung waren ein Keim, der das Verhältnis „Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“ (Untertitel von Goldhagens Buch) mitbestimmte.

Für die weitere Radikalisierung und Mobilisierung der nicht so ganz gewöhnlichen Deutschen auf der äußersten Rechten ist für mich vor allem die 1977 veröffentlichte Psychoanalyse des Faschismus von Klaus Theweleit von größter Bedeutung. Diese psychoanalytische Erklärung in Freudscher Tradition legt ebenfalls eine Inkubationszeit für die Ideenwelt des Nationalsozialismus zwischen 1914 und 1923 nahe.

Letztlich belegt auch die Arbeit von Brigitte Hamann zur Wiener Zeit von Adolf Hitler, daß selbst Hitler vor dem Ersten Weltkrieg nicht antisemitisch eingestellt war, zumindest nicht mehr als damals allgemein üblich [vgl. z.B. Hamann, S. 245, 248 ff., 273, 496 ff.]. Hitler wurde von einem jüdischen Mitbürger aus unserer Nachbarstadt Nürnberg für das Eiserne Kreuz 1. Klasse vorgeschlagen, das Hitler am 4. August 1918 verliehen wurde. Der Regimentsadjutant Hugo Gutmann schlug Hitler mit der Begründung vor, er habe „Vorbildliches an Kaltblütigkeit und Schneid“ geleistet [Rusam, S. 22; Kershaw, S. 136]. Dies hätte Gutmann wohl nicht getan, wenn Hitler als glühender Antisemit aufgefallen wäre.

Am Rande noch eine Information von lokalhistorischem Interesse: Die ersten Juden, mit denen Hitler in Berührung kam, waren Fürther Juden. Die ca. 600 Juden in Linz - wo Hitler erstmalig mit Juden in Berührung kam - stammten nämlich „aus Fürth in Bayern oder aus Böhmen und waren assimiliert“ [Hamann, S. 28].

Zurück zu Goldhagen: Der Erste Weltkrieg war unumstritten die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts (George F. Kennan) und ein tiefgreifendes Ereignis für die Mentalität der Deutschen. Das Buch von Goldhagen umfaßt insgesamt 729 Seiten, davon wird dem Ersten Weltkrieg eine halbe Seite gewidmet [Goldhagen, S. 108 f.].

Dies ist inakzeptabel und könnte bei allen sonstigen Verdiensten von Goldhagen den Schluß nahelegen, er habe sich mit seinem Forschungsobjekt - dem gewöhnlichen Deutschen - nur sehr ungenügend auseinandergesetzt. Goldhagen gibt vor, den gewöhnlichen Deutschen, seine Mentalität und seine Motive verstehen zu wollen, blendet aber diesen ganz zentralen Punkt in seiner Betrachtung praktisch aus. Mich überrascht nur, daß die vielen akademischen Kritiker Goldhagens meines Wissens nie hierauf hingewiesen haben.

Politischer Antisemitismus im Kaiserreich

Es gab zwar schon vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland antisemitische Parteien - die von Zeitgenossen auch so bezeichnet wurden - aber ihre Erfolge waren doch sehr bescheiden, wengleich das reine Mehrheitswahlrecht kein zuverlässiger Gradmesser ist. Die (moderne) antisemitische Bewegung gewann in Deutschland Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts ihre Konturen, „befördert durch die Eindrücke der Gründerzeit und durch den konservativen Umschwung der Politik seit 1879.“ [Brockhaus 1908, S. 706]. Eine Reihe von Veröffentlichungen seit 1873 (Erstling: Wilhelm Narr: „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“, Bern 1873) bereiteten die Entwicklung vor bzw. begleiteten sie. 1880 kam es dann zu einem „heftigen Broschürenkampf“, an dem sich auch damals namhafte Gelehrte wie Treitschke und Mommsen beteiligten. 1880 wurde eine Antisemitenliga gegründet, die sich jedoch bald in verschiedene Richtungen schied. 1886 gründete sich in Kassel die Deutsche Antisemitische Vereinigung. Auf einem Kongreß der verschiedenen antisemitischen Richtungen in Bochum 1889 schloß sich die Mehrheit als „Deutsch-social-antisemitische Partei“ zusammen, eine Minderheit gründete die Antisemitische Volkspartei. Die antisemitischen Parteien und Vereinigungen wechselten im Laufe der folgenden Jahre mehrfach den Namen und spalteten sich häufig. Bei den Reichstagswahlen erreichten die „Antisemiten“ (in der damaligen Wahlstatistik tatsächlich so benannt) 1887: 11.663 Stimmen (1 Mandat), 1890: 47.563 Stimmen (0,7%, 5 Mandate in Hessen), 1893 263.861 Stimmen (3,1%, 16 Mandate), 1898 284.250 Stimmen (3,4%, 13 Mandate), 1903: 244.543 Stimmen (2,6%, 11 Mandate), 1907: 248.534 Stimmen (2,2%, 16 Mandate). [Brockhaus 1908, S. 706; Brockhaus 1910, S. 806 ff.]. In heutigen Veröffentlichungen werden die „Deutsche Reformpartei“ und die „Wirtschaftliche Vereinigung“ - 1907 von den Zeitgenossen in die Kategorie „Antisemiten“ eingeteilt - für die Wahl 1912 unter „Konservative“ eingeordnet, sie erhielten 1912: 356.700 Stimmen (3,0%, 13 Mandate) [Lösche, S. 199; Chronik..., S. 143]. Allerdings gab es auch in Frankreich 1898 eine kleine antisemitische Partei, im Wiener Gemeinderat erlangten und behielten die Antisemiten trotz mehrmaliger Auflösung des Gemeinderats 1895 die Mehrheit und besetzten daraufhin die Posten des Bürgermeisters und Vizebürgermeisters mit ihren Parteigenossen. Besondere Ausprägung fand der Antisemitismus in Rußland, hier - so ein zeitgenössisches Urteil - „trat zu den socialen Ursachen... noch ein religiöser Fanatismus“. Nach den Pogromen 1881 in Südrußland und Polen wurden ab 1882 diskriminierende Gesetze gegen Juden erlassen. [Brockhaus 1908, S. 706].

Die antisemitischen Parteien waren instabil, faßt man die verschiedenen, ständig wechselnden Parteien unter der Kategorie „Antisemiten“ zusammen, war ihr Stimmenanteil eher gering. In jedem Fall deutete vor 1918 oder zumindest vor 1912 wenig darauf hin, daß es nach dem Ersten Weltkrieg zu dieser in ihrer Radikalität singulären Form des Antisemitismus kommen konnte. Die gesellschaftlichen Gradmesser lassen bis dahin und im europäischen Vergleich keine spezifische Ausformung des deutschen Antisemitismus erkennen [vgl. Schöllgen, S. 106 f.], jedenfalls keinen direkten Weg zu einer eliminatorischen Ausformung.

Die Spur zu Hitlers willigen Vollstreckern beginnt meiner Überzeugung nach mit dem Entschluß zum Ersten Weltkrieg, der spätestens im Jahr 1912 erfolgte. Dieser Spur soll am Beispiel der Chronik von Paul Rieß gefolgt werden, der seine Chronik allerdings aus ganz anderen Beweggründen und mit ganz anderen Schwerpunkten schrieb, so daß die Mehrzahl der dort aufgeführten Informationen vordergründig nur von „rein“ lokalhistorischem Interesse sind. Aber unser Fürth ist bei der oben skizzierten Fragestellung ein besonders interessantes Objekt, galt es doch bis 1933 als ein Ort der beispielhaften Toleranz gegenüber Juden, wengleich mitunter der Verdacht geäußert wird, diese Einschätzung sei eine nachträgliche Verklärung. Die Bezeichnung Fürths als „Fränkisches Jerusalem“ wird heute gerne genannt, ohne daß die Herkunft dieses Titels klar ist. Auch wird noch heute kolportiert, daß die im Vergleich zum direkt angrenzenden Nürnberg geradezu marginalen Bombardierungen Fürths etwas mit dem Einfluß amerikanischer Juden auf die amerikanische (Bomben-)Politik zu tun gehabt habe. Da so viele Juden in Fürth wohnten, sei hier mäßigend Einfluß genommen worden, so hält sich die Legende in Fürth bis heute. – Dies kann nicht völlig ausgeschlossen werden. Viele Fürther Juden machten in den USA eine steile Karriere und hatten wohl auch Einfluß, sie konnten zudem nicht wissen, daß es im nationalsozialistischen Fürth ab Januar 1944 keine Juden mehr gab [vgl.: Zum Gedenken..., S. 14]. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Nationalsozialisten dieses Gerücht gegen Ende des Krieges gezielt in Umlauf brachten, entsprechende NSDAP Propaganda – getarnt als amerikanische Flugblätter mit dem Titel „Fürth verschonen wir, denn da wohnen wir“ – kursierten noch gut 30 Kilometer entfernt nahe Schnaittach. Dabei wurde die Verschonung Fürths natürlich nicht als Beleg freundschaftlicher Verbundenheit jüdischer US-Bürger mit ihrer alten Heimatstadt interpretiert (für die es viele Beispiele gibt), sondern als Beweis für die angebliche jüdische Weltverschwörung gegen Deutschland hergenommen.

Wie immer es gewesen sein mag, auch in Fürth brannte 1938 die Synagoge, niemand protestierte gegen den Abtransport der Mitbürger.

XI. Die Garnisons- und Industriestadt Fürth in Bayern

Brockhaus Konversationslexikon 1908, Stichwort Fürth: „Unmittelbare Stadt (14,97 qkm), am Zusammenfluß der Pegnitz und Rednitz, die nun zusammen Regnitz heißen, in 300 m Höhe, an den Linien Würzburg-Nürnberg, Bamberg-München der Bayer. Staatsbahnen, Nürnberg-F (6 km, erste Bahn Deutschlands, 1835 eröffnet) der Bayer. Ludwigsbahn und F-Zirndorf-Cadolzburg (13 km) der Münchener Lokalbahn-Aktiengesellschaft (2 Bahnhöfe), ist Sitz des Bezirksamtes, eines Landgerichts (Oberlandesgericht Nürnberg) mit einer Kammer für Handelssachen und 8 Amtsgerichten (Erlangen, F., Herzogenaurach, Cadolzburg, Markt Erlbach, Neustadt a.d. Aisch, Scheinfeld, Windsheim), eines Amtsgerichts, Hauptzollamtes, einer Reichsbanknebenstelle, Agentur der Bayerischen Notenbank, eines Bezirksremiums und des Kommandos der 5. Feldartilleriebrigade, hat (1900) 54 142, einschließlich der 1. Jan. 1901 einverleibten Gemeinde Dambach 54 822 (27 080 männl., 27 742 weibl.) E., darunter 12 480 Katholiken und 3017 Israeliten, (1905) 60 638 E., in der Garnison Stab und 1. Bataillon des 21. Infanterieregiments, das 6. Feldartillerieregiment und die 2. Kompanie des 3. Trainbataillons, Postamt und -Expedition, Telegraph, Fernsprecheinrichtung, Straßenbahn nach Nürnberg, 2 evang., 1 kath. Pfarrkirchen [seit 1900 drei evang. und seit 1910 zwei kath. Kirchen in der Innenstadt; Anm. A.M.], darunter die gotische Michaeliskirche (11. Jahrh.) mit 8 m hohem spätgot. Sakramentshäuschen. 1 Hauptsynagoge (1617 erbaut, 1865 umgebaut), 4 Nebensynagogen, neues Rathaus im ital. Stil, mit Turm (55 m), Stadttheater (1902, von Fellner und Helmer erbaut), Monumentalbrunnen (1890, nach Entwurf von Maison), Kriegerdenkmal (von Hirt), Gymnasium, königl. Realschule mit Handelsabteilung (1833 als Gewerbe- und Landwirtschaftsschule gegründet), israel. Bürgerschule und Waisenanstalt, Stadtbibliothek, städtische Gemäldegalerie, prächtiges Logengebäude, Taubstummenanstalt, israel. und ein städtisches Krankenhaus, Schlachthaus, Wasserleitung.

Die *Industrie*, in welcher F. mit Nürnberg wetteifert und der die bedeutenden Wasserkräfte der Pegnitz und Rednitz dienstbar sind, erstreckt sich auf die Fabrikation von sog. Nürnberger Waren, namentlich Spiegeln (80 Fabriken mit über 2000 Arbeitern), geschlagenem Gold und Metall, Bronze, Bronzefarben, Brokat, Stahlbrillen und optischen Instrumenten, Möbeln, Maschinen, besonders Brauereieinrichtungen und Feuerlöschgeräten, Gürtler-, Drechsler-, Buchbinder- und Kartonnagewaren, Zinnfiguren, Cichorien, Hefen, bunten Papieren, Kinderspielzeug, Bleistiften u.a., ferner auf Bierbrauerei (Joh. Humbser, Gebrüder Grüner u.a.). F. ist Sitz der 1. Sektion der Glas-Berufsgenossenschaft. Der lebhaft *Handel* erstreckt sich hauptsächlich auf die Ausfuhr der inländischen Industrieerzeugnisse, während der eigentliche Produktenhandel, mit Ausnahme der sehr bedeutenden Hopfenausfuhr, eine untergeordnete Stelle einnimmt. Der Speditions- und Wechselhandel ist sehr ausgedehnt, die elftägige Michaelismesse [gemeint ist die Kirchweih; Anm. A.M.] stark besucht.

5 km im SW, an der Lokalbahn nach Zirndorf, auf einer Anhöhe an der Rednitz die *Alte Veste*, Ruine und Aussichtsturm mit großartiger Weitsicht, ringsum Spuren der Schlacht vom 24. Aug. 1632 zwischen Wallenstein und Gustav Adolf.

Geschichte Der Sage nach hat Karl d. Gr. 793 in der Nähe der Vereinigung der Pegnitz und Rednitz die Martinskapelle erbauen lassen, und der Ort, der hier entstand, wurde F. genannt. Ludwig d. Kind unterzeichnete hier 19. März 907 eine Urkunde [erste gesicherte Erwähnung 1007; Anm. A.M.]. Gustav Adolf hatte im Juni 1632 sein Hauptquartier in F.; 1634 wurde die Stadt von den Kroaten bis auf einige Häuser niedergebrannt. Bis 1792 hatten die Markgrafen von Ansbach, die Domprobstei in Bamberg und die Reichsstadt Nürnberg, allerdings unter fortwährenden Streitigkeiten, Souveränitätsrechte ausgeübt. 1792 kam F. an Preußen, welches die Industrie des damaligen Marktfleckens mächtig förderte, 1806 an Bayern und erhielt 1818 städtische Verfassung.“ [Brockhaus, S. 318].

Im Hinblick auf die folgende Chronik - die dann auch Auskunft zu den politischen Mehrheitsverhältnissen gibt - seien noch ein paar Hinweise zu der Fürther Parteienlandschaft Anfang des 20. Jahrhunderts erlaubt.

In den Fürther Gemeindegremien finden wir 1911 folgende Parteien (vgl. u. Rieß-Chronik 13.11.11): Fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokraten, Nationalliberale und das Unabhängige Bürgerkomitee. Bei der Reichstagswahl v. 12.1.1912 (s. Rieß-Chronik 12.1. u. 25.1.12) traten in Fürth Kandidaten der Sozialdemokraten, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Konservativen und des Zentrums an. Wahlberechtigt waren Männer über 25 Jahre.

Die Fortschrittliche Volkspartei war linksliberal eingestellt, das Wählerreservoir lag vorwiegend in den freien Berufen, Teilen des Handwerks und des Handels, sie befürworteten verfassungspolitisch eine parlamentarische Monarchie britischen Musters. Aus einer gewissen, allmählich wachsenden Aufgeschlossenheit gegenüber sozialen Problemen resultierte eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in Einzelfragen gegen Ende des Kaiserreiches.

Die Nationalliberalen repräsentierten vor allem die Interessen des industriellen Großbürgertums und begrüßten weitgehend den Machtstaat Bismarckscher Prägung wie auch die konstitutionelle Monarchie. Die Nationalliberalen propagierend zunehmend nationalistisch-imperialistische Ziele wie z.B. eine aggressiv-expansive Kolonial- und Flottenpolitik.

Die Konservativen jener Zeit vertraten groß-agrarische und industrielle Interessen und versuchten die Privilegien dieser Gruppen zu erhalten. Sie praktizierten dabei eine sozial-reaktionäre Politik und orientierten sich am vergangenen Feudalsystem. Die Konservativen zeigten keinerlei Verständnis für soziale Fragen, propagierten die Monarchie „von Gottes Gnaden“ und suchten die Stellung des Unternehmers als „Herr-im-Haus“ zu definieren.

Das Zentrum wurde durch die katholische Konfession zusammengehalten und ist - mit der konfessionellen Einschränkung - am ehesten mit den Volksparteien heutigen Typus zu vergleichen, da dieser Partei relativ gleichmäßig Angehörige aller sozialen Schichten angehörten. In Fürth hatte das Zentrum kaum eine Bedeutung

Die Sozialdemokraten übten sich in jener Zeit zwar noch revolutionärer Rhetorik, in der Praxis überwog jedoch damals schon die reformorientierte Politik. Da das Interesse der Sozialdemokraten sich in erster Linie der sozialistischen Gesellschaftsordnung bzw. der sozialen Frage galt, widmeten sie sich der Parlamentarisierung der Regierung nur halbherzig.

[zu den Parteien im Kaiserreich vgl. z.B. Lösche, S. 40-64; Parlamentarische Demokratie, S. 14 f.]

XII. EXKURS: Fürther Geschichte bis 1911: eine gelungene deutsch-jüdische Symbiose?

Eine umfassende Darstellung sowohl der Fürther Geschichte bis heute wie auch der Geschichte der Juden in Fürth fehlt bisher. Die folgenden Zeilen können weder dieses Desiderat schließen, noch die in der Überschrift aufgeworfene Frage abschließend beantworten. Einen ersten Ansatz halte ich jedoch für überfällig. Ich beziehe mich in der Hauptsache auf die Chronik des Medizinalrates Dr. Georg Tobias Christoph Fronmüller, erschienen in den Jahren 1871/72 und 1887. Diese Chronik wurde noch nicht im Detail ausgewertet; nicht zuletzt aufgrund ihres zwar umfangreichen, aber dennoch leider sehr lückenhaften Sachregisters ein durchaus nützliches Unterfangen, so meine ich. Die wenigen Korrekturen, die aus heutiger Sicht an der Fronmüller Chronik notwendig sind, können den Verdienst dieses bis heute in Fürth unerreichten Werkes kaum schmälern

Fränkischer Königshof

Wengleich in fränkischer Zeit - um 750 - mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Königshof an der namensgebenden Furt bestand, änderte sich im 10. Jahrhundert die Standortgunst. War bis zu den Einfällen der Ungarn die verkehrsgünstige Lage von Fürth am Zusammenfluß zweier mit Treidelkähnen schiffbarer Flüsse ausschlaggebend, so wurde unter den Ottonen die militärstrategische Lagegunst wichtiger als die verkehrliche und der - meiner Meinung nach - zunächst in der Talaue bei der abgegangenen St. Martins Kapelle gelegene Königshof auf den Sporn über dem Zusammenfluß verlegt. Dieser Sporn war jedoch auch nicht ansatzweise so markant und so gut zu verteidigen, wie der damals einsam im selben Talkessel gelegene Felsen, auf dem sich heute die Nürnberger Burg erhebt. [Mayer, S. 7 ff.]

Heinrich II. verschenkte Fürth am 1. November 1007 an das von ihm neu gegründete Bistum Bamberg. Dieses Datum bezeichnet auch die erste sichere Erwähnung Fürths, da in der oben (Kap. XI) genannten Urkunde aus dem Jahre 907 auch andere Orte gleichen Namens gemeint sein könnten, wengleich die Wahrscheinlichkeit für unser Fürth spricht. Nach der Schenkung und der kometenhaften Entwicklung des weiterhin reichsunmittelbaren Nürnberg wurde Fürth über ein halbes Jahrtausend ein bescheidener Landort, der südlichste Stützpunkt des Bistums Bamberg. Zwischen 1039 und 1056 wurde das Fürther Marktrecht nach Nürnberg verlegt, 1062 gab es Heinrich IV. mit Zoll und Münze an Fürth zurück, aber die prosperierende Nachbargemeinde konnte nicht mehr eingeholt werden [Ammon, S.6 ff.]. Neueste (2000) archäologische Grabungen belegen den Rückgang der Siedlungsfläche zwischen dem 11. und dem 15. Jahrhundert, wohl eine Folge des Bedeutungsrückgangs.

Nur die Kirchenrechte erinnerten noch einige Zeit an die Vorrechte des Alters, die heute weltberühmten Nürnberger Bürgerkirchen St. Sebald und St. Lorenz waren bis 1402 Filialkirchen der Fürther Stadtkirche St. Michael und der Kirche St. Peter und Paul in Poppenreuth (vermutlich zur Königsmark Fürth gehörend, später nürnbergisch und domprobstei-bambergisch, seit 1900 wieder zu Fürth gehörig). Zur Zeit der Reformation war Nürnberg eine Stadt von europäischer Bedeutung mit 40 000 bis 50 000 Einwohnern, Fürth ein Marktflecken von kaum 1 000 Seelen, St. Michael eine nürnbergische Landpfarrei. Somit folgte Fürth auch der großen

Nachbarstadt in die Reformation (Nürnberg 1524, Fürth ca. 1526). [Ammon, S. 14].

Die Dreiherrschaft

In Fürth hatten sich mittlerweile drei Grundherren mit Ansprüchen auf die Landeshoheit festgesetzt: neben dem Bistum Bamberg die Nürnberger Burggrafen (in der Folge die Markgrafen von Ansbach) und die Reichsstadt Nürnberg. Die „Dreiherrschaft“ brachte aber nicht nur Nachteile in Form der uneinheitlichen Gemeindeverwaltung, sondern auch Vorteile in der Gewerbe- und Religionsfreiheit: Bevölkerungsgruppen und Personen, die in Nürnberg oder anderswo nicht geduldet oder zumindest unterdrückt wurden, wandten sich vielfach nach Fürth. Ein geflügeltes Wort bis in die jüngste Vergangenheit mag dies verdeutlichen: „Wenn in Nürnberg ein Gesell' die Meisterstochter schwängert, dann kommt er nach Fürth“.

Was in Fürth vom einen Herrn (Nürnberger, Ansbacher oder Bamberger) nicht erreicht werden konnte, bot oft bereitwillig der andere. „In Fürth bildete sich eine Art Gewerbefreiheit heraus, die manchem Gesellen und Meister, der anderswo nicht gefördert oder geduldet wurde, günstige Arbeitsmöglichkeiten einräumte. Fürth, vor den Toren der großen Stadt gelegen, entwickelte sich besonders durch markgräfliche Förderung zu einem gewerbereichen Ort“ [Schwammberger, S. 278]. Für die Markgrafen wurde Fürth geradezu der „Ort gegen Nürnberg“. In Nürnberg vertrieb bzw. ermordete man 1348 und 1499 die dortigen Juden, in Fürth wurden sie bis 1933 weder in ein Ghetto konzentriert noch in Pogromzeiten verfolgt, auch die Rechtslage war in den meisten Zeiten deutlich besser als anderswo. [Ammon, S. 14 f.].

Beginn der Zuwanderung

Erstmals sind 1440 Juden in Fürth nachweisbar. Die systematische Ansiedlung von Juden in Fürth begann wohl im Juni 1528, wogegen der Nürnberger Rat sofort protestierte, Juden würden wuchern und die armen Leute „aussaugen“: „Soll nun dergleichen wucherlichen Jahrmarkt, so nahend um uns, als nemlich zu Fürth aufgerichtet werden...?“ fragten die Ratsherren und unterstrichen ihr Verantwortungsgefühl gegenüber den Bürgern, das sie gehindert habe, trotz verlockender Angebote wieder Juden zuzulassen und appellierten an den Markgrafen, die beiden Juden aus Fürth zu entfernen [Renda, S. 10]. Der Markgraf interessierte sich traditionsgemäß nicht sonderlich für Eingaben aus Nürnberg, abgesehen davon waren die Juden eine gute Einnahmequelle. Zwar mußten die Juden bis mindestens 1628 auch in Fürth eine Kennzeichnung an der Kleidung tragen [Fronmüller, S. 39 u. 77], von Fürth selbst ausgehende Anfeindungen oder Verfolgungen sind jedoch kaum bekannt. 1564 hielt der - von Nürnberg eingesetzte - Stadtpfarrer Fabricius eine Hetzpredigt gegen die Juden, wurde aber vom markgräflichen Amtmann verwarnt, was nicht ohne Wirkung blieb [Renda, S. 14 f.].

Die Auseinandersetzungen um die Landesherrschaft in Fürth machte die Ansiedlungspolitik gegenüber Juden zum Politikum. Wohl deswegen wurde Fürth bei den Ausweisungsbefehlen um 1560 ausgenommen. Die Anwesenheit der Juden unterstrich das landesherrliche Recht (die Aufnahme von Juden ist ein solches) und damit den Anspruch auf Landeshoheit. Entsprechend sah man in Ansbach die konkurrierende Judenaufnahme der Domprobstei unter diesem Aspekt und zweifelte ihre Rechtmäßigkeit an. Bamberg erwirkte daraufhin von allerhöchster Stelle ein Privileg, das ihm und seinen Nachfolgern unter ausdrücklichen Hinweis auf die landesherrlichen Rechte gestatte, Juden in Fürth aufzunehmen, wie es von altersher der Domprobstei zugestanden worden sei [Renda, S. 13]: „Im Jahre 1573, den 15. April wurde vom Kaiser Maximilian II. dem Domprobst von Bamberg, Michael von Lichtenstein, das Privilegium bestätigt, ‚im Flecken und Amt Fürth Juden halten zu dürfen‘“. [Fronmüller, S. 49]. Die Juden hatten ihre Stellung gefestigt, um 1601 konnte das erste öffentliche Gebet (Minjan) begangen werden, zu dem 10 Personen männlichen Geschlechtes notwendig waren [Fronmüller, S. 54]. Laut Fronmüller durften die dombrobsteilichen Juden ab 1604 und die ansbachischen Juden ab 1607 ihre Toten auf dem eigenen Friedhof bestatten [Fronmüller, S. 55].

Auch holländische und französische Emigranten ließen sich nieder und belebten das Fürther Wirtschaftsleben mit ihren hier oft unbekanntem Produkten und Produktionstechniken (Tabakverarbeitung, Bortenwirkerei, Handschuhmacherei und Kleinuhrenherstellung).

Für das Jahr 1616 berichtet der Stadtchronist Fronmüller von einer weitgehenden Selbstverwaltung der jüdischen Gemeinde, Bürgerrechte konnten sie jedoch nicht erlangen und in keine Zunft aufgenommen werden. In straf- und zivilrechtlichen Dingen waren sie wiederum gleichgestellt, auf öffentliche „Ämter und Würden“ hatten sie keinen Anspruch (die wurden ihnen im Gemeinderat aber anscheinend - vielleicht aus pragmatischen Gründen - dennoch gewährt), auch keinen Anteil an der Waffenpflicht, für ihre Waren mußten sie einen höheren Zoll als die Christen zahlen. Auch von einer „Universität“ (Thora-Schule) und von einer Buchdruckerei wird berichtet [Fronmüller, S. 57].

Am 23. Februar 1617 konnte die Gemeinde ihre Synagoge eröffnen – schon vorher den eigenen Friedhof,

wofür viele Stiftungen - selbst aus Wien - eingingen. Auch der Friedhof konnte erweitert, ein eigenes Spital eröffnet werden [Fronmüller, S. 58 f.].

Krieg und Wiederaufbau

Im Dreißigjährigen Krieg waren die Juden vom allgemeinen Grauen anfangs besonders betroffen [Fronmüller, S. 62 f.], später machten reguläre wie marodierende Truppen bei ihren Greuelthaten anscheinend keine großen Unterschiede zwischen Christen und Juden mehr. Im Gegensatz zur benachbarten Reichsstadt besaß Fürth weder Stadtmauern noch sonstige Befestigungen, was sich im Dreißigjährigen Krieg fatal auswirkte, Fürth hatte am Ende dieses Krieges nur noch ein Drittel der vorherigen Einwohnerschaft aufzuweisen, mindestens 3/4 aller Wohnstätten lagen verwüstet. Aufgrund der aktiven, merkantilistischen Wirtschaftspolitik der konkurrierenden Bamberger und Ansbacher Fürsten brachte die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts Fürth einen erstaunlich schnellen Wiederaufbau. Nach dem Dreißigjährigen Krieg überflügelte aufgrund der wirtschaftsfreundlichen Politik und die Zuwanderung von Emigranten der Anteil der Gewerbetreibenden den der reinen Bauern. [Ammon, S. 16].

Zugleich wuchs auch die Zahl der jüdischen Einwohner, um das Jahr 1700 war mehr als ein Viertel (!) aller Fürther jüdischen Bekenntnisses (ca. 1500 von insgesamt ca. 5000 Einwohnern). Schon die Zeitgenossen sahen die belebende Wirkung der Juden auf die Wirtschaft, im 19. Jahrhundert schrieb der Fürther Chronist Fronmüller rückblickend in bezug auf die Vertreibung der Juden aus Nürnberg und auf den relativen Bedeutungsverlust der Reichsstadt in der frühen Neuzeit: „Nürnberg hatte sich durch die Judenvertreibung eine tiefe Wunde selbst geschlagen. Theils fehlte ihm seitdem wenigstens die Hälfte der benötigten Kapitalien, theils entging ihm jenes industrielle Ferment, welches aller Orten die Israeliten zur Förderung von Verkehr und Handel bilden, wozu natürlich vor Allem die Bildung des neuen Handelsweges nach Ostindien kam.“ [Fronmüller, S. 34 f.]. Der jüdische Bevölkerungsanteil sank zwar nach 1700 relativ wieder, die Bedeutung des jüdischen Bevölkerungsanteils für das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben der Stadt blieb jedoch - auch im gesamtdeutschen, ja selbst im europäischen Vergleich - eine außergewöhnliche. Ein Vermerk von 1697 läßt übrigens vermuten, daß die „Nürnberger Ungemeindlichen“ in Fürth weniger gelitten waren wie die Juden: Die Nürnberger Untertanen in Fürth beklagten, daß sie von allen gemeindlichen Rechten ausgeschlossen seien [Fronmüller, S. 112].

Am 10. Oktober 1652 bestätigte der Domprobst auf Antrag der vier Bürgermeister die Gemeindeordnung von 1497 und vermehrte sie um 48 Artikel. Ein Jude durfte danach nicht mehr zum Bürgermeister gewählt werden, wie „dies vordem zuweilen vorgekommen sei, für welche angebliche Erleichterung die Judenschaft eine Abgabe zahlen mußte; fortwährend jedoch behielten die Juden das Recht, zwei Deputierte zur Gemeinde zu schicken“ [Fronmüller, S. 102]. Die Vertreibung der Juden aus Wien 1670 brachte auch Fürth einen weiteren Zuwachs zum Teil wohlhabender und gelehrter Juden. [Renda, S. 18].

1698 beschwerten sich die Fürther Juden beim Nürnberger Rat über den von Nürnberg eingesetzten Stadtpfarrer D. Lochner wegen verschiedener Schikanen. Er entfernte eigenhändig die „Schnurzeichen“ und verbot, daß christliche Einwohner am jüdischen Sabbath und an jüdischen Feiertagen bei Juden zu arbeiten und „ein Judenkind zur Synagoge“ zu tragen [Fronmüller, S. 114]. Dies war bei Verweigerung der Schnurzeichen notwendig, da die Juden mit diesen Zeichen (Eruv, Mz. Eruvim) Flächen abgrenzten, in denen sie während des Sabbaths Dinge vom privaten im öffentlichen Bereich tragen durften.

Um 1719 waren die Einnahmequellen der Juden „fast ausschließlich auf Handels- und Geldgeschäfte beschränkt. Der Lokalmarkt in Fürth war ... von keiner Bedeutung für sie, weshalb sie in Masse die größeren Märkte und Messen besuchten und namentlich mit Specerei-, Tuch- und Seidenwaaren, mit Juwelen, Gold- und Silberwaaren, später auch mit Landesprodukten und Vieh bedeutende Geschäfte machten. Auch der Klein- und Schacherhandel wurde damals noch lebhaft betrieben. Die einzigen Handwerke, die von Juden betrieben wurden und betrieben werden durften, waren... das Schneiderhandwerk, die Goldstickerei, Bäckerei, Buchbinderei und das Barbiergeschäft“ [Fronmüller, S. 133].

Rechtliche Stellung

Im März 1719 „erschien das für das Aufblühen der Fürther Judengemeinde günstige und folgenreiche Privilegium, welches sich noch [also um 1870; Anm. A.M.] im Besitz der hiesigen israelitischen Gemeinde befindet, gegeben vom Domprobst Otto Philipp, Freiherr von Guttenberg“ [Fronmüller, S. 130]. Das Reglement in 39 Artikeln gab die Aufnahme neuer jüdischer Gemeindemitglieder in die Hand der jüdischen Gemeinde, gewährte Autonomie in vielen Bereichen, regelte die Heiratsrechte, sicherte das Recht auf zwei Deputierte in der Gemeindeversammlung der Christen und gewährte - „da ihnen Feldbesitz verboten ist“ - den Juden einen höheren „Zinsfluß im Geschäfte“ [Fronmüller, S. 748 ff., S. 131]. Letzteres ein zweischneidiges Privileg, so meine ich.

Bei den relativ glimpflich verlaufenden Heimsuchungen Fürths während des 7jährigen Krieges waren die Juden überproportional betroffen. Ihnen wurden jeweils höhere „Kontributionen“ von den durchziehenden Truppen auferlegt als dem zahlenmäßig größeren christlichen Bevölkerungsteil, es wurden auch Geiseln genommen, um die Bezahlung zu sichern [Fronmüller, S. 152, 157].

Ein Hofrat Füssel aus Ansbach berichtete 1785 über die wirtschaftlichen Freiheiten in Fürth, die man „in ganz Deutschland nicht wieder finden“ würde. Wegen der Dreiherrschaft könne sich jeder niederlassen: „Wer Lust hat, ein arbeitsamer, stiller und ehrlicher Einwohner zu werden, war hier schon von je her willkommen, von welcher Religionsparthey er auch seyn möchte... Die Juden haben hier auch eine Universität und zwey hebräische Buchdruckereyen“ [zit. nach Walther, S. 127 f.].

Markgraf Christian Friedrich Carl Alexander (1736-1806), kurz Markgraf Alexander genannt, übrigens ein Neffe Friedrich des Großen, dankte nach einem 1791 mit Preußen geschlossenen Vertrag ab, die fränkischen Besitztümer einschließlich Fürth gingen an die Verwandten nach Preußen.

Am Anfang der preußischen Zeit (Besitzergreifungs-Patent: 5.1.1792) in Fürth erfolgte eine „Eingabe der jüdischen Gemeinde in Fürth und der ganzen jüdischen Nation in Franken an die Kreisversammlung“ (14.2.1792). Sie bezieht sich auf einen Beratungspunkt mit dem Thema: „Wie ist der sittliche und bürgerliche Zustand der Juden im Fränkischen Kreis zu verbessern?“ Hierin heißt es u.a. (Recht-, v.a. Klein- und Großschreibung nicht verändert):

„Wir wollen zwar nicht läugnen, daß manche unter Uns die vorwürfe von Betrug und Handen und Faulheit in Arbeiten mit recht vorzüglich treffen! wir glauben aber daß die Menschen in ganzen betrachtet unter einerley Himmelstrich mit gleichen Neigungen Anlagen und Fähigkeiten geboren werden... Aber freylich so lange wir von Ackerbau von Handwerkern und von allen andern rechtmäßigen Erwerbmitteln ausgeschlossen und blos auf den Handel eingeschränkt sind müssen Unsre Neigungen und Fähigkeiten auch nothwendig eine einseitige Richtung nehmen und Sie Können nie so veredelt und ausgebildet werden wie bey den Christen denen Jeder weg zum Erwerb offen stehet.

Und auch der für Uns noch allein übrige Nahrungs-Zweig die Handlung wie sehr ist dieße nicht für uns beschränkt und beschwert?

So dürfen wir viele Städte und gebiete theils gar nicht Betreten theils müssen wir mit einem schweren Zoll erst den Zugang erkaufen und doch vor Einbruch der Nacht wieder auswandern. An manchen anderen Orten sind uns selbst die besten Zweige der Handlung untersagt und allenthalben müßten wir den drückenten Leib Zoll entrichten, der Uns Politisch betrachtet unter daß Vieh herab würtiget Uns mit schmach und Verachtung deckt und oft den Kleinen verdient doppelt und dreyfach verschlingt, den wir Uns mit Mühe und gefahr an fremden Orten zu verschaffen suchen.

Wir müssen außerdem den zahlreichen armen theil Unsrer Nation größtentheils ganz allein erhalten und außer den Herrschaftlichen Abgaben auch noch Synagogischer Steuern errichten, so daß auch der vermögende theil viel Erwerben muß wenn Ehrlich mit den seinigen fort Kommen will und da der sinkende bey den mündesten Unglück gleich zum Bettler wird weil er sich aus Mangel des vermögens ohne welches Keine Handlung getrieben kann und nichts zu ernähren weis, und nicht einmal ein Botten Lohn verdienen Kann, indem der Leib Zoll mehr als sein Verdienst betragen würde.

Dieße wahrhafte schilderung Unsrer eingeschränkten und druckenden Lage ist schon von vielen Christlichen Regenden Philosophen und Staats Männern mit wärme anerkannt worden, und nöthigt Uns Unsre fortwürige Erhaltung nur dem Gott aller Menschen vater ist, und dann Unsrer sparsamen und eingezogenen Lebens Art, sowie Unsrer Emsigkeit und genügsamkeit an Kleinen profit zu verdanken.

Solte nun auch bey manchen unter Uns der Ruf des Gewissens von der Stimme der noth erstickt werden, so glauben Wir doch daß wenn Uns der volle schwung der Industrie die das Erbguth aller Menschen ist erlaubt würde auch alle unrechtmäßigen Mittel Zum Lebensunterhalt aufgegeben und nur diejenigen genützt werden würden welche die Ehrlichkeit laut gestehen darf.

Wir wollen es nicht wagen, die wohlthätigen folgen für Uns und die ganze Menschenheit zu berechnen die aus einer weißen Mäßigung und erleichterung Unsers harten Schicksals entstehen müßten.

Wir sind aber überzeugt daß Politischer nun schon so viele Jahrhunderte angedauerter Druck Geist und Herz verderben und daß vorzüglich nur durch aufhebung oder Milderung desselben, der sittliche und Bürgerliche Zustand eines volks nach und nach verbessert werden Kann...“

Unterschrieben am 14. Februar 1792 in Fürth von Wolf Neuburger, Jacob Henle und Isaac Marx. [Fronmüller, S. 752 f.]. - Nicht ganz klar wird in dieser Eingabe, inwieweit die Klagen auch die Verhältnisse in Fürth betrafen.

Fürth in Bayern

1806 kam Fürth infolge des Vertrages von Schönbrunn zu Bayern. Die Fürther nahmen es im Gegensatz zu den Nürnbergern pragmatisch, so dichtete der Fürther Schützenkönig von 1807: „Froh fing uns're Lust unter Preußens König Wilhelm an, sie veredle sich unter Bayerns Maximilian!“. Mit dem Wechsel zu Bayern kam übrigens auch die bis dahin unbekannte allgemeine Schulpflicht nach Fürth, was zu Neubauten von Schulen im Kirchhof führte (1817/1824). Nach der kurzen preußischen Zeit (1792-1806) war die Dreiherrschaft

endgültig zu Ende. [Ammon, S. 20]

1808 wurde Fürth im Königreich als Stadt, II. Klasse, 1818 als solche I. Klasse - mit dem Recht zur Selbstverwaltung - anerkannt. Die Geschicke des Ortes hatten jetzt zwei Bürgermeister, zwei rechtskundige Räte und zehn Magistratsräte in Händen, unterstützt durch ein zweites Kollegium von 30 Gemeindebevollmächtigten (diese Gliederung galt grundsätzlich bis 1918, vgl. Kap. XV). Sie hatten sich auch mit den Nachwirkungen der Kontinentalsperre zu beschäftigen, die viele Fürther Heimarbeiter im schon damals exportorientierten Fürth Schaden zufügten. [Ammon, S. 21 f.]

1809 zählte man in Fürth 12.438 Einwohner, davon 9593 Protestanten, 2.499 Juden und 337 Katholiken [Fronmüller, S. 217]. Durch die Ereignisse in Frankreich stand die bürgerliche Gleichstellung der Juden auf der Tagesordnung.

Das Judenedikt vom 10. Juni 1813 gestand einige Freiheiten zu, war aber im Ganzen kein großer Schritt hin zur Emanzipation. Für manche jüdische Gemeinden, die schon rechtliche Absicherungen besaßen, war das Edikt eher ein Rückschritt - so auch in Fürth. Vor allem der Matrikelparagraph erinnerte doch eher an das Mittelalter: Hier wurden für jeden Ort eine bestimmte Anzahl jüdischer Familien festgelegt, die möglichst überall schrittweise verringert, aber keinesfalls erhöht werden sollte. Für Fürth lag die Zahl der zugelassenen Familien bei 536. Die Fürther Judengemeinde berief sich auf ihr Reglement von 1719 und wünschte dessen Beibehaltung. Zunächst mit Erfolg: Minister Graf von Montgelas erließ am 12. Januar 1814 die Verfügung, den Vollzug des Ediktes für Fürth auszusetzen, um die dortigen Verhältnisse näher prüfen zu können [Fronmüller, S. 223]. Am 5. August 1820 hob jedoch eine königliche EntschlieÙung das seit 1719 bestehende Reglement der jüdischen Gemeinde auf, d.h. das Edikt von 1813 trat nun auch in Fürth in Kraft [Fronmüller, S. 234].

1819 und teilweise auch 1820/21 kam es in Franken zu heftigen Judenpogromen. Die Vertreibung der Franzosen 1814, eine schwere Hungersnot 1816/17 und die neue Verfassung von 1818 waren vorausgegangen. In Fürth kam es zu keinen Ausschreitungen, lediglich an der Armenschule wurde anonym ein Aufruf angeschlagen: „Rettet Ihr die ihr Hilfe schaffen könnt, rettet uns, der scheußliche wütende Wucher, und die allgemeine Nahrungs-Beeinträchtigung der Juden hat Tausend von uns an den Rand - und abermal tausende in den Abgrund des Verderbens gebracht, kommt nicht schleunige Hilfe, o!, dann wehe! wehe! denn Euch ihr säugenden Igel“. [Walther, S. 136]. Der Aufruf wurde umgehend entfernt. Der damalige Bürgermeister Bäumen führte folgende Gründe an, wieso es in Fürth zu keinen Ausschreitungen gekommen war: „.... eine bescheidene Haltung, welche die Juden im öffentlichen Leben einzuhalten strebten, verbunden mit kräftiger Einschreitung der Polizeibehörde, sicherte ihre Existenz, und bewahrte sie vor empfindlicher Kränkung. Die Zeit glich die Spannung wieder aus.“ [Walther, S. 137].

Emanzipation im 19. Jahrhundert

Dennoch gab es auch in Fürth zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Juden: In einer RegierungsentschlieÙung vom 5. Oktober 1818 sprach die Staatsregierung ihr Befremden darüber aus, daß nicht ein einziger der israelitischen Bewohner Fürths „die sich doch durch Vermögensverhältnisse, Betriebsamkeit und Bildung vortheilhaft auszeichnen“, in den Wahlvorschlag für die Gemeindebevollmächtigten gekommen sei. Die Zahl der Gemeindebevollmächtigten und Magistratsräte wurden mit der Maßgabe aufgestockt, „daß die noch fehlenden Stellen, bei schon genugsamer Anzahl der christlichen Gemeindevertreter, aus den jüdischen Gemeindegliedern gewählt werden mögen“ [Fronmüller, S. 231].

1819 standen 72 Handelshäusern in Fürth mit christlichen Besitzern 112 bei den Israeliten gegenüber, was vor allem auf dem ausgedehnten jüdischen Handel mit Textilien beruhte. Das Wechselgeschäft war ganz in jüdischen Händen, auch im Juwelenhandel dominierten sie. [Walther, S. 160 f.]. 1820 trieben von den selbständigen Juden 376 Ausschnittwarenhandel, 5 Band-, Seide- und Zwirnwaren-, 6 Glaswaren-, 11 Juwelen-, zwei Lederwaren-, 8 Manufakturwaren-, ein Papier-, drei Putz- und Modewaren-, acht Spezerei-, 13 Wechsel und Staatspapier-, 11 Tuch-, 12 Sensalgeschäfte; außerdem drei jüdische Lottokollekten und eine Lesebibliothek. Dazu kamen 98 patentierte Landkramhändler sowie acht Garküchen- und Kaffeehausinhaber [Fronmüller, S. 234 f.]. Von 30 Manufakturwarenhandlungen im Jahre 1828 waren 11 in jüdischem Besitz [Fronmüller, S. 248].

Die Wahl des Oberrabbiners am 5. Februar 1821 wurde von der kgl. Staatsregierung nicht genehmigt [Fronmüller, S. 235], da die drei in Auswahl genommenen Kandidaten der Regierung anscheinend zu orthodox waren. Erst am 24. Dezember 1830 wählte man Dr. Isaak Löwi, der von der Regierung am 31. Dezember 1830 bestätigt wurde [Fronmüller, S. 251]. Löwi hatte eine klassisch-akademische Ausbildung und war als Vertreter einer reformerischen Linie des Judentums bekannt. Seine gesamte Amtszeit (1831 bis 1873) war geprägt durch Konflikte mit orthodoxen Kreisen. Sofort nach Amtsantritt ließ er die Hauptsynagoge umgestalten [Fronmüller, S. 253], so daß sie vom inneren Erscheinungsbild christlichen Kirchen ähnelte. Fürth entwickelte sich trotz der innerjüdischen Streitigkeiten zu einer Speerspitze der Emanzipation (s.u.)

[Fürther Nachrichten v. 21.8.99, S. 86, „Speerspitze Fürth“]. Löwi wurde später u.a. Mitbegründer des Gewerbevereins [Fronmüller, S. 269].

Ende 1821 kam es zu einer Sammlung zum Baue einer katholischen Kirche in Fürth. Die erste Spende zur künftigen Unterhaltung eines katholischen Geistlichen in Fürth kam von der jüdischen Gemeinde (28.12.1821) [Fronmüller, S. 235]. Nachdem die Stadtkirche St. Michael gut 800 Jahre das Stadtbild beherrschte, kamen 1826 und 1828 zwei klassizistische Kirchenbauten hinzu, letztere das erste katholische Gotteshaus (1819 gab es unter 12.673 Einwohnern nur 305 Katholiken) [Schwammberger, S. 194].

1828 bis 1830 entstand ein großes und modernes Krankenhaus. Die erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth, eröffnet am 7. Dezember 1835, wurde mehrheitlich durch Kapital aus Fürth finanziert. Auch der wenig erfolgreiche Ludwig-Donau-Main-Kanal erreichte Fürth 1843. 1840 bis 1850 entstand ein repräsentatives Rathaus mit Turm, seitdem Wahrzeichen der Stadt, das entsprechenden (Proto-) Renaissance-Bauten in der Toskana nachempfunden ist. [Ammon, S. 23 ff.]

Fürths (Wieder-) Aufstieg war nun nicht zu bremsen: „Immer sichtbarer vollzog sich die Industrialisierung der an Bevölkerungszahl rasch zunehmenden Stadt. Wo früher das Verlagssystem und der Heimarbeiter geherrscht hatte, bildeten sich nun Fabrikanlagen.“ [Schwammberger S. 279]. Hatte sich im 18. Jahrhundert die Bevölkerungszahl durch die Schwerpunktverlagerung von der agrarischen zur gewerblichen Wirtschaft mehr als verdoppelt (von 5.000 auf rund 13.000 Einwohner), so vervierfachte sich im 19. Jahrhundert die Einwohnerzahl von 13.000 auf 54.000. Man sprach vom „amerikanischen Tempo“, mit dem sich Fürth entwickelte [Ammon, S. 30].

Fürth war von daher geradezu das Gegenstück zu Nürnberg, Ludwig Tieck und andere berühmte Durchreisende zogen das „altbürgerliche, germanische, kunstvolle Nürnberg“ dem „Nordamerika von Fürth“ stets vor [Heyden, S. 125]. Hier muß auch das (in Fürth) bekannte Zitat des Schriftstellers Jakob Wassermann über unserer Stadt genannt werden: „Erstickend in ihrer Engigkeit und Öde, die gartenlose Stadt, Stadt des Rußes und der tausend Schlöte, des Maschinen- und Hammergestampfes, der Bierwirtschaften, der verbissenen Erwerbsgier, des Dichtbeieinander kleiner und kleinlicher Leute...“ [Wassermann, S. 19].

Obwohl Fürth im 19. Jahrhundert boomte, gab es - im Industriesystem des 19. Jahrhunderts allgemein üblich - viel Armut, so daß zwischen 1806 und 1870 insgesamt 1119 Fürther auswanderten, 323 davon in die USA. [Ammon, S. 31]. Die sozialen Verhältnisse können im gegebenen Rahmen nicht weiter beleuchtet werden zudem bringt die folgende Rieß Chronik [Kap. XV] für die Zeit von 1911-1914 genügend Einblicke, aber eine Zahl mag eine Ahnung davon geben, welche Lebensbedingungen in der wirtschaftlich so erfolgreichen Stadt um 1900 bei der ärmeren Bevölkerung herrschten: Die Säuglingssterblichkeit betrug in Fürth zwischen 1901 und 1904 durchschnittlich 27,2 Prozent, 1905 und 1906 gar 28,7 Prozent. Das heißt, fast jeder dritte Säugling starb in den ersten Wochen seines Irdendaseins! Dabei lag Fürth deutlich über dem Reichsdurchschnitt (1901/04: 19,3 Prozent) [Schwammberger, S. 270].

Abbau der Vorbehalte?

Als erster Advokat jüdischer Konfession wurde 1834 Dr. Sigmund Grünsfeld in Fürth angestellt. [Fronmüller, S. 257]. Am 13. Februar 1849 erkannte der Landtag die Wahl des Fürther Juden Dr. Morgenstern als Deputierter für den Wahlkreis Erlangen-Fürth für gültig an. Nach seiner Wahl vom 24. Juni 1849 war Morgenstern der erste Jude im bayerischen Landtag [Fronmüller, S. 286]. 1851 befand sich unter den neugewählten Gemeindebevollmächtigten zum ersten Male ein Jude: Salomon Berolzheimer [Fronmüller, S. 293]. Der Landtagsbeschluß vom 10. November 1861 hob den seit 1813 geltenden Matrikelzwang für Juden auf (Begrenzung der Anzahl jüdischer Familien an einem bestimmten Ort) [Fronmüller, S. 319]. Am 9. Oktober 1862 öffnete die jüdische Bürgerschule ihre Pforten [Fronmüller, S. 323]. Kaufmann Salomon Berolzheimer wurde am 24. März 1863 zum zweiten Ersatzrichter am Fürther Handelsgericht ernannt und war damit der erste Jude in Bayern, dem ein Richteramt zugebilligt wurde [Fronmüller, S. 325]. Am 30. September 1865 wurde Dr. Brentano zum Rektor der Fürther Handels- und Gewerbeschule ernannt, er war damit der erste Jude in Bayern, der Rektor einer königlichen Lehranstalt wurde [Fronmüller, S. 336].

Am 4. Dezember 1866 besuchte König Ludwig II. überraschend Fürth. Vom Rathaus begab sich der König unmittelbar und zu Fuß - begleitet von den Vorständen des Magistrats und des Gemeindegremiums - „in die neu restaurierte Synagoge, wo der Oberrabbiner Dr. Löwi in den festlich erleuchteten Räumen eine Ansprache hielt, die den Monarchen sichtlich rührte“ [Fronmüller, S. 342]. Am 1. September 1869 wurde Dr. Löwi der vom König am 23. August 1869 verliehene Verdienstorden vom heil. Michael ob seiner Verdienste um die Stadt und um die Gemeinde überreicht [Fronmüller, S. 364]. Löwi nährte wohl die Assimilierungshoffnungen, die man in Deutschland mit der Emanzipation verband.

In einer öffentlichen Abstimmung Mitte September 1869 über die Einführung gemischt-konfessioneller Volks-

schulen stimmten von 3.000 stimmberechtigten Protestanten 1057 für und 66 gegen Einführung der konfessionell-gemischten Schulen, von 577 stimmberechtigten Katholiken 283 dafür und 130 dagegen, von 624 stimmberechtigten Juden 411 dafür, niemand dagegen. Die Regierung versagte jedoch wegen zu geringer Teilnahme der Einwohner an der Wahl ihre Genehmigung [Fronmüller, S. 365]. Anscheinend nach 1871 entstand die konfessionell-gemischte Volksschule dann doch, woraufhin sich die Stadt Fürth 1876 darum bemühte, die Anstellung von jüdischen Lehrern zu erreichen, was jedoch vom Kultusministerium abgelehnt wurde [Fronmüller, S. 464, 471. Im November 1869 wurde der Arzt Dr. Samson Landmann (als „Demokrat“) in das Gemeindegremium gewählt, wurde dessen 1. Vorsitzender und blieb dies bis zu seinem Ausscheiden 1891. [Fronmüller S. 367, 647; Schwammerberger, S. 235 f.]. Im Jahre 1887 erhielt er beispielsweise von 3039 abgegebene Stimmen 3016 (dies entspricht einem relativen Stimmenanteil von 99 %). [Walther, S. 139].

Anfang 1871 erreichte Dr. Löwi einen größeren Betrag aus New York zur Verteilung an Fürther, welche durch den deutsch-französischen Krieg in Not gekommen waren. Die Summe war von aus Fürth stammenden - teilweise jüdischen - Kaufleuten und Fabrikanten in New York und San Francisco gesammelt worden [Fronmüller, S. 383]. Anscheinend hatten sie Fürth in guter Erinnerung. Wenn der Wohlstand vieler Juden vielleicht zu (statistisch gesehen unberechtigten) Anfeindungen führte, so standen dem in Fürth eine ausgeprägte Stiftungstätigkeit entgegen. Die Mittel für viele kommunale und wohltätige Einrichtungen wurden - v.a. von der Mitte des 19. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts - zu einem guten Teil von Juden gesammelt und bereitgestellt [vgl. Ziegler, S. 200 ff.].

Die für die damalige Zeit unerhört hohe Kriegsentschädigung durch Frankreich nach dem Krieg 1871 und die Reichseinigung - einschließlich des mit Sieg und Einigung verbundenen psychologischen Auftriebes - begünstigte einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung. Das von Frankreich einströmende Kapital wirkten sich in den sogenannten Gründerjahren in einer Industrie- und Handelsstadt wie Fürth besonders stark aus: „In der Folgezeit von 1882 bis 1907 wuchs die Zahl der Gewerbebetriebe um rund 54 Prozent und die der Beschäftigten um rund 55 Prozent... Im engeren industriellen Bereich aber nahm die Anzahl der Beschäftigten sogar um fast 180 Prozent zu.“ [Ammon, S. 34]. Fürths Handel, aber auch die Industrie - vor allem die Spiegelherstellung - waren stark exportorientiert, was sich zu Beginn des Ersten Weltkrieges sehr fatal auswirken sollte.

Es versteht sich von selbst, daß das angezeigte Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum mit Stadterweiterungen sowie einer Vielzahl an kommunaler Bauten und Investitionen verbunden waren. Für die heute geschlossenen Bebauung der Südstadt gab die dort 1893 neu angesiedelte Garnison wichtige Impulse. Unter anderem entstanden in der Zeit von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg: Gaswerk, zentrale Kanalisation, Schlachthof, Volksschulen, Gymnasium, Realschule, Stadtparkasse, Heilbad, Kirchen, Elektrizitätswerk, Rathausweiterung, Volksbibliothek und Stadttheater.

Der Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland aufkommende politischen Antisemitismus konnte in Fürth nicht sonderlich greifen: Dem Vorstand des Magistrats war 1880 eine „Antisemiten-Adresse“ aus Berlin mit dem Ersuchen zugegangen, im Sinne der Petition tätig zu werden und sie mit Unterschriften zu unterstützen: „In der Magistratssitzung vom 16. Dez. [1880] gab Bürgermeister Langhans die Erklärung ab, daß er diese freche Zumuthung, für diese Petition thätig zu sein, mit aller Entschiedenheit und Entrüstung zurückweise. Das Magistratskollegium erhob sich zum Zeichen der Zustimmung von den Sitzen“ [Fronmüller, S. 533]. 1893 kandidierte in Fürth zur Reichstagswahl eine Gruppe, die sich „Antisemiten“ nannte bzw. unter diesem Begriff in der Wahlstatistik geführt wurde. Ihr aus Fürth stammender Bewerber erhielt in unserer Stadt lediglich 0,6 % der Stimmen [Walther, S. 139], im Reichsgebiet erhielten die „Antisemiten“ insgesamt 3,1 % der Stimmen und 16 Mandate (aus Sachsen und Hessen) [Brockhaus 1910, S. 806 ff.], wobei zu beachten ist, daß sie nicht überall antraten (das absolute Mehrheitswahlrecht brachte es mit sich, daß sich kleine Parteien oft nur in ausgewählten Stimmkreisen zur Wahl stellten).

Zwar kamen mutwillige Beschädigungen des jüdischen Friedhofes vor, aber es handelte sich wohl eher um Mutproben von Jugendlichen und um Kinderstreiche [meint zumindest Walther, S. 137]. Wie Jakob Wassermann berichtete, waren die Juden in Fürth gewissen alltäglichen Anfeindungen ausgesetzt: „Ein höhnischer Zuruf von Gassenjungen, ein giftiger Blick, abschätzige Miene, gewisse wiederkehrende Verächtlichkeit, das war alltäglich.“ [Wassermann, S. 12].

Hier kann natürlich der Verdacht geäußert werden, daß in der breiten Bevölkerung ein latenter Antisemitismus bestand, der nur aufgrund der spezifischen Verhältnisse in Fürth nicht offen gezeigt wurde bzw. bis 1933 nicht zum Tragen kam. Denn – wie schon vermerkt – auch in Fürth brannte die Synagoge, auch in Fürth wurden Mitbürger abtransportiert und niemand protestierte.

Ein abschließendes Urteil und Resümee zur eingangs gestellten Frage („Fürther Geschichte bis 1911: eine gelungene deutsch-jüdische Symbiose?“) läßt sich ohne weitere, systematische Untersuchungen jedenfalls nicht fällen.

XIII. EXKURS: Die verkannte Stadt

Da im Zweiten Weltkrieg die Stadt nur sehr geringfügig von Luftbomben getroffen wurde, vermittelt die Fürther Innenstadt noch heute gleichzeitig (aber natürlich räumlich getrennt) eine authentische Vorstellung einerseits (dabei weit überwiegend) der düsteren Pracht einer Industrie-Stadt des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts und andererseits einer dörflich geprägten, wohnlichen Kleinstadt des späten 17. und 18. Jahrhunderts: „Wie in kaum einer anderen deutschen Stadt vergleichbarer Größe ist in Fürth die historische Entwicklung im Stadtbild Phase um Phase in eindrucksvoller Geschlossenheit ablesbar. Der eine Grund dafür sind die relativ geringen Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg - von den vergleichbaren Städten der Bundesrepublik blieben nur Regensburg, Heidelberg, Oldenburg, Flensburg und eben Fürth im wesentlichen erhalten; unter ihnen nimmt es mit seiner im Ortsbild dominierenden Bausubstanz des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vom Klassizismus bis zum Jugendstil eine Sonderstellung ein - die übrigen genannten Städte haben ihre historischen, das Stadtbild prägenden Schwerpunkte in anderen Epochen und anderen Bautypen. Der zweite Grund ist die natürliche Lage der Stadt im Mündungswinkel der beiden Flüsse Pegnitz und Rednitz... Während im Normalfall die Altstadt den ... Siedlungskern bildet, ergab sich in Fürth wegen der Randlage der Altstadt im äußersten Mündungswinkel, die eine geschlossene Erweiterung nur nach Süden und Südosten hin erlaubte, im 19. und 20. Jahrhundert eine langsame (aber nicht vollständige) Verlagerung der City-Funktionen in diese Richtung. Der mittelalterlich/barocke Stadtkern rückte etwas an den Rand und konnte somit im großen... das Erscheinungsbild einer typisch fränkischen Kleinstadt des späten 17. und 18. Jahrhunderts bewahren, die sich um die alte Pfarrkirche St. Michael schart“ [Habel, S. XVII].

Dieser städtebaulichen Charakterisierung Fürths entspricht eine Mentalitätsbeschreibung, die bis heute seine Gültigkeit behalten hat, auch wenn dies von offizieller Seite abgestritten wird: „Es ist ein merkwürdige Erscheinung, daß diese so rasch gewachsene Stadt mit ihren vielen Werkstätten, riesigen Industriebauten und Handelsbüros doch ihren dörflichen Charakter niemals verlor... Der auffälligste Beweis für das Weiterleben des dörflichen Charakters in Fürth ist die berühmte Kirchweih, die jedes Jahr, viele, viele Tausende aus ganz Franken anlockt; diese Kirchweih ist des Fürthers eigentliches Fest“ [Schwammberger, S. 280].

Obwohl eine einzigartige Stadt in Deutschland, war das Interesse für Fürth schon immer gering: „An mittelalterlichem Erbe freilich, das mit Interesse des Fremdenverkehrs rechnen könnte, ist Fürth arm.“ [Heyden, S. 125]. Der schon zitierte Schriftsteller Jakob Wassermann schrieb: „Ich will meiner Vaterstadt Fürth... gewiß nichts Schlechtes nachsagen, aber etwas eigentümlich Formloses war ihr von jeher eigen, etwas Karges und Dürres...“. Nürnberg und Fürth seien ein Gegensatz wie „Urtümlichkeit und Spätgeborenheit... Kunst und Industrie... Romantik und Fabrik... Form und Auflösung... Gestalt und Ungestalt“ [zit. nach Heyden, S. 125]. Kein Wunder, daß 1934 ein Sonderdruck aus der Heimatzeitschrift „Das Bayernland“ mit „Fürth - eine verkannte Stadt“ betitelt wurde.

Das gewachsene Stadtbild wurde zwar eher geschunden denn gepflegt, dennoch blieb die „Stadt aus einem Guß“ weitgehend erhalten. Die Innenstadt kann eigentlich als Museum gelten, als Anschauungsobjekt für unserer jüngere Geschichte und damit auch als lebendige Kulisse für die Stadtchronik von Georg Paul Rieß.

XIV. Der Stadtchronist Georg Paul Rieß

Georg Paul Rieß wurde am 16. Dezember 1864 im Herzen der Stadt Fürth geboren, in der Gustavstraße 10. Das Altstadtviertel war damals wie heute von den weniger wohlhabenden Bürgern und „einfachen Leuten“ bewohnt (heute ca. 40 Prozent Ausländer). Rieß stammte demgemäß auch aus einer schlichten Drechslerfamilie. Er selbst erlernte das Buchbinderhandwerk. Rieß war nach Eröffnung des Berolzheimeraniums (Volksbibliothek) im Mai 1906 dort sonntags ständiger Gast. Am 3. September 1907 veröffentlichte er im „Fürther Tagblatt“ seine erste schriftliche Abhandlung zur Fürther Lokalgeschichte, unterstützt vom damaligen Redakteur Georg Wüstendörfer (Rieß traute sich alleine die sprachliche Ausgestaltung nicht zu). 1908 wagte er zwei, 1909 fünf und 1910 schon vierzehn Artikel. 1910 kam er in Kontakt mit dem damaligen Stadtchronist Paul Käppner.

Käppner war der Schwiegersohn des Medizinalrates und Chronikverfassers Georg Tobias Chr. Fronmüller, dessen Werk er vom 1. Januar 1887 bis zum Januar 1911 fortsetzte. Der selbständige Drechslermeister (Schirmstraße 1) und Magistratsrat Paul Käppner verkehrte mit Paul Rieß ab 1910 regelmäßig. Am 27. Januar 1911 starb Käppner. Etwa drei Wochen später kam Magistratsrat Scheidig zur Arbeitsstelle von Rieß, der

damals als Zuschneider in der Bilderbücherfabrik Löwensohn (Sommerstraße) beschäftigt war. Er fragte Rieß im Auftrag von Oberbürgermeister Kutzer, ob er die Stadtchronik fortführen wolle, was Rieß hocheifrig annahm. Er nahm die Arbeit sofort auf und holte sie nach bis vor dem Todestage von Käppner.

Der ehrenamtliche bestellte Chronist erfüllte seine Aufgaben nach Feierabend mit Akribie (oft bei Kerzenlicht). Erleichtert wurde ihm die Arbeit von der Stadt, als er ab August 1914 in ihren Dienst übernommen wurde, zuletzt im Stadtarchiv. Das Ergebnis seiner Arbeit (in Auswahl): 26 Bände Aufzeichnungen der Tagesereignisse, jeder im Durchschnitt 200 Blatt stark, im „Kanzleiformat“, eine Mischung aus handschriftlichen Einträgen und ausgeschnittenen Zeitungsausschnitten. Auf diese Bände stützt sich die vorliegende Darstellung (Kap. XV). 33 Bände, sogenannte Separatchroniken, in denen Ereignisse - seien es lokale oder weltpolitische - festgehalten sind, die in Fürth die Menschen bewegte. Sie bestehen aus eingeklebten Zeitungsausschnitten und sind 200 Blatt stark in Folioformat, sind aber leider nur sehr grob historisch geordnet und machen einen unsystematischen Eindruck. Rieß verfaßte noch eine Kriegschronik (1. Weltkrieg) mit fünf Bänden und 1600 Seiten, eine Verzeichnis der Kriegsoffer und Auszeichnungen Fürther Bürger im Weltkrieg 1914-18 sowie viele Sammlungen zur Lokalgeschichte. [Fränkische Tagespost, 17.1.1963 „Mit Bienenfleiß von 1911 bis 1945 Chronik geschrieben“; Nordbayerische Zeitung, 27.2.1931 u. 11.3.1931: „Erinnerungen aus meinem Leben“]. Paul Rieß begann seine Chronik im Jahre 1911 und beendete die Arbeit kurz vor dem eigenen Tod im März 1945. Damit hat er den gleichsam folgenreichsten wie katastrophalsten Abschnitt der deutschen Geschichte in Fürth erlebt und seine Sicht der örtlichen Ereignisse niedergeschrieben.